

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 8,50 Mark pro Quartal.  
 Eingekauft in der Post-Zeitungs-  
 Vertriebsliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich, Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Es erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgetragene Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 19. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die gepanzerte Faust.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Krieg, der augenblicklich in Ostasien tobt, nicht mehr geführt wird zwischen den Vätern der Vögel und den vereinigten Mächten, sondern zwischen den letzteren und China selbst. Noch behaupten die Meldungen aus Ostasien, daß die Kaiserin selbst noch unentschieden sei, ob sie sich auf die Seite des Aufstands stellen solle oder nicht. Die Haltung der Kaiserin spielt in dem Krieg aber auch ausnehmend nur eine untergeordnete Rolle, da sich die Krisis trotz der passiven — anscheinend wenigstens passiven — Haltung der Kaiserin sich so rasch derartig zuspitzt hat. Die chinesischen Truppen im Innern sowohl wie in der Küstenstadt Taku haben sich — ob mit oder ohne Sanction der Regierung, vermag niemand festzustellen — dem Vormarsch und der Ausschiffung der europäischen Truppen mit Waffengewalt widersetzt, so daß wir es jetzt nicht mehr mit dem Aufstand der Vögel, sondern mit dem Krieg mit China zu thun haben.

Nach einer Meldung des deutschen Konsuls in Tschifu (einer am Eingang des Golfs von Petchili gelegenen Hafenstadt der Provinz Schantung) ist es in Taku zu einem Kampf zwischen den dortigen chinesischen Küstenforts und den vor Taku liegenden Kriegsschiffen der Mächte gekommen. Ein späteres Telegramm lautet:

„Heute Nacht brachte ein japanisches Torpedoboot aus Taku folgende Nachrichten: Chinesen legten im Takufluß Torpedos und zogen Truppen von Shanhoiwan zusammen. Die auf dem russischen Admiralschiff versammelten fremden Befehlshaber richteten an die Kommandanten der Takuforts ein Ultimatum, ihre Truppen bis 2 Uhr nachmittags des 17. Juni zurückzuziehen, worauf die Forts, am 17. um 1 Uhr nachts Feuer eröffneten, das von den deutschen, russischen, englischen, französischen, japanischen Schiffen erwidert wurde und 7 Stunden dauerte. Angeblich sind 2 englische Schiffe zwischen den Forts im Fluß gesunken, Telegraph und Eisenbahn zwischen Taku und Tientsin gestört. Verbindung zu Wasser gleichfalls gefährdet.“

Eine andre, über Hongkong eingelaufene Nachricht meldet, daß reguläre chinesische Truppen dem Expeditionskorps der Mächte auf dessen Marsch nach Peking entgegengetreten seien. Andre Telegramme melden von einem direkten Zusammenstoß dieser unter dem Oberbefehl des Admirals Seymour stehenden Truppenmacht zwar nichts, berichten aber, daß der Vormarsch ein sehr langsamer sei, was auf schwierige Kämpfe schließen läßt.

Die Alarmnachricht von der Ermordung des deutschen Gesandten in Peking wird zwar offiziell noch immer nicht direkt bestätigt, doch liegen weitere Telegramme vor, welche als Bestätigung dieser ersten Nachricht gelten können.

Ebenfalls von dem kaiserlichen Konsul in Tschifu ist heute morgen acht Uhr das nachstehende Telegramm eingegangen: „Japanisches Torpedoboot meldet, Gesandtschaften in Peking genommen.“

Diese lakonische Meldung läßt uns in Zweifel darüber, ob das japanische Torpedoboot nur ein in Taku zirkulierendes Gerücht weiterverbreitet hat, oder ob es sich um die offizielle Weiterbeförderung einer ernstgenommenen Hochbohoschast handelt. Ferner wird aus Shanghai dem „Daily Express“ vom 17. gelabelt:

„Der chinesische Chef der hiesigen Telegraphenverwaltung empfing eine Drahtung aus Peking oder Tientsin, derzufolge General Tungs Truppen sich den Vögeln in dem organisierten Angriff auf die fremden Gesandtschaften in Peking anschlossen. Im Laufe des Angriffs seien einige Gesandtschaftsgebäude zerstört und einer der Gesandten sei ermordet worden; er soll in Stücke gerissen worden sein. Die Nationalität des Ermordeten ist nicht bekannt, aber man glaube, es sei der deutsche Gesandte Frhr. v. Ketteler. Die fremden Gesandten teilten dem Funkstationen vorige Woche mit, daß, falls die Gesandtschaften angegriffen oder irgend ein Gesandter oder ein Mitglied der Gesandtschaften verletzt werden sollte, die Mächte gemeinsam China den Krieg erklären würden. Das Funkstationen erteilte darauf keine direkte Antwort, doch bilde der Angriff auf die Gesandtschaften seitens der Vögel und der Truppen zweifellos die Antwort der Kaiserin auf die Mitteilung der Mächte.“

Wie „Morning Post“ meldet, herrscht in Peking Anarchie. Der deutsche Gesandte sei gefangen genommen worden, und starke Vögelhaufen hielten die Gesandtschaftsstraße besetzt und hätten die Verbindung zwischen den Gebäuden abgeschnitten. Ein großes chinesisches Heer sei bereit, dem Entsatzkorps Widerstand zu leisten.

Daß keine weiteren, absolut zuverlässigen Meldungen vorliegen, findet seine hinlängliche Erklärung darin, daß seit mehreren Tagen bereits jede telegraphische Verbindung zwischen Peking — Tientsin und Tientsin — Shanghai unterbrochen ist, ein Umstand, der ebenfalls das Geschehliche der Lage charakterisiert.

Versuchen wir, mit einigen Strichen die Lage in Ostasien, soweit sie sich übersehen läßt, zu zeichnen.

In Taku, der Hafenstadt Tientsins im Golf von Petchili, hat ein Bombardement der Küstenforts stattgefunden, bei dem zwei englische Schiffe durch die chinesischen Kanonen zum Sinken gebracht worden sind.

In Tientsin herrscht Anarchie, und die Situation für die dortigen Europäer könnte sehr gefährlich werden, wenn es den Mächten nicht gelingt, eine starke Truppenmacht nach Tientsin zu

werfen. Sollten die Taku-Forts inzwischen doch noch genommen sein, so würden die Japaner, die mehrere Tausend Mann nach Taku geschickt haben, als Retter in der Not begrüßt werden müssen! Auch die Lage des 2000 Mann starken Expeditionskorps unter Admiral Seymour ist inzwischen eine äußerst gefährliche geworden. Von einem Vorstoß gegen die inzwischen in die Hände der Vögel gefallene Millionenstadt Peking kann eigentlich keine Rede mehr sein, selbst wenn auch nicht eine starke Macht von Vögeln und chinesischen Regularien den Weg versperrt hätte. Aber auch die Rückzugslinie scheint bereits abgeschnitten zu sein, da eine Shanghai „Times“-Drahtung bereits über den bei dem Expeditionskorps eingetretenen Mangel an Waffen und Proviant klagt.

Peking selbst scheint völlig im Besitz der Aufständigen zu sein. Die Gesandtschaften sind gestört, die Gesandten entweder getötet oder in der Gefangenschaft der Vögel. Den paar hundert Mann europäischer Truppen, die sich bereits in Peking befanden, dürfte bald genug dasselbe Schicksal bereitet werden.

Der Aufstand ist aber nicht etwa auf die Provinz Petchili beschränkt geblieben, sondern hat auch bereits die Provinzen Kiang-Su und Kwang-Si ergriffen.

Die chinesischen Banken in Tschinliang haben bereits aus Furcht vor den Vögeln ihre Bureaux geschlossen. Die Shanghai Banken ziehen die gewährten Vorkasse zurück. Im Pangsiegebiet herrscht Erregung.

Ferner berichtet eine Depesche aus Wutschün, Provinz Kwang-Si: „Am Westflusse nach Südwesten zu drohen Unruhen auszubrechen. In Wutschün kamen Kämpfe vor und über 100 Flüchtlinge aus dieser Stadt trafen am 12. d. Mts. in Wutschou ein. Etwa 5000 Aufständische versammelten sich in Kweichien. Mehrere Abteilungen der in Kanton stehenden Truppen kamen am 11. d. Mts. auf dem Weg nach Kweichien durch Wutschou.“

Und wie lange wird noch die Provinz Schantung die Insel des Friedens mitten im Aufstandsgebiete bleiben? Noch hört man nichts über große

### Aktionen der beteiligten Mächte.

Nur Japan scheint jetzt die für es günstige Situation auszunutzen zu wollen, um ohne zu fürchtenden Einspruch der Mächte seine Streitkräfte auf eine möglichst hohe Zahl zu bringen. Die Nachricht aus Frankreich, daß der Marineminister Lanessan auf Verlangen Delcassés die sofortige Ausrüstung einer Kreuzerdivision und die Ausrüstung eines Transportschiffs angeordnet habe, ist bereits eingetroffen, bevor man in den Regierungskreisen Frankreichs die volle Tragweite der jüngsten Ereignisse in Ostasien zu überschauen vermochte. Auch die weitere Abwendung amerikanischer Truppen von Manila war das Resultat einer älteren Einschlebung. Die Ankunft der deutschen Ablösungstruppen von 1200 Mann steht vollends in keinem Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen. Auch England ist auf diese Entwicklung der Dinge nicht geistig gewesen, es gerät vielmehr durch den offenen Ausbruch des Kriegs mit China in die größte Verlegenheit.

Englische Blätter halten es für erforderlich, daß jede der engagierten Mächte 10 000 Mann nach Ostasien entsendet. Ob aber selbst ein solches Machtangebot der gewaltig angeschwollenen Bewegung gegenüber ausreichen wird, darf bezweifelt werden. Scheinen wir es doch mit einer

### Chinesischen Volksbewegung

zu thun zu haben, an deren Niederwerfung die Mächte sich vielleicht die Jahre anstreben werden. So lange nur die Regierung mit ihren Regularien im Spiel gewesen wäre, wäre die Situation für die Mächte noch nicht so ungünstig gewesen, wie jetzt. Die chinesischen Truppen haben sich im chinesisch-japanischen Kriege schlecht geschlagen, aber den Fremdenkriege haben die Chinesen mit Erbitterung geführt, das hat Frankreich in Tonking erfahren müssen. Ein Volkskrieg gegen die verhassten Fremden würde die als feig verachteten Chinesen wahrscheinlich als Soldaten in einer ganz neuen Beleuchtung erscheinen lassen. Ueber diese Fragen wird indeß noch genug geschrieben werden müssen. Heute soll nur die Frage der Ursache des Kriegs mit China gestreift werden.

Und da erscheint es denn nicht fraglich, daß der chinesische Volksaufstand zurückzuführen ist auf

### Die Politik der gepanzerten Faust.

die vor einigen Jahren für China proklamiert worden ist! Ein Artikel der Wiener „Zeit“, der von einem Kenner chinesischer Zustände verfaßt ist, behauptet, daß die Entstehung der Vögelbewegung seit der Besitzergreifung Kiautschou durch Deutschland datire. Deutschland habe das Signal der Anektion gegeben, Rußland und England seien gefolgt, und die natürliche Folge sei die Gründung eines nationalen Schutzverbandes gewesen. Das Wort der bekannnten Kieler Rede von der „gepanzerten Faust“ sei auch in Ostasien bald zu einem geflügelten Worte geworden — da sei es denn kein Wunder gewesen, daß auch in China sich die gepanzerte Faust erhoben habe. Welche von diesen Faust sich schließlich als die stärkere erweisen wird, werden wir ja sehen.

Wir haben die Folgen der „friedlichen“ Erwerbung Kiautschou vorangeseigt. Am 8. Februar 1898 brandmarkte Vebel die „Pachtung“ Kiautschou als einen Einbruch in fremdes Gebiet, der auf einer Stufe stehe mit dem Einfall Jamesons in Transvaal. Die gewalttätige Besitznahme Kiautschou habe in China große Erregung hervorgerufen. Und beim Bekanntwerden der kaiserlichen Rede von der gepanzerten Faust schrieb schon damals der „Vorwärts“, ... Leicht können der Industrie und dem Handel schwere Gefahren erwachen, wenn sie künstlich und mit „gepanzelter Faust“ gefördert werden sollen. ... Nicht die

Ueberzeugung friedlicher Entwicklung scheint aus dem Wort von dem „Dreifachen mit der gepanzerten Faust“ zu sprechen. „Und so Gott will, steht Dir den Lorbeer um Deine junge Stirn“ — das klingt anders, als die Botschaft, welche die Missionäre den „Gelben“ überbringen.“ Die Folgen dieser Eroberungspolitik, dieses Angriffs auf die nationale Ehre und den nationalen Bestand Chinas liegen jetzt klar vor aller Augen! Schon haben die chinesischen Gesandten den Mächten ihren schneidigen Gruß entboten, und daß die Kruppgeschütze auch in chinesischen Händen ihre gerühmte Leistungsfähigkeit nicht verlieren, beweist die Beschädigung der beiden englischen Schiffe. Auch die deutschen Schiffe und die deutschen Mannschaften werden mit den Erzeugnissen der deutschen Nordindustrie noch bössartige Bekanntschaft machen!

Wie sehr auch die jüngsten Kaiserreden, die als erstrebenswerthes Ziel die Schaffung einer England noch überlegener Flotte bezeichnen, mit der Thronrede des Jahres 1897, in der es hieß, daß Deutschland keine Flotte ersten Ranges erstrebe, kontrastieren mögen, so ist doch kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung den ostasiatischen Krieg als willkommenen Anlaß neuer weltpolitischer Aktionen begrüßen wird. Viel eher ist anzunehmen, daß die Initiatoren der Ostasienpolitik aufs tiefste erschrocken sein werden über die unerwarteten Konsequenzen ihres damaligen ersten Schrittes. Den Kolonial- und Flottenchwärmerien der Tagespresse ist jedenfalls recht lagenjämmerlich zu Mute ob des nationalen Aufstandes jenes mißachteten Volkes, dessen Land man in aller Gemütsruhe aufteilen zu können wähnte.

Interessant wird es auch sein, ob die deutschen Imperialisten sich nicht entblöden werden, im Stile des englischen Jingoismus über das keine nationalen Güter verteidigende Volk herzufallen. Denn wenn von einem „heiligen“ Krieg gesprochen werden kann, so ist der chinesische Krieg gegen die herrlich aufstrebenden fremden Ausbeuter solch ein „heiliger“ nationaler Krieg. Wer giebt den Fremden das Recht, die Chinesen ihrem alten Glauben abtrünnig zu machen und sie zu Anhänger einer Religion zu bekehren, deren Worte in einem so schreienden Widerspruch stehen zu den Thaten der „christlichen“ Mächte? Wer giebt ihnen das Recht, ihr Land aufzuteilen und ihnen Erzeugnisse einer fremden Industrie aufzuzwingen?

Mag China mit den Voerenrepubliken sonst nichts gemein haben, in seinem Kampf um die heimische Scholle, um seine nationalen Eigentümlichkeiten müssen ihm die gleichen Sympathien aller Freunde einer politischen Moral gehören, wie den Voeren! Wenn unsre Jugend auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz verblutet, so gehört ihr unser Mitleid, ihren Feinden aber können wir unsre Sympathie nicht verjagen!

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ findet sich folgende offiziöse Auslassung:

„Die Nachricht, daß die Londoner Agentur „Laffan“ eine Meldung aus Tientsin über die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking verbreite, traf am 16. Juni nachmittags hier ein. Unmittelbar darauf wurde der kaiserliche Geschäftsträger in Petersburg zu umgehendem Drahtbericht, ob und welche Nachrichten die dortige Regierung aus Peking habe, aufgefordert und der kaiserliche Konsul in Tschifu angewiesen, auf jede mögliche Weise Nachrichten einzuziehen und hierher zu drahten. Ebenso erhielt der Chef des Kreuzergeschwaders noch am 16. Juni telegraphische Befehle, zu depeeschieren, was er über die Lage in Peking in Erfahrung bringen könne. Sowohl aus Petersburg als auch aus Tschifu wurde am 17. Juni zurückgemeldet, daß keinerlei Bestätigung der Laffanschen Meldung vorliege. Auch in London war amtlich nichts Behuliches bekannt.“

Als dann heute, am 18. Juni früh, die Drahtnachricht aus Tschifu eintraf, ein japanisches Torpedoboot meldete: „Gesandtschaften in Peking genommen, wurden sofort die kaiserlichen Vertreter in London, St. Petersburg, Tokio und Shanghai telegraphisch angewiesen, schnellstens Erkundigungen einzuziehen.“

Aus einer heutzutage eingetroffenen Meldung des Konsulats in Hongkong, welches schon gestern zur Einziehung von Ermittlungen beauftragt war, geht hervor, daß dort keine ähnlichen Nachrichten vorliegen. Die Antworten der oben erwähnten kaiserlichen Vertretungen stehen noch aus und werden beim Eintreffen bekannt gegeben.

### Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Zürich, 15. Juni.

Die soeben erschienenen Amtsberichte der schweizerischen Fabrikinspektoren für die beiden Jahre 1898 und 1899 sind wieder neue Beweise für die Richtigkeit der wirtschaftlichen und socialpolitischen Auffassung, daß die Arbeiterjurisprudenz-Gesetzgebung kein Hindernis für den Aufschwung und die Weiterentwicklung der Industrie bildet. Die schweizerische Industrie ist unter dem nun 22 Jahre bestehenden Fabrikgesetz groß geworden und sie hat namentlich in der Verichsperiode ihren reichlichen Anteil an der allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität gehabt.

Es ist in den beiden letzten Jahren die Zahl der dem Fabrikgesetz unterstellten Betriebe von 5400 auf 5911 und die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeiter von 212 258 auf 240 875, erstere also um 415 und letztere um 28 620 gestiegen. Ein derart relativ großes Wachstum der schweizerischen Industrie war noch in keiner früheren Periode zu verzeichnen und es zeigt uns zugleich, wie sich die Industrialisierung der Schweiz vollzieht, die auch der Weiterentwicklung der schweizerischen Socialdemokratie zu gute kommen muß, allerdings in nur ver-

mindertem Maße, da die Zahl der ausländischen Arbeiter, welche als politisch rechtlos für unsere Genossen anher gebracht werden müssen, sich fortwährend bedeutend vermehrt, namentlich durch den unterbrochenen Zugang von Italienern. Diefelben finden, wie Dr. Schuler mitteilt und wie man übrigens selbst jeden Tag beobachten kann, in immer mehr Industriezweigen, in denen man früher an die Heranziehung italienischer Arbeiter gar nicht dachte, so z. B. in den über den Mangel an inländischen Arbeitskräften klagenden Mühlen, in den Leinwandfabriken, die für die Arbeit in den warmen Tropenlokalen immer schwieriger Arbeiterinnen finden.

Katzenlich hat auch die Anwendung Menschenkraft sparerer Maschinen sowie die Gewinnung von immer mehr motorischer Kraft, wobei die Elektricität die Hauptrolle spielt, weitere erhebliche Fortschritte gemacht.

Was die Revisionsfähigkeit der Aufsichtsbeamten betrifft, so übersteigen die bezüglichen Zahlen wiederum wie in den früheren Berichtsperioden die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe ganz erheblich. So wurden im Jahr 1898 6413 und 1899 6831 Betriebe bejucht, also im letzten Jahr um fast 1000 Revisionen mehr ausgeführt als Betriebe vorhanden, ein Verhältnis, wie es die Fabrikinspektion keines andern Landes aufweisen kann.

Zum Teil scharfe Kritik wird geübt an dem renitenten Verhalten mancher Unternehmer gegenüber der Unterstellung ihrer Anlagen unter das Fabrikgesetz, in denen gerade oft die schlimmsten Zustände vorgefunden werden. Das Vorhandensein zahlreicher, im Verborgenen häufig konservierter Mischstände läßt diese Renitenz allerdings menschlich begreiflich erscheinen. Als insbesondere abschreckendes Beispiel dieser Art wird vom Fabrikinspektor Mausebach der Centralpräsident des schweizerischen Gewerbevereins, der Schulfabrikant Scheidegger in Bern, offen vor aller Welt an den Pranger gestellt.

Dr. Schuler konstatiert in seinem Bericht, daß als eine Wirkung des Fabrikgesetzes die Ausdehnung der Hausindustrie zu betrachten sei, auf die daher die Arbeiter-schutz-Gesetzgebung ebenfalls ausgedehnt werden sollte. Einen Ausweg dazu erblickt er in dem in mehreren kantonalen Arbeitermischungs-Gesetzen enthaltenen Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen, die während 10 oder 11 Tagesstunden im Geschäft gearbeitet haben.

Ueber den Verkehr mit den Arbeitern und Arbeiterorganisationen äußern sich die Aufsichtsbeamten teilweise kritisch. Viele Arbeiter sowohl wie andre Vereinsvorstände bekundeten noch eine große Unkenntnis des Fabrik- und Hoftpflichtgesetzes. Es ist nur zu wünschen, daß diese im großen und ganzen nicht unbegründeten Beschwerden in den Kreisen der Arbeiter Verbreitung finden.

Bei den Revisionen wurden wiederum wie früher zahlreiche Mischstände vorgefunden. Umgehung der behördlichen Prüfung der Baupläne, Unreinlichkeit und sonstige Vernachlässigung der Arbeitsräume wie auch der Bedürfnisanstalten, mangelhafte Ventilation und Beheizung, gar keine oder ungenügende Ventilation zc.; mehrfach wurden sogar noch mehrfache Aborte angetroffen. Ein scharfes Schlaglicht auf die unbefriedigenden Zustände in diesen Betrieben wirft auch die große Zahl von Unfällen, die in den Jahren 1897/98 41 086 gegen 35 004 in 1895/96 betrug; in diesen Zahlen sind allerdings auch die nicht angezeigten Unfälle mit einer Erwerbsunfähigkeit von unter 7 Tagen inbegriffen.

Bemerkenswert ist die Stellungnahme des Fabrikinspektors Mausebach in Schaffhausen, der früher Fabrikant war, gegen das Vorkommen in den Betrieben, da hierbei der Unternehmer Partei und Richter in einer Person sei und es je länger je weniger zulässig erscheint, daß von zwei Vertragskontrahenten einseitig der eine den andern soll mit Ruhe belegen können. Das ist eine durchaus richtige Auffassung, die immer mehr Geltung erlangen sollte.

Erhebungen über die Lohnzahlungsfristen ergaben, daß für die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter und der Betriebe der 14tägige Zahltag besteht, in der welschen Schweiz aber und zwar hauptsächlich in der Uhrenindustrie, noch für 20 Proz. der Arbeiter die monatliche, ein für die Arbeiter schwerer wirtschaftlicher Mischstand, den sie bei guter Organisation und erstem Willen wohl leicht beistellen könnten. Der am meisten übliche Zahltag ist der Sonnabend.

Untersuchungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit haben weitere Fortschritte in Bezug auf ihre weitere Verklärung ergeben. So arbeiteten im Jahre 1895 im ersten Kreise (Gürich, St. Gallen zc.) noch 67,4 Proz. der Arbeiter in 70 Proz. der Etablissements täglich 11 Stunden, Ende 1899 aber 55,9 Proz. der Arbeiter in nicht ganz 60 Proz. der Etablissements 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11 Stunden. Ähnlich liegen die Verhältnisse im zweiten Kreise (Genf, Waadt zc.), ungünstiger dagegen im dritten Kreise (Schaffhausen zc.), wo 1895 67,4 Proz., 1899 65,8 Proz. der Arbeiter noch den Etablissementen hatten, als in 4 Jahren ein nur ganz bescheidener Fortschritt gemacht wurde. In ausgedehntem Maße bewilligten die Behörden Ueberzeitarbeit, so daß im Jahresdurchschnitt fast 8 Ueberstunden auf den Arbeiter entfielen.

Uebertretungen des Fabrikgesetzes konnten die Fabrikinspektoren in zahlreichen Fällen zur Anzeige bringen. Urteile wurden in 531 Fällen erlassen mit einer gesamten Bußensumme von 11873 Fr., wozu noch die wohl den gleichen Betrag ausmachenden Prozessionskosten kommen, die in der Regel den Verurteilten auferlegt werden.

Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes läßt noch immer zu wünschen übrig, aber nach dem Studium der vorliegenden neuesten Amtsberichte darf man die Behauptung wagen: daß in diesem Punkt die Schweiz an der Spitze steht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni.

### Der preussische Landtag

Hat am Montag endlich seine Thätigkeit eingestellt. Bevor in der üblichen Weise der feierliche Schluß erfolgte, hielten beide Häuser noch kurze Sitzungen ab, deren Zweck es war, in Bezug auf die Gesetze betreffend die Warenhaussteuer und betreffend Maßnahmen gegen die Hochwasserfahren in Schlesien eine Uebereinstimmung herbeizuführen.

Im Abgeordnetenhaus gingen die Verhandlungen ohne jeden Zwischenfall vor sich. Das Haus war so stark besetzt, daß die Gegner einer Warenhaussteuer von dem ausichtslosen Versuch einer Fortsetzung der Obstruktion Abstand nahmen. Die Erdrosselungssteuer fand in der Form des Herrenhauses Annahme; nur die Ausnahmebestimmung für Warenhäuser für Beamte und Offiziere strich das Haus, um zu zeigen, daß wenigstens der letzte Rest von Schamgefühl bei ihm noch nicht geschwunden ist.

Ebenso stimmte das Haus dem schlesischen Hochwassergesetz zu, indem es den § 51, den die Regierung bekanntlich für unannehmbar erklärt hatte, in folgender Fassung annahm:

„Bei dem Ausbau der im § 1 aufgeführten Wasserläufe ist jede Schädigung der Anlieger an den unteren Strecken dieser Wasserläufe oder der Oder zu vermeiden; insbesondere sind alle Arbeiten, welche geeignet sind, eine Schädigung der Unterlieger durch Vernehmung oder Verschleimung der Hochwasserabfuhr zu bewirken, so lange hinausgeschoben, bis eine ausreichende Vorflut in der Oder selbst gesichert ist.“

In der Fassung des Herrenhauses lautete dieser Paragraph:

„Alle Arbeiten an den linksseitigen Nebenläufen der Oder, welche eine vermehrte oder beschleunigte Hochwasserabfuhr in letztere verursachen, sind so lange zurückzustellen, bis die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder in Angriff genommen ist.“

Beide Gesetze mußten nun nochmals ans Herrenhaus, und hier spielte sich ein interessantes Schauspiel ab: Die sogenannte neue Fraktion, die sich der Hauptsache nach aus Oberbürgermeistern und Universitätsprofessoren zusammensetzt, setzte beim Warenhaussteuer-Gesetz eine regelrechte Obstruktion in Scene. Unter Führung des Oberbürgermeisters Vender-Breslau widersprachen sie der sofortigen Beratung unter Hinweis auf die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach Vorlagen frühestens 48 Stunden nach ihrem Bekanntwerden zur Debatte gestellt werden dürfen. Die Partei der Junker war außer sich über diese Störung ihres beschaulichen Daseins, einer nach dem andern lief zu dem verschmitzt lächelnd dabei sitzenden Minister von Miquel, um sich bei ihm Rats zu holen. Aber auch der Vielbewanderte vermochte seinen Freunden nicht zu helfen, denn die Bürgermeister waren in ihrem Recht. Plötzlich erinnerte sich Herr von Manteuffel des alten Spruchs, daß Jurensen hilft; er wandte sich mit freundlichen Worten an die Oberbürgermeister, und diese konnten der Verlockung nicht widerstehen. Die Sitzung wurde auf einige Minuten vertagt, die Bürgermeister pflogen Rats und verkündeten bei Wiedereröffnung der Sitzung, daß sie mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage von ihrem Widerspruch Abstand nehmen.

Damit hatte die Obstruktion nach fast einhalbstündiger Dauer ihr Ende erreicht. Das Warenhaus-Steuergesetz und hinterher auch das Hochwassergesetz wurden nunmehr in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt. Das Zustandekommen beider Gesetze ist also gesichert.

### „Nun aber weiter.“

Die von uns angekündigten offiziellen Beschwichtigungsnotizen zu den neuesten kaiserlichen Flotten Telegrammen und Reden haben sich prompt eingestellt. Herr Schweinburg, der Wissende, führt den Reigen, indem er schreibt:

„Der in der Lübecker Kaiserrede enthaltene Ausspruch, daß wir die Aufsicht haben, einmal eine deutsche Flotte zu bekommen, wird als bald in der flottenfeindlichen Presse zur Erregung von Unzufriedenheit gemißbraucht. Man behauptet, daß in diesem Kaiserwort die Perspektive auf eine weitere starke Verneuerung der Flotte über das Flottengesetz hinaus eröffnet werde, und sucht, mit dem bekannten Schlagwort von den unerlösten Flottenplänen, Mißstimmung zu erregen. Daß mit dem jetzt gesetzlich festgelegten Flottenplan nicht ein für alle Mal jeder weiteren künftigen Verstärkung der Flotte im Falle eintretenden Bedarfs präjudiziert wird, ist selbstverständlich, aber das Kaiserwort läßt nach seiner Wortfassung doch keine andre Deutung zu, als daß mit der Durchführung des jetzt gesetzlich festgelegten Flottenplans erst das Ziel einer deutschen Flotte erreicht sein wird. Bisher steht ein großer Teil dessen, was zu einer dem Bedürfnis und der Stellung Deutschlands entsprechenden Flotte für nötig erachtet wird, noch auf dem Papier. Erst wenn die in dem Flottenplan vorgesehenen Schiffsneubauten zur Ausführung gelangt sind, und die beiden Schlachtgeschwader nebst allen vorgegebenen Kreuzern kampffähig auf dem Meere schwimmen, kann im Ernst von einer genügend starken deutschen Flotte die Rede sein. So weit das Lübecker Kaiserwort eine Mahnung enthält, geht sie daher auf die möglichst schnelle und kräftige Durchführung der im Prinzip in dem Flottengesetz festgelegten Flottenverstärkung. Diese liegt aber so offenbar im Interesse der Sicherheit und der Weltstellung Deutschlands, daß der Reichstag sicherlich die Bewilligung ausreichender Jahresbudgets nicht verweigern wird.“

Herr Schweinburg giebt sich nicht einmal die Mühe, die Beschwichtigungskomödie ernsthaft zu spielen. Der Anfang der Auslassung soll nach einem Dementi aussehen. Am Schluß aber wird die Maske fallen gelassen und in aller Harmlosigkeit als etwas Selbstverständliches erklärt, der Kaiser habe zu einer möglichst schnellen und kräftigen Durchführung des auf zwanzig Jahre berechneten Flottenplans gemahnt.

Ein größeres Zugeständnis konnten wir gar nicht erwarten. Die fünf oder sechs Milliarden sollen in ein paar Jahren verbaut werden und dann giebt es neue Flottenvorlagen.

Schon der nächste Etat wird die Spuren der kaiserlichen Mahnung deutlich zeigen.

### Verständsanwischen.

Wir erhalten folgende

#### Erklärung:

Unter der Ueberschrift „Verständsanwischen“ brachte diese Zeitung in Nr. 184 d. J. einen Artikel, in welchem unter wörtlicher Anführung einiger aus dem Zusammenhang gerissener Sätze, die aus einer auf der medizinischen Klinik in Jena gemachten Krankenbeobachtung des ehemaligen Assistenzarztes Herrn Dr. Strubell entnommen sind, Protest gegen „Ausbrüche unredlicher Experimentiererei“ erhoben wird. Als Leiter der genannten Anstalt setze ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt.

Der Kranke, über den Herr Dr. Strubell berichtete, wurde vor drei Jahren in die Klinik aufgenommen wegen Wasserharndrüse (Diabetes insipidus), eines Leidens, das bisher der völligen Heilung unzugänglich war und leider auch heute noch ist. Der vorliegende Fall war zugleich ein ungewöhnlich schwerer. Für den behandelnden Arzt war die Pflicht gegeben, auf jede nur mögliche Heilmethode der als unheilbar angesehenen Krankheit Bedacht zu nehmen. Eine solche Methode ist aber nur auf Grund sorgfältiger Forschungen nach dem bisher dunklen Wesen der Krankheit zu gewinnen; nur diese könnten neue rationale Anhaltspunkte für die Behandlung und Heilung geben. So wurde neben Schwitzbädern und andern Verfahren zur Besserung des Leidens auch eine Entziehungskur versucht, wie sie in derartigen Fällen wiederholt, wenn auch nicht unter so genauer Kontrolle und unter andern Voraussetzungen, angewendet worden ist. Ähnlich wie der Morphinist und der Alkoholist einen unstillbaren, seine Krankheit steigenden Drang nach neuem Genuß von Morphinum bezw. Alkohol empfindet und von seinem Leiden beunruhigt nur durch eine zwangsweise Entziehungskur geheilt werden kann, so lag es nahe, der unstillbaren krankhaften Begierde des an Diabetes insipidus Erkrankten nach Wasserzufuhr auf dem Wege einer vorläufigen, d. h. nur über kurze Zeiträume (2—8 Stunden) ausgedehnten Entziehungskur zu begegnen und auf diesem Wege leitende Gesichtspunkte für die Behandlung der Krankheit zu gewinnen. Dieser Versuch, der nur unter Isolierung des Kranken durchführbar war, wurde dem Patienten unter offener Darlegung der seiner wartenden unangenehmen Entziehungsercheinungen vorgeschlagen und fand seine Zustimmung; erst nach seiner freiwilligen Erklärung, sich dem genannten Versuch unterziehen zu wollen, gab ich zu demselben meine Einwilligung. Ich hatte auch weiterhin keine Veranlassung, den Versuch alsbald abzubrechen, da der Kranke sich bei mir niemals beklagte, und ich bei den Krankensisten mich vergewissern konnte, daß dem Kranken keinerlei Schaden daraus erwachsen werde, vielmehr hoffen durfte, denselben Nutzen zu bringen.

Was den ohne allen Zusammenhang in Nr. 184 dieser Zeitung citierten Sätzen muß der Leser den Eindruck gewinnen, als sei unser Kranker vergewaltigt und zu seinem Nachtheil behandelt worden. Dazu ist noch folgendes zu bemerken.

Herr Dr. Strubell, ein bereits 1895 approbierter Arzt, hat in seiner Abhandlung, die übrigens in Fachkreisen als schätzbarer Beitrag zur Lehre vom Diabetes insipidus gilt, über die subjektiven Abstimmungen während der Stunden der Wasserentziehung

in einer übertriebenen drastischen Weise, die ich nicht billigen kann, berichtet. Für die Behandlung des Kranken aber übernehme ich in der Hauptsache die volle Verantwortung, während ich diese für manche Einzelheiten in der Ausführung, die mir erst nachträglich bekannt wurden, ablehnen muß. Ausdrücklich füge ich hinzu, daß es dem Kranken jeden Augenblick frei stand, die freiwillig angetretene zeitweilige Entziehungskur zu beenden. Er konnte jederzeit durch Klopfen an der Thür die Öffnung des Isolierzimmers, neben dem beständige Wache sich befand, veranlassen; er konnte ferner, wie jeder unserer Kranken, jederzeit auf seinen Wunsch die Anstalt verlassen. Der Kranke blieb aber nicht nur zwei Monate freiwillig in der Klinik, sondern er ließ sogar noch einmal zu erneuter Behandlung zurück. Ein unglücklicher Kranke würde das sicherlich nicht gethan haben.

Niemals ist in der medizinischen Klinik unter meiner Leitung irgend einem Kranken gegen seinen Willen ein Zwang angedrungen worden.

Jena, 15. Juni 1900.

Prof. Dr. R. Stilling,  
Vorstand der mediz. Klinik.

Wir bemerken zu vorstehender Erklärung folgendes:

1. Auch wenn man den ganzen Strubellschen Aufsatz vor sich hat, kann man aus demselben kaum entnehmen, daß der angeführte Versuch ein therapeutischer (Behandlungszweck dienender) war.

2. Ebenfalls ist aus dem Aufsatz Strubells zu ersehen, daß der Kranke durch Klopfen an der Thür jederzeit eine Unterbrechung des Versuchs fordern konnte. Wie das überhaupt möglich war, wo doch Strubell nach seiner eigenen Angabe stets den Schlüssel des Zimmers „in der Tasche“ trug, ist unerfindlich. Ebenso unklar bleibt, wie ein vollstimmiger Kranker unter diesen Umständen es vorziehen konnte, zur Befriedigung seines Durstes den gefährlichen Weg durch das Fenster zu wählen, da er noch dazu zwei eiserne Stangen zu diesem Zwecke herausbrechen mußte.

3. Herr Prof. Stilling's Angabe, daß die Entziehungsversuche „nur über kurze Zeit (2—8 Stunden)“ ausgedehnt wurden, ist irrig. Aus dem Aufsatz Strubells geht vielmehr hervor, daß die Versuche teilweise über 24 Stunden fortgesetzt wurden, d. h., daß der Kranke während dieser Zeit seinen Durst mit etwas (300 Gramm) Eis stillen mußte.

4. Es ehrt Herrn Prof. Stilling, daß er seine Assistenten und Schüler nicht fallen läßt, wie es vielleicht mancher andre unter diesen Umständen gethan hätte, sondern ihn im Gegenteil nach Möglichkeit in Schutz nimmt. Um so wertvoller ist aber unter diesen Umständen das Zugeständnis, daß auch Dr. Stilling „für manche Einzelheiten in der Ausführung“ die Verantwortung ablehnt, und daß er auch die Art, wie Strubell berichtet, „nicht billigen kann“.

5. Wir deuten diese leigere Aeußerung des Herrn Professors dahin, daß selbst er im Grund die Verurteilung unserer Anlage gegen die unethische Forderung eines Kranken zugiebt, deren Verurteilung auch dadurch nicht gemildert würde, wenn in der That — bei vollem klaren Bewußtsein dessen, was ihm bevorstand — der Kranke seine formelle Genehmigung gegeben hätte, die bei einem gewissen moralischen oder unmoralischen Drucke ja sehr leicht zu erhalten ist.

Der erörterte Fall kam, wie man dem „D. L.“ aus Raumburg schreibt, auch bei dem dort abgehaltenen 11. Verbandstag der 180 000 Mitglieder zählenden Thüringer Orts-Krankenkassen zur Sprache. Obwohl die Erklärung des Professors Stilling bereits vorlag und im Wortlaut verlesen wurde, hielt die Versammlung diese nicht genügend und beschloß eine Resolution an das Ministerium in Weimar, in welcher das Eruchen an dieses gerichtet wird, Maßnahmen zu treffen, welche derartige Quälereien für die Zukunft unmöglich machen.

## Deutsches Reich.

### Kanal-Reden.

Bei den Einweihungsfeierlichkeiten in Lübeck und Travemünde hat nicht nur der Kaiser, sondern es haben auch diverse Minister geredet.

Sehr diplomatisch äußerte sich naturgemäß Herr v. Miquel: „Man wisse, welche Verorganisse und Beschränkungen an alle Verbesserungen der Verkehrswege geknüpft werden. Man wisse aber auch, daß wenn ein Verkehrsmittel einmal da sei, die Sorgen verschwinden und unter den Wohlthaten und dem Segen, die sie verbreiten, vergeffen werden. In den Parlamenten halte es oft schwer, diese Beschränkungen zu überwinden, wie dies auch bei dem Mittelkanal der Fall sei.“

Weniger kann man zur Verteidigung des Mittelkanals nicht gut sagen, nachdem das Ausnahmewort vor einem Jahr noch als — auch im Interesse der Landesverteidigung — unausschießbar ungelöst geblieben war.

In Travemünde begeisterte sich dann der Landwirtschaftsminister v. Hammerstein, der im Abgeordnetenhaus für gewöhnlich von seinen Standesgenossen als West-Agrarier ausgelacht wird — für die Kanal- und Sammelpolitik:

Er habe sich gern an den Bestrebungen beteiligt, die Verbindung zwischen Osten und Westen enger zu knüpfen. Der Kaiser habe i. J. versprochen, für die Ausführung dieses großen Projektes Garantien zu übernehmen. (Bravo.) Man werde trotz aller Schwierigkeiten mit einer solchen Bundesgenossenschaft, mit loyalesten Mitarbeitern siegreich aus diesem Kampf hervorgehen. Die Hansstädte hätten durch Förderung der Moor- und Heidekultur ein andres Verständnis für alle Kulturaufgaben betwiesen. Andererseits müsse er als Agrarminister sagen, daß die Landwirtschaft unsres Vaterlands nicht mehr die Aufgabe einfacher Landkultur habe. Sie habe sich zu einer Industrie ersten Ranges entwickelt und müsse noch immer industrieller werden. Der Landwirt müsse vom Kaufmann lernen. Alle produktiven Gewerbe im Vaterlande müßten vereint ihre Kräfte anspannen, um im internationalen Kampf der Völker ihre volle wirtschaftliche Kraft zu entwickeln. Für alle produktiven Gewerbe komme zunächst der inländische Markt in Frage und müsse gepflegt werden. Der künstlich großgezogene Antagonismus zwischen den produktiven Ständen dürfe nicht vermehrt, sondern müsse vermindert werden. Die Politik der Sammlung sei die einzig denkbare vernünftige Wirtschaftspolitik. (Bravo.)

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich, als ob sie diese komische Sammelrede ernst nehmen und deshalb belächeln müsse. Sie bemerkt ziemlich von oben herab:

Der Landwirtschaftsminister hat mit seinen Reden selten Glück. Seine impulsive Natur geht ihm oft durch, und so kommt es dem, daß er Aeußerungen thut, die ihm selbst später sicherlich peinlich sind. Wir wollen mit ihm wegen seiner Kanalfrömmlichkeit nicht rechten, auch die entschieden nicht wünschenswerten und konstitutionell recht bedenkliche Verschlebung der kaiserlichen Person nicht besonders betonen, weil leider diese politische Unfälle in gewissen Kreisen fast zur Sitte geworden ist. Wenn aber der Landwirtschaftsminister die Landwirtschaft für eine Industrie erklärt, so verdient eine solche Auffassung die ernsteste Zurückweisung, denn sie ist einfach unmöglich.

Es wäre wirklich unangenehm, wenn in Zukunft solche Reden, die nur den Gegnern der Landwirtschaft eine unumgängliche Freude bereiten, unter den um ihre Existenz schwer kämpfenden Landwirten selbst aber die tiefste Verstimmung, ja Erbitterung hervorrufen müßten, unterblieben.“

Herr v. Thielen, der scheidende Bureaukrat, erklärte in einem Toast auf die — abwesenden Damen: Gebaut wird er doch!

Wir glauben, daß Herr v. Thielen mit seiner Prophezeiung in der That recht behalten wird. Es wird eine der ersten Kulturthaten sein, den Mittelkanal zu bauen, wenn — wir Socialdemokraten zur Nacht gelangt sein werden. —

**Der Feind.** Der „Hamb. Korresp.“, ein zu reichssozialistischen Umgebungen benutztes Blatt, richtet einen anfälligen scharfen Angriff gegen den preussischen Finanzminister v. Miquel:

Herr v. Miquel hat dem Abg. Dr. Barth im preussischen Abgeordnetenhaus bemerkt, daß er im nächsten Jahre noch ganz andere Proben von agrarischer Gesetzgebung erleben würde als bisher. Wir freuen uns dieser herzerfrischenden Offenheit, die nicht immer als eine Eigentümlichkeit des Herrn v. Miquel gegolten hat. Man weiß es ja in den Kreisen der Anhänger einer freibeitlichen Wirtschaftspolitik schon lange, daß Herr v. Miquel „der Feind“ ist. Nun hat er es selbst ausdrücklich erklärt, und der Kampf um die Handelsverträge und was damit zusammenhängt wird damit zu einem Kampf gegen Herrn v. Miquel. Diese Klärung der Situation kann dem Kampf selbst nur förderlich sein.

Die Anklaffung des gemäßigt liberalen Blatts ist ein Symptom dafür, daß die Kreise der Industrie und des Handels mit Sorge die Unterminierung der Handelsvertragspolitik beobachten, wie sie von agrarischer Seite unter dem Schutz und der Leitung des Finanzministers betrieben wird.

**Hohenlohe und die Agrarier.** Nur mit Rücksicht auf das hohe Alter des Reichskanzlers will die „Arbeiter-Zeitung“ nicht aussprechen, was sie über die letzte Rede Hohenlohes denkt. Am peinlichsten ist das Blatt von der Art berührt, wie Fürst Hohenlohe die Agrarier gewissermaßen als Ausbeuter charakterisiert. Bei der Anwendung des Wortes „Agrarier“ sollte ein Mann in hoher und verantwortungsvoller Stellung besonders vorsichtig sein. Werthwändig, daß sich die Agrarier ihres Namens schämen!

**Die belohnten Flottenprofessoren.** Die Professoren Adolf Wagner, Schmöller, Hans Delbrück, die so lässlich es unternehmen, die Arbeiter zum Flottenwahn zu verführen, sind ob dieser Bewähungen mit höheren Orden bedacht worden. Der auf demselben Gebiet thätig gewesene Herausgeber der „Sozialen Praxis“ Franke hat den Professor-Titel erhalten.

Wo bleiben Sombart und Müller-Gulda?

**Schutzkäufer-Sorgen.** Die Sammelpolitiker geraten durch den in der thatsächlichen Entwicklung begründeten Interessengegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft in große Schwierigkeiten. Wie soll man es beiden Seiten recht machen? Besonders fürchten unsere Industriellen für den gewaltig gestiegenen Abfall ihrer Fabrikate nach Rußland. In den „Berliner Neuigkeiten“ wird daher vorgeschlagen — die Nachricht über solche Absichten tauchte schon früher auf —, einen niedrigeren Zoll für Roggen als für Weizen festzusetzen, weil von Rußland 70—80 Proz. unserer ganzen Roggenginfuhr kommen und eine solche niedrigere Festsetzung des Zolls eine Vergünstigung Rußlands gegenüber der Weizenginfuhr bedeute, an der Rußland weniger als Amerika interessiert sei. Dem Vernehmen nach decken sich diese Vorschläge mit den Absichten der Reichsregierung.

Außerdem würde man dem russischen Petroleum einen niedrigeren Zoll gewähren, weil mit den Vereinigten Staaten doch nicht wieder ein Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen werden würde.

**Konserverfabrik-„Kauf“.** Die Dresdener Landtagswahl ist laffert worden, weil die sozialdemokratische Partei ihre Wahlmänner für die Unkosten und die Arbeitsverhältnisse am Wahltag mit je 5 M. entschädigt hat. Jetzt wird bekannt, daß bei der Landtags-Wahlwahl in Leipzig die konservativen Parteileitung an die Wahlmänner ein Rundschreiben gerichtet hat. Dieses vom 8. Juni datierte Rundschreiben enthält am Schluß den Satz: „Etwas Unkosten für Fahrt usw. werden nach erfolgter Liquidation umgehend ersetzt.“

In der Sprache der Konservativen heißt das: Wahlstimmen kaufen. Allerdings werden die konservativen Wahlmänner sich mit fünf Mark nicht begnügen haben.

**Mitalmord-Poëffe.** In der „Staatsbürger-Ztg.“ wird ein Gedicht über den Koniger Mord veröffentlicht, in dem folgende Reimereien vorkommen:

Schau hin nach Pechlau! Sieh, dort bricht ein Herz,  
Dort ist das Schwerte einer Frau gesehen,  
Die fürchterliche Pein — ein Seelenkammer,  
Daß man vermeint, sie muß vor Gram vergehen!  
Die Mutter Winters — jenes arme Weib —  
Dem man ihr Kind bestialisch hingeschlachtet,  
Sie sucht nach ihres Sohnes totem Leib,  
Vor Sehnsucht ihre Seele schier verschmachtet!  
Drei Monat ist's schon her, da floß das Blut  
Des jungen Winter unter Wüderhänden —  
Koch weiß man nicht, durch welche Teufelsbrut  
Das junge Menschenleben muhte enden.  
Koch weiß man nicht; denn nur ein Ahnen bang,  
Es läßt uns schauernd jenen Ort vermuten,  
Wo Winters Todesdröckeln dumpf verklang,  
Wo man das junge Leben lieh verbühen.

„Jener Ort“ ist natürlich die Synagoge. Wie möchten meinen, daß selbst ästhetische Fanatiker den fremden deutschen Teufeln nicht in solcher Form Verbredchen anzubilden wagen.

**Die Verrohung der Jugend** — so schreibt man uns aus Elßah-Lothringen — ist in der bürgerlichen Presse seit Jahren der Gegenstand fortwährender Klagen, und unnachlässigliche Strenge in den richterlichen Strafverurteilungen gegen Robeitsdelikte, schließlich sogar die staatliche Zwangsverziehung werden als Abhilfsmittel dagegen empfohlen. In lächerlichem Widerspruch mit dieser Auffassung steht der Standpunkt, auf den sich dieser Tage die Strafkammer des Landgerichts Straßburg i. E. in einer Strafsache gestellt hat, die gegen einen jungen Mann wegen einer ganz außerordentlich rohen und gemeinen Ausdrucksweise anhängig gemacht worden war. Es handelte sich dabei allerdings nicht um einen Angehörigen der unteren Volksschichten; der Thäter war vielmehr ein elegant auftretender Kavallerier, der auf Grund des väterlichen Geldbentels ein durchaus „händesgemäßes“ Leben zu führen in der Lage ist. Dem entsprechend hatte er sich auch ein „Verhältnis“ zugelegt, mit dem er eines Abends in einem feineren Weinrestaurant Straßburgs eine größere Zeche machte. Beim Begleichen der letzteren hatte sich die Stenkerin des Lokals zu Ungunsten des jungen Herrn verrecknet. Darüber erobt und durch seine Begleiterin aufgebracht, sprach der saubere Kavallerier auf und schlug der Stenkerin ohne weiteres mit seiner Hand ein meckrals mit voller Kraft auf den Kopf und ins Gesicht. Auch die Gäste, die für das wechlose, in so roher Weise mißhandelte Mädchen Partei ergreifen, wurden von dem rohen Patron mit der Peitsche traktiert.

Das Schöffengericht, das sich in erster Instanz mit der Sache zu befassen hatte, ahndete die brutale That mit Annahme mildernder Umstände mit einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Damit gab sich aber der Beurteilte, der sich auch vor Gericht als vollendeter Kavallerier aufstellte, nicht zufrieden. Er legte gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis Verurteilung ein und hatte damit insofern auch Erfolg, als die Straßburger Strafkammer als Berufungsinstanz das erste Urteil in eine Geldstrafe von 500 M. umwandelte.

Zwar bezeichnete auch die Strafkammer die That des Angeklagten als eine sehr rohe und angeßichts der Lebensstellung des Thäters durchaus verwerfliche. Mit Rücksicht aber auf den Umstand, daß der Beurteilte frühzeitig seine Eltern verloren habe und nun sich selbst überlassen, dem Einfluß schlechter Gesellschaft unterlegen sei, habe man eine Geldstrafe als genügend betrachtet.

Wenn eine derart verständnisvolle, in mancher Hinsicht gewiß berechnete Milde bei der Beurteilung der Robeitsdelikte der Jugend auch den Söhnen der besitzlosen und ungebildeten Volksschichten zu teil würde, denen gegenüber sie doch zweifellos noch mehr begünstigt wäre, dann hätte vermutlich schon mancher Richterpruch

gegen bedauernswerte Opfer unserer gesellschaftlichen Verhältnisse anders gelaute, der im Lauf der letzten Jahre im Reich peinliches Aufsehen erregt hat.

**Aus dem Reichstagswahlkreis Mülhausen i. E.** wird uns geschrieben: Die Vorbereitungen der bürgerlichen Parteien zur Einigung im Kampf gegen die Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Reichstagswahl haben den reichsständischen Merkantilismus in seiner ganzen volksfeindlichen und volksverräterischen Erbärmlichkeit gezeigt. Das ganze Jahr über ratiomierten diese Herren über die politische Mißwirtschaft des Regierungssystems in Elßah-Lothringen, spielten sich als die Beschützer des schwer belasteten Volks gegen die wachsenden Ansprüche des Militarismus zu Wasser und zu Lande auf und geben vor, der freibeitlichen Ausgestaltung der traurigen politischen Zustände ihres Landes die Wege ebnen zu wollen. Und jetzt zeigen sie sich als die eifrigsten Beschützer der Kompromißkandidatur Schlumberger, die ihnen schon deshalb verdächtig erschienen müßte, weil sie durch das offiziöse Sprachrohr der kaiserlichen Diktatur-Regierung, die „Straßburger Post“, mit so besonders großem Nachdruck als ein „glücklicher Griff“ bezeichnet wird. Derselbe Herr Parver Winterer, der nicht müde wird, sich und seine Partei als die patentierten Arbeiterfreunde hinzustellen, der vor kurzem als Vertreter des oberelßassischen Kreises Mülhausen im Reichstag gegen die ungeheure Mehrbelastung des Volkes durch die Flottenvorlage votiert hat, pries tags darauf in seinem „Arbeiterfreund“ den Großindustriellen Schlumberger als den geeignetsten Vertreter der Industriestadt Mülhausen, obwohl ihm bekannt war, daß Herr Schl. in sozialpolitischen Dingen den reaktionärsten Anschauungen huldigt, daß er sich z. B. für die Einschränkung der proletarischen Freizügigkeit erklärt hat, daß er ferner zu den eifrigsten Aposteln des Land- und Wassermilitarismus gehört und in Gesellschaft einiger höheren Beamten, Professoren etc. mit der erste war, der zur Bildung eines reichsständischen Flottenvereins aufgefordert hatte.

Die Solidarität der Interessen von Kirche und Großkapital tritt im Mülhauser Wahlkampf, wo es für die Bürgerlichen die Niederzwingung der Sozialdemokratie um jeden Preis gilt, mit ganz besonderer Deutlichkeit in die Erscheinung. Alle Gegenstände der politischen, nationalen und konfessionellen Anschauungen, die das Jahr hindurch unsere bürgerlichen Gegner in zwei feindliche Lager scheiden, sie verschwinden angesichts der Angst vor der Sozialdemokratie, und die sich sonst so rabiat gebärende Merkantilpartikularistische Opposition ist es, die auch hier ohne Rot das Opfer ihrer Ueberzeugung bringt und dem Gouvernement unangefordert und in fertiger Unterwürfigkeit ihre schätzenswerte Wahlhilfe offeriert. Wenn man bedenkt, daß bei den allgemeinen Wahlen im Juni 1898 neben ganzen 1700 governmentalen noch über 8000 Merkantile Stimmen abgegeben wurden, die der Mehrzahl nach aus Arbeiterkreisen herrührten, dann begreift man die Schmach der freiwilligen Selbstermächtigung und des verachtenswürdigen Verrats, den der oberelßassische Merkantilismus unter der Führung Winterers durch Unterstützung der Kandidatur Schlumberger an der Sache der noch in seiner Gefolgschaft marschierenden Arbeiter begangen hat.

Herr Schlumberger, der Großkapitalist, der Militär- und Flotten-schwärmer, der Feind der Freizügigkeit und Freund des Diktator-schleims Puttkamer als Kusewähler des angeblich arbeitervreundlichen, militär- und flottengeuerlichen, sozialpolitisch fortschrittlichen und diktaturfeindlichen Merkantilismus: das ist das politische Herrbild, das sich vom Hintergrund des Mülhauser Wahlkampfes abhebt. Die Arbeiterkraft der oberelßassischen Industriemetropole wird dem Merkantilen Oberregisseur der widerlichen Komödie am 5. Juli eine Aufnahme bereiten, die ihm zum zweiten Mal das Auftreten in derselben Rolle für alle Zeiten verleiden dürfte.

## Ausland.

### Kirchenstrafen für Leo Tolstoj.

Wir entnehmen dem in England erscheinenden „Swobodnoje Slovo“ folgende für die russischen Zustände charakteristische Verfügung des heiligen Synods über Leo Tolstoj.

**Irregularität.**  
**Vertraulich.**

Ein Mas seiner kaiserlichen Majestät des Herrschers aller Reußen, aus dem Wladimierschem geistlichen Konfessorium. Nach dem Mas seiner kaiserlichen Majestät hat das Wladimiersche geistliche Konfessorium die Mitteilung des Vorsitzenden des heiligen Synods, des Kiowischen Metropolitan Johannis angehört; in dieser war aus einanderberesetzt, daß Graf Leo Tolstoj in den Werken, wo er seine religiösen Anschauungen zum Ausdruck bringt, sich als Feind der orthodoxen christlichen Kirche klar und deutlich gezeigt hat. Den einen Gott in drei Personen erkennt er nicht an, die zweite Person der Dreieinigkeit — Gottes Sohn — nennt er einen einfachen Menschen, entsetzt den heiligen Text des Evangeliums, tadelt die heilige Kirche, indem er sie eine menschliche Einrichtung nennt, verwirft die kirchliche Hierarchie und spottet über die heiligen Sakramente und Gebräuche der heiligen orthodoxen Kirche. Solche Leute erklärt die orthodoxe Kirche feierlich am ersten Sonntag der großen Fasten in Anwesenheit ihrer treuen Kinder für fremd der kirchlichen Gaben. Daher wird die Abhaltung einer Seelenmesse über Graf Leo Tolstoj, falls er stirbt, ohne Buße zu thun und sich mit der Kirche zu versöhnen, unzulässig, ungewisselhaft das Gewissen der treuen Kinder der heiligen Kirche aufzuregen und eine Verlockung hervorzurufen, die verhängnisvoll werden muß. In Angesicht dessen hat der heilige Synod beschlossen, die Abhaltung der Gedächtnisfeier und Seelenmessen für Graf Leo Tolstoj im Fall seines Todes ohne Buße zu verbieten. Auch hat derselbe befohlen: vom Inhalt dieser Mitteilung die Probste zu benachrichtigen, damit dieselben davon die untergeordneten Geistlichen in Kenntnis setzen.

5. April 1900.

Mitglied des Konfessoriums Oberpriester B. Kasatkin.

Sekretär Grossdoff.

Vorsitzer J. Tschistjanoff.

## Frankreich.

**Paris, 17. Juni.** Nach Schluß eines Banketts der Nationalisten kam es gestern Abend zu einer Prügelei, bei der eine Person einen Revolverausch in den Arm und der Gemeinderat Dubuc einen gefährlichen Messerstich in die Seite erhielt.

## Italien.

**In der Kammer** ist es bis jetzt zu keinen Konflikten gekommen. Die Bureauwahlen sind in ziemlicher Ruhe vor sich gegangen. Das Ministerium unterhandelt direkt mit der konstitutionellen Opposition, und indirekt durch diese mit der äußersten Linken. Das parlamentarische Anbelange ist preisgegeben; und es soll eine neue Geschäftsordnung entworfen werden, die auch die äußerste Linke annehmen könnte. Diese hat erklärt, daß sie einer Reform der Geschäftsordnung nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstehe, aber unter keinen Umständen eine Vergeewaltigung der Minorität, insbesondere keine Bestimmungen dulden werde, vernünftigt deren die Debatten gewaltsam abgeßchnitten werden können.

Und das ist gerade der Punkt, um den es sich handelt. Pelloux ist offenbar in großer Verlegenheit — und die Thronrede liefert durch ihren resignierten, fast leinlauten Ton den Beweis, daß der König sich von der Gefährlichkeit der Lage überzeugt hat. Ob es Pelloux gelingen wird, sich an seinem Posten zu behaupten? Es ist nicht wahrscheinlich — er ist zu schwach, hat zu wenig Handgelenk. Und in der gestrigen Montagsitzung der italienischen Kammer erschien zum erstenmal nach langer Abwesenheit wieder der alte Crispi, der zu glauben scheint, daß über den Verbredchen — politischen und unpolitischen —

die ihn zur Flucht aus der Öffentlichkeit zwangen, inzwischen Gras gewachsen ist. Seine alten Freunde und Bundesgenossen von der Ruffia und Camorra haben ihm ja soeben sein Mandat erneuert und sein „Ehrenschild“ blank gepußt.

Nach einem Telegramm aus Rom hat der König 47 neue Senatoren ernannt. Das bedeutet, daß die Regierung kein Vertrauen auf die Kammermehrheit hat und sich im Senat eine festere Stellung zu schaffen sucht.

## Bulgarien.

### Neue Kurven infolge der Zehntsteuer.

Sofia, 16. Juni. Wie die „Agence Bulgare“ meldet, leisteten die Einwohner des Dorfes Durankulal (Distrikt Barna) den Steuerbeamten bei Anlegung der Zehntregister Widerstand. Eine nach dem Dorf entsandte Eskadron Kavallerie wurde auf dem Marsche von den Dorfbewohnern beschossen, wobei 2 Offiziere getötet wurden. Das Militär gab seinerseits Feuer und verwundete etwa 30 Personen. Die Bauern ergriffen sodann die Flucht. Infolge dieser Vorkommnisse wird über die Distrikte Barna und Schumla der Verlagerungsstand verhängt.

## Afrika.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz** liegt heute nur folgende Meldung vor:

**London, 18. Juni.** Die „Times“ melden aus Lourenço Marques von gestern: Präsident Krüger hat sein Hauptquartier nach Alkmaar bei Keispruit verlegt.

**Die Ereignisse in China** haben dem englischen Chaubinschiff einen gewaltigen Dämpfer aufgesetzt. Jeden Augenblick kann jetzt der Anstoß zu der großen Auseinandersetzung zwischen Rußland und England kommen, und der Augenblick findet England unvorbereitet. Oder richtiger: er findet ein England, dessen Landstreitkräfte fast vollständig durch den frivoal herausgeschworenen Voerentrieg in Südafrika festgenagelt sind, während sie in Ostasien so dringend gebraucht werden. Die 230 000 Soldaten, die England dort die zwei winzigen Voerentrepubliken konzentriert hat, nähern gegen die englischen Nachstellungen gar nichts; sie sehen aber da, wo es sich um Sein oder Nichtsein der englischen Weltmacht handelt.

Das sieht man in England, wie aus den Londoner Zeitungen zu ersehen ist — und man fühlt es um so mehr, als das Ende des Voerentriegs in weiter, nicht absehbarer Ferne liegt, und durch die ermunternde Wirkung, welche die Nachrichten aus China auf die Voeren ausüben, in noch weitere Ferne gerückt wird.

## Lehren aus dem Voerentrieg

Besteht sich der Artikel eines höchst wahrscheinlich militärischen Verfassers in den „Dresdener Nachrichten“, der sich unter dem Pseudonym „Kenophon“ verbirgt. Der Artikel richtet sich gegen den „Vorwärts“ und dessen Behauptung, daß gerade der südafrikanische Krieg wieder die überlegenen Vorzüge des Militärsystems gegenüber der Drill-Armee bewiesen habe. Eigentümlicherweise polemisiert der Verfasser gegen einige allgemeine Sätze vom 16. Dezember vorigen Jahres, statt, was für die Diskussion viel erproblicher gewesen wäre, auf unsere jüngeren und jüngsten Auslassungen einzugehen. Der Verfasser hat es sich deshalb selbst zuzuschreiben, daß seine Angriffe gegen die Auslassungen des „Vorwärts“ meist den Kern der Sache gar nicht berühren. Immerhin zeichnet den Artikel der ruhige Ton der Polemik vorteilhaft vor den zahlreichen Preherzeugnissen aus, die den gleichen Gegenstand behandelten. Wir wollen deshalb in Kürze auf die Hauptumwendungen Kenophons eingehen.

Zunächst behauptet der Verfasser, daß die Tapferkeit, die die Voeren trotz der später hervorgetretenen Disziplinlosigkeit bewiesen hätten, der Ausfluß der glühenden Vaterlandsliebe und des Gottesglaubens gewesen sei. Eigenschaftlich polemisiert der Verfasser gegen einige allgemeine Sätze vom 16. Dezember vorigen Jahres, statt, was für die Diskussion viel erproblicher gewesen wäre, auf unsere jüngeren und jüngsten Auslassungen einzugehen. Der Verfasser hat es sich deshalb selbst zuzuschreiben, daß seine Angriffe gegen die Auslassungen des „Vorwärts“ meist den Kern der Sache gar nicht berühren. Immerhin zeichnet den Artikel der ruhige Ton der Polemik vorteilhaft vor den zahlreichen Preherzeugnissen aus, die den gleichen Gegenstand behandelten. Wir wollen deshalb in Kürze auf die Hauptumwendungen Kenophons eingehen.

Zunächst behauptet der Verfasser, daß die Tapferkeit, die die Voeren trotz der später hervorgetretenen Disziplinlosigkeit bewiesen hätten, der Ausfluß der glühenden Vaterlandsliebe und des Gottesglaubens gewesen sei. Eigenschaftlich polemisiert der Verfasser gegen einige allgemeine Sätze vom 16. Dezember vorigen Jahres, statt, was für die Diskussion viel erproblicher gewesen wäre, auf unsere jüngeren und jüngsten Auslassungen einzugehen. Der Verfasser hat es sich deshalb selbst zuzuschreiben, daß seine Angriffe gegen die Auslassungen des „Vorwärts“ meist den Kern der Sache gar nicht berühren. Immerhin zeichnet den Artikel der ruhige Ton der Polemik vorteilhaft vor den zahlreichen Preherzeugnissen aus, die den gleichen Gegenstand behandelten. Wir wollen deshalb in Kürze auf die Hauptumwendungen Kenophons eingehen.

Als ganz originelle Vorzüge der Voerentstreiter bezeichnet Kenophon die in der Lebensweise des Hirtenvolks begründete Reit- und Schießfertigkeit und die große Widerstandsfähigkeit in dem Ertragen der schwersten Strapazen. Gerade die stehenden Heere seien eben beschrieb, die ungenügenden Einflüsse der europäischen Kultur auf die physische Leistungsfähigkeit zu paralysieren. Wird denn aber, um tausendmal Wiederholtes nochmals wiederzukämen, eine auf Gymnastik, Schießfertigkeit, Marschfähigkeit, Jugend erziehung nicht noch ungleich Bedeutenderes erreichbar? Eine solche sagt aber bekanntlich das sozialistische Militär-ideal voraus.

Kenophon behauptet, daß die englischen Mißerfolge im ersten Teil des Krieges der abnorm ungeschickten englischen Kriegsführung selbst zuzuschreiben gewesen seien. Auch das sei zum Teil zugegeben. Wesser geführte Truppen würden vielleicht geringere Verluste erlitten, aber auch erst dann Erfolge gehabt haben, nachdem sie der feindlichen Volkarmee gegenüber die große Uebermacht erreicht hätten. Ohne die reiche Uebermacht würde auch das strategische Talent des Lord Roberts schwerlich etwas gegen die Voeren ausgedrückt haben!

Den Vorwurf der Unfähigkeit der Offensive erhebt Kenophon vorsichtigerweise nicht gegen die Voeren. Dazu weiß er zu gut, worin die Vorbedingung der Offensive besteht. Schreibt er doch wörtlich:

„Wer aber einen Angriffskrieg ausführen will — und das nur ein solcher Aussicht auf entscheidenden Erfolg hat, lehrt eben auch wieder der Voerentrieg — der muß von Haus aus und allerorten mit überlegener Zahl, wie wir dies 1870 zu thun in der Lage waren, wodurch der Sieg auch von Anfang an in die deutschen Hände gefesselt und Deutschland von dem unmittelbaren Kriegselend verschont blieb, auftreten können, um sich diesen Haupterfolg zu sichern.“

Die überweisen Kritiker der Voeren und der Miliz sollten sich diese Worte hinter die Ohren schieben!

Wohl aber ist der Verfasser unvollständig an der Drill-armee scharfe Kritik, indem er erklärt, daß in der Strategie nicht die Routine, sondern die Intelligenz die entscheidende Rolle spiele und daß die Voeren insofern im Vorteil gewesen seien, als sich bei ihnen, wie in den Revolutionskriegen am Ende des 18. Jahrhunderts die natürliche Begabung der jungen Heerführer habe durchsetzen können. Daß in Drillarmeen die natürliche Begabung sich nur äußerst schwer gegenüber Rang und Routine durchsetzen vermag, lehrt nicht nur wieder der Voerentrieg, sondern die ganze Kriegsgeschichte.

Auch sonst äußert der Verfasser manche vernünftige Ansicht über die Lehren des Voerentriegs für die Drillarmee, die wir aber, weil sie sich in wesentlichen mit dem von uns selbst oft genug Besagten fast völlig decken, übergehen können.

Und interessiert hier hauptsächlich die Kritik der Voeren-armee und der Miliz. Und da ist denn der gewichtigste Einwand gegen die Voerenarmee der der im Verlauf des Krieges hervorgetretenen Disziplinlosigkeit. Koch erhebt uns nicht der geeignete Zeitpunkt gekommen, um über das Maß dieser Disziplinlosigkeit ein abschließendes Urteil fällen zu können, allein es hieße Thatsachen ignorieren, wollte man den Mangel an Dis-

erlin hirtwegfengenen, der auf Seite der Voeren hervorgetreten ist. Es ist keineswegs unbegründet, was der Verfasser über diesen wunden Punkt der Voerenarmee sagt:

„Jeder Voer ist sein eigener General“, dieses Wort las man zu Beginn des Krieges sehr häufig. Damit sollte dem Militärsystem ein neuer Triumph bereitet werden. Was der Voer von den Anordnungen seiner Führer nicht im ersten Moment als richtig aufnahm, das hat er einfach nicht. Eine Befehlsgebung bestand nicht. Jeder größeren Aktion ging ein Kriegsakt voraus, in dem auch jeder Unterführer seine Meinung zur Geltung zu bringen suchte. Gelang ihm das nicht, so blieb er eine Zeitlang stumm abseits, und ebenso verhielten sich die Kämpfer in den einzelnen „Kommandos“. Eine Uebereinstimmung in den Operationen wurde damit bis zur Unmöglichkeit erschwert.“

Unrichtig ist es aber, wenn der Verfasser erklärt, die Militärschwärmer wüßten nicht, daß gerade hierin die Verurteilung des Systems liegt, und vollends falsch er ins Blaue, wenn er sagte: „Das mag der ideale Standpunkt des Militärs im Zukunftsstaate sein, im Kriege... muß er schließlich zum Untergang führen.“

Die Voeren besitzen eben nur gewisse Vorzüge des Militärsystems in ihrem Sinne — die größere Selbstständigkeit und Beweglichkeit, die größere Selbstständigkeit des Individuums und den Mangel an Gemaichengeist, der in der Regel die militärischen Routiniers charakterisiert — aber sie besitzen andererseits Fehler, die mit dem Wesen der Militärsysteme gar nichts zu thun haben! Die Voeren stellen doch keineswegs ein Militärsystem dar, da ihnen die spezifische militärische Schulung, die das Militärsystem besitzt, völlig fehlt. Ihr Mangel an Disziplin ist zum großen Teil nur diesem Mangel an Schulung zuzuschreiben. Und dann sind die Voeren, was ebenfalls nicht vergessen werden darf, in ihrer Wehrheit als Viehhirten doch rohe, primitive Naturen und als solche unbeherrschbar, störrisch, eigenwillig und nichtsnützlich, Eigenmächtigkeiten, die ein auch intellektuell geschultes Militärsystem nicht aufzuweisen wird. Ein Militärsystem, im Zukunftsstaate, ein mit seinen Forderungen entsprechendes Militärsystem, würde die Vorzüge des Militärsystems mit denen der Voerenarmee vereinigen, ohne jedoch deren große Fehler zu besitzen. Das mag Leuten, die sich nur um einen Zirkel ihrer Fachbegriffe bewegen, lächerlich erscheinen, jedem Unbefangenen wird es vollständig einleuchten.

## Partei-Nachrichten.

**Die Gründung eines socialdemokratischen Vereins** ist dieser Tage in Magdeburg vollzogen worden. So ist also auch Magdeburg wieder in den Kreis derjenigen Städte eingetreten, welche sich einer politischen Organisation erfreuen, nachdem die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Unternehmertums und das Vorgehen der Behörden jahrelang die Organisationsfähigkeit gesemmt hatten. Der bisherige Vertrauensmann Pistorius ist Vorsitzender des neuen Vereins geworden.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**— Vopstprozess.** Die Mitglieder der Lübecker Kartellkommission und der Redacteur Genosse Kasch vom Lübecker Volksboten waren angeklagt, durch Verunsicherung, nämlich durch Vopst, die Brauereibesitzer genötigt zu haben, ihren Arbeitern bessere Löhne zu zahlen. Das Schöffengericht sprach sämtliche Angeklagten frei und legte auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

**Republikanische Gefinnung** hat Genosse Schulze in Dresden am 1. Mai dadurch „an den Tag gelegt“, daß er einen Strauß von sechs künstlichen roten Blumen bei einem „Massenanzug“ am Fahrrad befestigt hatte. So etwas muß, wenn auch etwas spät, natürlich geahndet werden. Ein amtsgewaltiger Strafbefehl diktiert Schulze 20 M. Geldstrafe oder vier Tage Gefängnis zu.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Gewerbegerichts-Wahlen!

In nachstehenden Lokalen können die Arbeiter Berlins sich Formulare zum Einzeichnen in die Wählerliste für die Gewerbegerichts-Wahlen beschaffen:

Mörchel, Jüdenstr. 35/36. Breuß, Neue Friedrichstr. 20. Bahn, Stralauerstr. 48. Börner, Ritterstr. 15. Cigarrengeschäft, Wödtger, Postenstr. 30. Cigarrengeschäft, Quandt, Belle-Alliancestr. 74a. Berner, Süllostr. 59. Müller, Gräferstr. 31. Ewald, Schönleinstr. 6. Schwarzlopp, Staligerstr. 11. Schönmann, Staligerstr. 7. Henze, Prinzenstr. 6. Ladewig, Kommandantenstr. 65. Gottfried Schulz, Cigarrengeschäft, Kolbenerplatz. Carl Scholz, Brangelstr. 110. Schreiber, Admiralsstr. 21. Wählich, Adalberstr. 4. S. Stramm, Ritterstr. 123. G. Zöllsdorf, Gellertstr. 58. Daffe, Eisenbahnstr. 20. Döhme, Adalberstr. 15. Lauchert, Waldemarstr. 16. Schneider, Rantowstr. 88. Vogt, Grüner Weg, Ede Koppensstraße. Wille, Andreasstr. 26. Scherre, Blumenstr. 38. Adam, Eiländerstr. 10. Steiner, Weinstr. 22. Haseloff, Landsbergerstr. 8. Kattke, Krausstr. 48. Labert, Marusstr. 14. Vaudach, Wedlarstr. 28. D. Jabel, Frankfurter Allee 90. Strauß, Wödtgerstr. 6. Keul, Baumstr. 42. Augustin, Schönbauer Allee 73. Pfarr, Pothstr. 10. Lange, Dragonerstr. 16. Rowe, Veitstr. 62. Fabra, Waldstr. 57. Plath, Sidingenstr. 43. Schreiber, Huttenstraße 9. Hinge, Panstr. 13. Krause, Müllerstr. 7b. Schmidt, Grenzstr. 4. Jungniß, Hufstr. 6. Schröder, Wiesenstr. 39. Greal, Remmstr. 44. Bergmann, Pafewallerstr. 3. Abendroth, Wödtgerstr. 43. Prielow, Kuttbuerstr. 32. Nieder, Chausseest. 38. Gruner, Bergstr. 43. Thomas, Gartenstr. 152. Freese, Kottbener Allee 11. Diele, Ackerstr. 123. Kamlow, Schönbauer Allee 135. Lorenz, Wödtgerstr. 43. Seidel, Neue Poststr. 38. Diele, Schwedterstr. 33. Doye, Müllerstr. 32a. Mattner, Müllerstraße 102a. Gaede, Fennstr. 17. Abendroth, Ackerstr. 104. Bräuner, Gartenstr. 63. Kleinert, Schulstr. 29, sowie im Gewerkschafts-Bureau, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 8.

Die Einzeichnung in die Wählerliste dauert nur bis zum 29. Juni, wir bitten dringend die Arbeiter und Gewerkschaften, energisch die Einzeichnung zu betreiben. Aufnahme wochentags von 5—8 Uhr nachmittags und Sonntags mittags von 12—3 Uhr in den folgenden Lokalen: Poststr. 16, Central-Bureau, und in den Turnhallen der folgenden Gemeindefürsorge: Kämpelhof-Ufer 2, Straußbergerstr. 9, Schmidtstr. 38, Staligerstr. 55/56, Kastanen-Allee 82, Gipsstr. 23a, Panstr. 8 und Turnstr. 56.

#### Die Berliner Gewerkschaftskommission.

J. A.: Der Ausschuss.

### Deutsches Reich.

**Die streikenden Tischler** Breslans haben einen teilweisen Sieg errungen; sieben der größten Firmen, die zusammen etwa 300 Gesellen beschäftigen, haben die Forderungen bewilligt.

**Der Verband der Glaser**, der während der Pfingstfeiertage in Stuttgart seinen neunten Verbandstag abhielt, zählt nach dem dort gegebenen Geschäftsbericht gegenwärtig 72 Zahlstellen mit 2900 Mitgliedern. In den Jahren 1898/99 wurden in 34 Zahlstellen Lohnbewegungen eingeleitet und kam es in 14 Zahlstellen zur Arbeitsniederlegung. Außerdem fanden in 6 Zahlstellen Werkstattstreiks statt. In 20 Zahlstellen waren die Lohnbewegungen erfolgreich, ohne daß es nötig war, in den Streik einzutreten. Mit Ausnahme einiger kleiner Zahlstellen wurden bei den übrigen teilweise Erfolge erzielt. Der Klassenbericht weist eine Einnahme von 82 057,55 M. und eine Ausgabe von 66 140,40 M. auf, so daß ein Kassensaldo von 15 873,45 M. verbleibt. An Reiseunterstützung wurden gezahlt 3362,27 M., Arbeitslosenunterstützung 2326 M., Zuschuß für Agitation an die Zahlstellen

234,84 M., für Rechtschutz 142,55 M., Anzugskosten 108 M., für Streiks 6020,18 M., Verbandsorgan 8123,66 M. Der Antrag auf Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband wurde mit 22 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag zur Ausarbeitung eines Streikreglements wurde dem Verbandsvorstand übergeben, sowie ein Antrag, Statistik betreffend, angenommen. Der Beitrag wurde auf 25 Pf. erhöht. Der Antrag, die Kosten des Verbandsvorsitzenden und Redacteurs des Fachblatts zusammenzulegen und dafür einen Jahresgehalt von 1600 M. zu gewähren, wurde angenommen. Der Sitz kommt nach Karlsruhe und wurde Eichhorn, nachdem der bisherige Vorsitzende Groll ablehnte, zum Vorsitzenden gewählt. Als Ort des nächsten Verbandstags wurde Leipzig, ebenso als Ort des Ausschusses Leipzig gewählt.

**Wegen Streikposten** und dabei verübter Verlastung Arbeitswilliger hatten sich in Erfurt eine Anzahl Malergehilfen zu verantworten. Einige auf dem Bahnhof eingetroffene Arbeiter sind nach ihrem Verus gefragt worden. Verlastigt hat sich zwar keiner derselben gefühlt, aber wie es in der Uebersichtsbearbeitung heißt, lag die Möglichkeit vor, daß andere ankommende Gesellen zu dem Glauben hätten kommen können, daß ein belästigender Eindruck auf sie ausgeübt werden sollte. Aus diesem, jedem Arbeiter gewiß einschüchternden Grunde mußte auch die Befragung der Freier erfolgen. Die Höhe der Strafe richtete sich nach dem Grad der mehr oder geringer hervorgetretenen Thätigkeit der Streikenden. Für Fälle, wo auch nicht der geringste Schimmer eines belästigenden oder beunruhigenden Handelns festgestellt werden konnte, nur 9 M. In einem dieser Fälle wurde festgestellt, daß der Verlastete mit einem mitstreikenden, zufällig aus Weimar kommenden Kollegen ein Glas Bier getrunken hatte. Weil auf diesen eine strafwürdige Einwirkung nicht ausgeübt werden konnte, weil er, wie der Vorsitzende zu dem Angeklagten bemerkte: zu den übrigen, das heißt zu den Streikbrüdern gehöre: daher die auffallende Milde.

Interessant war die Verhandlung noch nach einer andern Richtung hin. Die Herren Malermeister hatten nämlich zum Teil Stundenlang am Bahnhof gestanden, natürlich rein „zufällig“, der eine hatte sich nach seinen eigenen Aussagen vier Stunden lang dort aufgehalten. Gegen sie ist aber nicht eingeschritten worden, wiewohl sie zu keinem andern Zweck dort standen, als den des Streikpostenstehens.

**Die Bäckergehilfen** Erfurts fordern 6, 8 bezw. 10 M. Wochenlohn. Ansehen statt der Gewährung von Frühstück und Abendbrot eine Entschädigung von 25 bezw. 35 Pf.

**Der Streik der Bleiber und Stuccateure** in Krefeld ist nach achtwöchentlichem Dauer beendet. Der Stundenlohn von 42 Pf. für Bleiber und 50 Pf. für Stuccateure ist, mit Ausnahme von drei Firmen, von den Unternehmern bewilligt. Ebenso die zehnstündige Arbeitszeit. Ueber die drei Firmen ist die Sperrverhängung.

**Zwei Streikführer** standen dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Dresden. Sie sollten während des Polierstreiks zwei Frauen belästigt haben, welche in einer Stahlfabrik Streiarbeit übernommen hatten. Die Anzeige war ohne Zweifel auf Veranlassung des Unternehmers erfolgt, die beiden Arbeiterinnen hatten die „Verlastigungen“, wie aus ihren Aussagen in der Hauptverhandlung hervorging, durchaus nicht schwer empfunden. Der eine der Angeklagten wurde schließlich freigesprochen, der andre zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die vierwöchentliche Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

**Der Verband deutscher Berg- und Hüttenarbeiter** errichtet am 1. Juli ein Zweigbureau des Verbands für Mittel-Deutschland. Dasselbe wird seinen Sitz in Zwickau erhalten; als Beamte treten ein Henker, Sacke und Polorny. Vom 1. Juli 1900 an werden also sämtliche Zahlstellen in Königreich und Provinz Sachsen, Altenburg, im Magdeburg-Harzer Becken, Braunschweig und Brandenburg mit dem Zwickauer Zweigbureau ihre Geschäfte (Geldsendungen, Korrespondenz, Agitationsbureau, Auszahlung von Unterstützung) abwickeln.

**Der Regensburger Maurerstreik** erfordert infolgedessen ein besonderes Interesse, als es der erste Maurerstreik in dieser Stadt ist. Die Arbeiter halten sich solidarisches Verhalten und verhalten sich ruhig. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden, dagegen ist ein Teil der Gesellen abgewert. Die Unternehmer haben schwarze Listen verfaßt, in denen sie sämtliche streikende Maurer (etliche Hundert) verzeichneten; es wird ihnen dies aber wenig nützen.

### Ausland.

**In Florenz** sind 1400 Arbeiter der Baumwollweberei Kofler wegen verweigerter Lohnerhöhung ausständig.

## Sociales.

**Zum Achtuhr-Ladenschluß.** Die Ladeneinhaber Leipzigs sind durch ein aus den Kreisen der Handelsangestellten kommendes Rundschreiben zum Achtuhr-Ladenschluß aufgefordert worden, gleichzeitig mit dem Ersuchen, eine an die königliche Kreischaupmannschaft zu Leipzig gerichtete Eingabe zu unterzeichnen, in der auf Grund des am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden § 139 des Abz. I der Gewerbe-Ordnung um folgende Anordnungen ersucht wird: 1. Alle offenen Verkaufsstellen der Stadt Leipzig und ihrer Vororte sind wochentags spätestens 8 Uhr abends zu schließen. 2. An allen Sonntagen, sowie an allen Feiertagen in der Woche vor Ostern und vor Pfingsten, den letzten zwei Wochen vor Weihnachten, in der Woche vor Neujahr und an allen Wochentagen der Oster- und Michaelismesse hat der Ladenschluß spätestens 9 Uhr abends zu geschehen. 3. Diese Bestimmungen treten am 1. Oktober 1900 in Kraft. — Sollte die Zahl der Ladeneinhaber, die sich für den Achtuhr-Ladenschluß erklären, nicht die vorgeschriebene 2/3-Mehrheit sämtlicher Ladeneinhaber erreichen, so wird die königliche Kreischaupmannschaft auf Grund des § 139 des Abz. I ersucht, alle an dieser Frage beteiligten Ladeneinhaber zu einer Versammlung für oder wider die gegebenen Anordnungen aufzufordern.

## China.

Die Meldungen über die Vorgänge in Peking sind sehr widersprechend. Da sie sich nicht kontrollieren lassen, müssen wir uns auf diesen Hinweis beschränken. Folgende Telegramme liegen vor:

**Dortmund, 18. Juni.** (W. H.) Die in Münster lebende Mutter des Gesandten Herr. v. Ketteler erhielt die telegraphische Nachricht, daß ihr Sohn noch am Leben sei.

**Wien, 18. Juni.** (W. H.) Meldungen aus Paris zufolge proklamierte die Kaiserin-Regentin von China den heiligen Krieg gegen die Ausländer. Der deutsche Gesandte Herr. v. Ketteler wurde durch Säbelhiebe getötet. Das Schicksal der übrigen Gesandten, welche gefangen sind, ist unbekannt.

**Wandapest, 18. Juni.** (W. H.) In Antwortung der Interpellation Kossuth über die gemeldeten Vorgänge in China erklärte der Ministerpräsident v. Szell im Abgeordnetenhaus, daß sich, da die chinesischen Behörden sich als ohnmächtig erwiesen haben, die Fremden zu schützen, sämtliche Mächte geeinigt haben, zum Schutze ihrer eigenen Untertanen Truppen zu landen, um China zu zeigen, daß es der gesamten civilisierten Welt gegenübersteht. Eine obligatorische Abmachung zwischen den interessierten Mächten, wie die gemeldeten Streitkräfte zu verwenden seien, bestände nicht. Das Ziel der Mächte sei einzig und allein die Verteidigung ihrer Untertanen und ihrer diplomatischen Vertreter. Auf eine Anfrage, ob die Regierung Siderheit habe, daß einzelne Mächte, insbesondere Rußland, Eroberungsabsichten nicht hegen, erklärte Szell, daß die Regierung hiervon keine Kenntnis besitze, es lägen jedoch keine Anzeichen vor, daß irgend eine Macht besondere Ziele verfolge. Jedemfalls werde Oestreich-Ungarn sich in keine Aktion einlassen, die zu Komplikationen führen könnte.

**Paris, 18. Juni.** (W. H.) Der Minister des Aeußern, Delcassé, hat den französischen Generalkonsul in der chinesischen Provinz Hünan beauftragt, die Franzosen, welche in diesem Gebiet angehebelt, in das französische Gebiet von Tonkin zu bringen. Der Minister erhielt heute folgendes Telegramm vom betreffenden Generalkonsul: „Der Vicelkönig verweigert mir und meinen Begleitern, das chinesische Gebiet zu verlassen. Wir sind thätiglich Gefangene der Chinesen. Die Eingeborenen stecken die Häuser der Franzosen in Brand und entwenden ihnen Verfaßen.“ Nach Empfang dieses Telegramms ließ der Minister den chinesischen Botschafter zu sich bitten und ersuchte ihn, sofort telegraphisch dem Vicelkönig mitzuteilen, daß Frankreich ihn für das Leben der Franzosen verantwortlich machen werde.

**Paris, 18. Juni.** (W. H.) Wie den Blättern aus Brest gemeldet wird, verlautet in dortigen Marinekreisen, daß die Kriegsschiffe „Guichen“ und „D. Gress“ nach China gehen sollen.

**London, 18. Juni.** (W. H.) Zu der Einnahme der Forts von Taku wird dem Reuterschen Bureau noch aus Tschifu vom heutigen Tage gemeldet: Infolge der Beschädigung flog ein japanisches Luftballonmagazin in die Luft. Das britische Kriegsschiff „Algerine“ wurde beschädigt, zwei Offiziere und vier Mann wurden verwundet.

**London, 18. Juni.** (W. H.) Die Admiralität hat aus Tschifu eine Depesche vom heutigen Tage erhalten, nach welcher dort das japanische Kriegsschiff „Tojohashi“ aus Taku eingetroffen ist und berichtet hat, daß der Oberbefehlshaber und die Truppen nach Tientsin zurückgekehrt sind.

**London, 18. Juni.** (W. H.) Die „Great Northern-Telegraph-Gesellschaft“ meldet, daß die Linie zwischen Nutschwang und Tientsin dicht bei Taku zerschnitten und daß infolgedessen Tientsin sowie Taku von neuem vollständig isoliert sind.

**London, 18. Juni.** (W. H.) Oberhaud. Eine Ankündigung über die Vorgänge in China beantwortend erklärt Lord Salisbury, Admiral Seymour sei nach Tientsin zurückgekehrt, er (Salisbury) wisse jedoch nicht genau, welche Gründe ihn hierzu bewogen haben, oder was seine Absichten seien. Er sei nicht in der Lage, weitergehende Informationen zu geben. Alles was in der Regierung zur Zeit habe thun können, war, daß sie ihren Vertretern vollkommen die Entscheidung überließ und soviel Truppen wie möglich hinschickte.

**London, 18. Juni.** Unterhaud. Der Parlamentarische Untersekretair des Aeußern Brodrick erklärt, seit dem 12. Juni habe die Regierung keine Nachricht vom Gesandten Macdonald erhalten. Keine Nachricht sei eingegangen, die das Gerücht von dem allgemeinen Angriff auf die Gesandtschaften in Peking bestätigte. Vom Admiral Seymour sei am 13. Juni das letzte Telegramm eingegangen, da die telegraphische Verbindung von Tientsin nach Taku abgeschnitten sei. Ein japanisches Kriegsschiff, das in der letzten Nacht in Tschifu eingetroffen sei, berichtet, daß der Oberbefehlshaber und die Truppen nach Tientsin zurückgekehrt seien, und daß die chinesischen Forts gestern früh 1/21 Uhr auf die in der Hünanmündung liegenden Kriegsschiffe das Feuer eröffneten. Die Schiffe erwiderten das Feuer, und, als das japanische Kriegsschiff um 5 1/2 Uhr früh Tientsin verließ, sei das Gefecht in weiterer Entwicklung begriffen gewesen. Am Sonnabend seien von allen Schiffen Abteilungen zum Schutze von Taku gelandet worden. Vor Taku habe sich ein chinesisches Kriegsschiff befunden, das sich jedoch passiv verhalten habe. Man erwarte, daß am nächsten Donnerstag von Hongkong abgegangene britische Truppen eintreffen werden; etwa an demselben Tage sei dem Vernehmen nach das Eintreffen russischer, japanischer und französischer Verstärkungen zu erwarten. Weitere britische Kriegsschiffe seien von Hongkong und Manila aus unterwegs. Es werde keine Anstrengung gespart werden, um wieder mit Admiral Seymour in Verbindung zu kommen und ihn nach Kräften zu unterstützen. In den letzten Stunden habe die Regierung erfahren, daß die telegraphische Verbindung zwischen Taku und Tientsin wieder hergestellt sei. Walfour erklärt, die Regierung beabsichtige aus Indien Verstärkungstruppen nach Hongkong zu senden. (Beifall.)

**Petersburg, 18. Juni.** (W. H.) Auf dem hiesigen Ministerium sind bisher keinerlei spezielle Nachrichten weder aus Peking und Tientsin noch aus Taku eingegangen. Man hat dort nur die Meldungen aus englischer Quelle, die in den Zeitungen veröffentlicht worden sind. Der vorliegenden Nachricht unfres Konsuls in Tschifu gegenüber ist man im Statistischen Departement skeptisch. Wahrscheinlich wird das Torpedoboot die über Hongkong nach London bereits telegraphierte Nachricht von der Einnahme der Gesandtschaften in Taku oder anderswo als Gerücht gehört haben. Auf der chinesischen Gesandtschaft ist man seit vielen Tagen ganz ohne Nachricht.

**Washington, 18. Juni.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein in Manila befindliches amerikanisches Regiment erhielt Befehl sich nach Tientsin zu begeben.

**Tschifu, 18. Juni.** Nach kombiniertem Angriff der fremden Kriegsschiffe wurden die Forts von Taku genommen. Bei der Erstürmung fielen von S. M. S. „Jülie“ 3 Mann, 7 wurden verwundet. — Die Fremdenüberlassungen von Tientsin werden von Chinesen beschossen. Von dem nach Peking entwandenen deutschen Detachement und von den dortigen Gesandtschaften liegen keine Nachrichten vor.

**Tokio, 18. Juni.** (W. H.) Seitens Japans werden Truppen nach China gelandt, vorläufig angeblich 2000 Mann. Weitere Sendungen in Vorbereitung.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Demission des italienischen Kabinetts.

**Rom, 18. Juni.** (W. H.) Deputiertenkammer. Ministerpräsident Pelloux teilt mit, das Kabinet habe dem König seine Entlassung eingereicht, der König habe sich die Entschliessung über das Entlassungsgesuch vorbehalten. Die Geschäfte würden von den Ministern vorläufig weiter geführt. Auf Vorschlag Pelloux' verlegt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

### Der Krieg in Südafrika.

**London, 18. Juni.** (W. H.) Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Oeritoria vom 16. Juni besagt: 800 Boeren griffen am 14. Juni den Posten von Jandriver an, wurden aber von Anog der von Kronstadt aus anrückte, verjagt. Auf britischer Seite wurden ein Offizier und zwei Mann getötet, ein Offizier und acht Mann verwundet.

**Paris, 18. Juni.** (W. H.) Deputiertenkammer. Alcot wünscht die Regierung über den von Kriegsminister vorgeschlagenen Personenwechsel zu interpellieren. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau macht darauf aufmerksam, daß die Kammer eine ähnliche Interpellation bezüglich des Gerüchts über die Demission des Generalstabschefs General Delaune auf einen Monat vertagt habe. Alcot besteht darauf, zu interpellieren. Weizsäcker, Vorsitzender der Heereskommission erklärt, die Kommission habe ihn beauftragt, sich an der Debatte über die Interpellation zu beteiligen. (Stärker Widerspruch auf der Linken), doch werde er sich an der Debatte über die Festsetzung des Tages, an welchem über die Interpellation verhandelt werden soll, nicht beteiligen. Die Deputierten Jourde und Doumergue erheben Einspruch gegen die Einmischung der Heereskommission in rein politische Debatten. Die Kammer beschließt hierauf mit 294 gegen 249 Stimmen, die Interpellation auf einen Monat zu vertagen.

Die Zustände im Krankenhaus Moabit.

Unser Parteigenosse, Reichstags-Abgeordneter Antrid, erucht und um Aufnahme folgender Erklärung: Herr Prof. Dr. Ewald, der Direktor der inneren Abteilung des Augusta-Hospitals, fñhlt sich veranlaßt, gegen die Ausführungen, welche ich bei der Beratung des Reichstags-Gesetzes bezüglich der Verhältnisse in den Krankenhäusern im Reichstag gemacht habe, zu polemisieren. Und er geht dabei, wie ja auch gar nicht anders zu erwarten, recht „gründlich“ zu Werke:

Er schreibt unter anderem: In der Reichstags-Sitzung vom 11. d. M. übte bei der Beratung der Reichstags-Gesetze der Abgeordnete Antrid unter besonderem Hinweis auf das städtische Krankenhaus Moabit an der Krankenwartung und der Krankenpflege eine scharfe Kritik. Dazu schreibt zugleich zur Abwehr in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ Prof. Dr. Ewald, Direktor der inneren Abteilung des Augusta-Hospitals:

„Da Herr Antrid selbst z. B. in ein hiesiges Krankenhaus aufgenommen war, übrigens des Lobes seiner speziellen Behandlung voll war, so machten seine aus eignen Erlebnissen geschöpften Ausführungen auf das hohe Haus offenbar einen starken Eindruck, obgleich es auf der Hand lag und liegen mußte, wie auch der Präsident des kaiserlichen Gesundheitsamts Köhler sofort hervorhob, daß sie zum mindesten übertrieben waren. Der Kommissar des Bundesrats, Geh. Rat Kirchner, wies sie des weiteren energisch zurück und nahm namentlich den ärztlichen Stand gegen die Vorwürfe des Abgeordneten nachdrücklich in Schutz. Ebenso wies er mit Recht darauf hin, daß man bei der thatsächlich geringen baren Bezahlung der Wärter nicht vergessen dürfe, daß diese außer dem Lohn Kleidung, Verpflegung usw. erhalten, also einen ansehnlichen Wert in Naturalien empfangen. Auch von nichtärztlichen Mitgliedern des Reichstags fanden die Ausführungen Antrids entschiedenen Widerspruch. Prinz zu Schönau-Carolath erklärte unter lebhaftem Bravo: „Ich wollte nur vor dem In- und Auslande unsere allgemeine Auffassung dahin aussprechen, daß untre sanitären Einrichtungen im allgemeinen vorzügliche sind und unsere Ärzte vollkommen ihre Schuldigkeit thun. Ausnahmen mögen vorkommen, aber das sind nur vereinzelte Fälle.“ Daß nicht immer alles so ist, wie es sein sollte, weiß leider jeder Krankenhausvorstand und in dem Wunsche, daß das Personal der Krankenhäuser anständlicher und besser als jetzt zu bezahlen ist und daß die Wärter für ihren Beruf vorgebildet seien, wird Herr Antrid jeder zustimmen. Menschliche Schwächen und auch Ungehörigkeiten kommen überall und gewiß bei einem Berufe vor, der, wie der der Wärter, so hohe Anforderungen an die Gewissenhaftigkeit und Humanität der Betreffenden stellt. Aber als langjähriger ärztlicher Krankenhaus-Direktor müssen wir doch nach bestem Wissen und Gewissen auf das entschiedenste behaupten, daß die Beobachtungen des Herrn Antrid einestheils, soweit sie begründet, vereinzelte sind und nicht verallgemeinert werden dürfen, andernteils seine Klagen aus einer laienhaften Beurteilung von Dingen hervorgehen, die für den Sachverständigen nichts Bedenkliches haben.“

Diese Ausführungen müssen auf jeden, der Gelegenheit hatte, meine Darlegung zu hören, den Eindruck hervorgerufen, daß der Herr Professor meine Rede gar nicht gelesen hat. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, nur ein paar Bemerkungen mehr persönlicher Art zu machen. Herr Professor Ewald bestritt mich der Uebertreibung, sowie der unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelheiten. Als Beweis für diese Anschuldigung führt er die Aeden der Herren Regierungsbereiter, des Prinzen Carolath und — seine Autorität als ärztlicher Direktor eines Krankenhauses an.

Was nun die ersteren anlangt, so kann ich mich hierbei ziemlich kurz fassen, indem ich dem Herrn Professor nur empfehle, das Stenogramm der Antwort, welche ich den genannten Herren im Reichstage gegeben habe, nachzulesen.

Was seine Autorität als Krankenhausleiter betrifft, so ist auch diese, bei aller Hochachtung, welche ich für sie hege, erst recht nicht geeignet, um als Beweis für seine Beschuldigung mir gegenüber angeführt zu werden.

Wie die Dinge heute in den großen Krankenhäusern liegen, ist oft der tüchtigste ärztliche Direktor nicht im Stande, sich um alle Einzelheiten der Krankenwartung und Krankenpflege zu kümmern, geschweige denn die Ausführung der direktoralen Verordnungen noch zu überwachen.

Wer sind denn überhaupt die ärztlichen Direktoren der Krankenhäuser? Meist große, wissenschaftliche Autoritäten auf ihren Gebieten. Das hat zur Folge, daß diese Herren bei der recht mäßigen Honorierung, welche ihnen für ihre Arbeit in den Krankenhäusern zu teil wird, noch eine recht bedeutende Privatpraxis haben. Und hier sind es besonders die Privatkliniken, in welchen die zahlungsfähigen Kranken (t a n d e s) — und s a g e m ä ß von diesen Autoritäten behandelt werden und welche daher auch den größten Teil ihrer Zeit in Anspruch nehmen.

Außerdem haben die Herren als Professoren noch ihre Kollegen zu halten. Da bleibt, die größte Arbeitskraft und Arbeitslust vorausgesetzt, den Herren recht wenig Zeit für ihre Thätigkeit im Krankenhaus übrig.

Aus diesen Gründen allein läßt sich denn erklären, daß selbst ärztliche Direktoren nicht wissen, ja nach Lage der Dinge gar nicht wissen können, wie schlimm es in den von ihnen geleiteten Krankenhäusern mitunter aussieht.

Ich verwahre mich daher ganz entschieden dagegen, Uebertreibungen in dieser für mich sehr ernsten Frage begangen zu haben. Was ich in dieser Sache gesagt habe, war die volle Wahrheit. Was die Schlußsätze der Polemik anlangt, so sehen auch diese nach meiner Meinung weit eher einem Ausbruche starken Standesbewußtseins als einer jaggemäßen Widerlegung meiner Kritik ähnlich.

Otto Antrid.

Der jüngste Straßenbahnerstreik in Amerika.

St. Louis, 7. Juni 1900.

Der Streik der hiesigen Straßenbahn-Angestellten dauert jetzt bereits 4 Wochen, und noch ist ein Ende nicht abzusehen. Die Umstände, die zu diesem Streik geführt haben, dürften jetzt in Deutschland besonders interessieren, da zur Zeit auch dort eine Bewegung der Straßenbahner im Gange ist.

Die Straßenbahnen von St. Louis gehörten bis vor einigen Jahren neim oder zehn verschiedenen Gesellschaften und standen unter getrennter Verwaltung. Die erste Änderung hierin trat ein, als vor etwa fünf Jahren ein Chicagoer Syndikat zwei der größten Bahnen käuflich an sich brachte und unter eine Leitung stellte. Ein paar Jahre später verkauften die Besitzer dreier anderer großer Linien, die sich außerordentlich gut rentiert hatten, an das schon vorher sehr ausgedehnte U n d e l l - Wahnsystem, welches dadurch zum mächtigsten in der Stadt wurde. Im Herbst 1898 erfolgte ein Besitzwechsel bei einer weiteren Bahn und die Häuser waren wiederum Chicagoer Großkapitalisten. Bei allen diesen Uebertragungen machten die Verkäufer ein glänzendes Geschäft, denn sie erhielten enorme Summen. Mit Ausnahme einer einzigen waren bald alle hiesigen Gesellschaften zum Zwecke der Konsolidierung und Organisierung einer neuen Gesellschaft mit einem (allerdings zum großen Teil nur auf dem Papier stehenden) Aktienkapital vereinigt. Hierzu brauchte man aber auswärtige Hilfe, und die New

Yorker Bankfirma Brown Brothers erschien als rettender Engel auf der Bildfläche.

Nach längerem Unterhandeln kam die Sache im vorigen Frühjahr zu Stande. Brown Bros. kauften, die Suburban-Linie ausgenommen, sämtliche Bahnen und erhöhten das Kapital mittels des landesüblichen Verwässerungsverfahrens um das doppelte, nämlich auf 90 Millionen Dollar, zur Hälfte in Bonds, zur Hälfte in Aktien. Das Staatsgesetz, welches das Kapital einer Gesellschaft auf 10 Millionen beschränkt, ward durch eine Specialacte der Legislatur in diesem Fall über den Haufen geworfen. Die an der Spitze der Transaktion stehenden St. Louiser Kapitalisten machten durch dieselbe natürlich beträchtliche Profite und Brown Brothers erst recht. Die nicht unter die früheren Anteilhaber an den Bahnen als Kaufpreis verteilten Bonds und Aktien der neuen Gesellschaft wurden auf den Markt geworfen und zu möglichst hohen Kursen an den Mann gebracht und nachdem dies geschehen, wurde die St. Louis Transit Compagnie gegründet, an die Brown Brothers die Bahnen zurückverkauften, aber wohlweislich einen großen Teil der Sekuritäten für sich behielten.

Zum Bezahlen der Zinsen auf 45 Millionen (so viel betragen die Bonds) ist viel Geld nötig und die Inhaber der veräußerten Aktien warteten vergeblich auf Dividenden, für die bei den großen Betriebskosten nichts übrig blieb; die Aktionäre wurden immer ungeduldiger, wollten durchaus Dividenden sehen und so schritt man zum Einführen von Ersparnissen. Man ließ weniger Wagen laufen als vorher, was so und so viel Kondukteure, Führer usw. entbehrlich machte und zwangte am Lohn ab, was irgend möglich war. Damit begann die Unzufriedenheit unter den Angestellten, und der von New York hierher gesandte Generalmanager, der dieses Sparsystem einführte, machte sich in kurzer Zeit so unbeliebt, daß er seine Stelle niederlegen mußte und St. Louis verließ. Sein Nachfolger, der seit Jahren Superintendent des Vendell-Bahnsystems gewesen war, setzte das begonnene Werk des Delinquirierenden fort und die Folge davon war, daß das Publikum mit dem verschlechterten Dienst wohl oder übel vorlieb nehmen mußte und daß es unter den Angestellten mehr und mehr gärte, bis im März der Streik vor der Thür stand.

Derselbe ward in der letzten Minute durch Vermittlung des Präsidenten des Polizeirats verhindert, der einen gütlichen Ausgleich herbeiführte. Die Transit-Compagnie machte gewisse Zugeständnisse, mit denen die Angestellten sich befriedigt erklärten und der drohende Ausstand war abgewendet. Aber von Stunde an war die Compagnie darauf bedacht, durch scharfe Manöver die eingegangenen Verpflichtungen nur scheinbar zu erfüllen, in Wirklichkeit jedoch nicht einzuhalten. Die Fahrpläne wurden in dieser Absicht so umgemodelt, daß die Leute bei längerer Arbeitszeit weniger Lohn erhielten, und da alle Proteste nichts halfen, so beschloßen sie den Streik. Nahezu alle Angestellten gehören dem Arbeiterverband an, und es sah daher dem Hof den Boden aus, als die Beamten der Gesellschaft erklärten, mit den Leuten als Mitglieder der Arbeiterunion überhaupt nicht verhandeln zu wollen, mit andern Worten die Union nicht anerkennen wollten. Am Morgen des 8. Mai kam kein einziger Wagen aus den Schuppen der Transit-Compagnie. Der vom Mayor der Stadt gemachte Vorschlag, aus den hervorragendsten Geschäftsleuten ein Schiedsgericht zu bilden, womit sich die Streiker sofort einverstanden erklärten, ward von der Compagnie kurzer hand mit den Worten abgewiesen: Es läge für sie kein Grund für eine Entscheidung von seiten Dritter vor.

Dann traten alle jene Ereignisse ein, die hier von einem Straßenbahnerstreik ungetrenntlich sind. Am ersten Tag lief kein einziger Wagen und als am darauf folgenden der Versuch gemacht wurde, auf einer einzigen Linie den Betrieb aufzunehmen, erwies sich dies als eine sehr schwere Aufgabe. Außer den wenigen Angestellten, die nicht zur Union gehörten, waren nahezu keine Leute zur Benennung zu bekommen. Den laufenden Wagen wurden mit jedem weiteren Tage mehr Hindernisse in den Weg gelegt, und trotzdem nahezu die ganze Polizeimannschaft (1100 Mann) zur Beschützung der Wagen und Bewachung der Geleise verwendet wurde, kam es zu häufigen Angriffen auf die „Scabs“, zur Demolierung von Wagen und mannigfachen Aufstößen. An dem allen beteiligten sich jedoch die Streikenden selbst so gut wie gar nicht, nicht bloß aus eigenem Antriebe hielten sie sich von allen Ausschreitungen fern, die Leiter des Ausstands hatten ihnen das auch von vornherein zur Pflicht gemacht und dem entsprachen sie durch ihr gesamtes Verhalten, einige Diplo- löse ausgenommen, die sich allen Warnungen zum Trotz zu der und jener Ungehörlichkeit hinrichten ließen.

Die große Masse der Einwohnerchaft war von Anfang an auf seiten der Streiker und bewies dies durch die Bereitwilligkeit, mit der gute Wiene zum bösen Spiel gemacht und auf die gewohnten Bequemlichkeiten des Bahnbetriebs Verzicht geleistet wurde; man bekundete seine Sympathie, indem man die weitesten Strecken zu Fuß zurücklegte oder Fuhrwerke jeder Art benutzte und in den ersten fünf Tagen ließ man selbst die wenigen Wagen unbenützt, die unter starker polizeilicher Bedeckung fahren machten. In Laufe der Zeit ließen sich die Vertreter der Bahngesellschaft dazu herbei, mit den Führern der Streikenden zu verhandeln, weigerten sich aber ausdrücklich, sie als Vertreter des Verbands der Angestellten anzuerkennen, da es der Gesellschaft vor allen Dingen um Sprengung der Union zu thun war. Die Verhandlungen erwiesen sich als nutzlos und ebenso die Vermittlungsversuche eines Bürgerkomitees. Die Gesellschaft suchte Streikbrecher heranzuziehen. Großen Erfolg hatte sie in der ersten Woche nicht, was beispielsweise aus folgendem hervorgeht. Ein Abgeordneter der Compagnie zahlte für eine Anzahl Inassen des Arbeiterhauses in Cincinnati die Strafzettel, worauf dieselben aus der Haft entlassen und von ihm mit den übrigen Angeworbenen auf einen Spezialzug gebracht wurden, der sie nach St. Louis befördern sollte. Derselbe war aber noch nicht weit gefahren, als dem Kondukteur bekannt wurde, daß seine Passagiere die Stellen der Streikenden in St. Louis einnehmen sollten und da hieß es: Die Transit Compagnie denkt, aber der Lokomotivführer lenkt — der Zug ward auf ein Seitengeleise gefahren, vom Juggenpersonal verlassen und nicht weiter gebracht, so daß den noblen Passagieren nichts andres übrig blieb, als anzusteigen und nach Cincinnati zurück oder sonstwo hin zu wandern.

Die Forderungen der Angestellten bezogen sich in erster Reihe auf die Erfüllung dessen, was im März abgemacht worden war: Zwei Dollar (8 Mark) per Tag für zehn Stunden Dienst innerhalb zwölf auf einander folgenden Stunden, Entschädigung für Wartezeit und Ueberstunden und Anerkennung der Union. Ferner war die Bedingung gestellt, daß nur zur Union gehörende Leute angestellt und Entlassungen niemals ohne guten Grund und aus blohem Vorurteil gegen die Union erfolgen sollten. Die Forderung, nur Unionsmitglieder zu beschäftigen, ward von den Streikern aufgegeben, desgleichen, die sich auf die Dienststunden usw. beziehenden Punkte, deren spätere Erledigung sie einem gemeinschaftlichen Komitee überlassen wollten. Es handelte sich daher nur noch um das Anerkennen der Union und am neunten Tag des Ausstands erklärte sich die Gesellschaft hierzu bereit und auch zur Wiederanstellung der Streiker, aber nur unter der Bedingung, daß jeder Einzelne vorher die eidlische Erklärung abgab, daß er sich während des Ausstands keinerlei ungesetzlichen Handlung schuldig gemacht habe. Auf dieses Verlangen gingen die Streiker nicht ein, erboten sich jedoch, den „Scabs“, d. h. denen, die in der Zwischenzeit ihre Stellen eingenommen hatten, nach ihrer Wiederentlassung eine halbmonatliche Röhnung zu zahlen und falls sie von auswärts gekommen, auch die Kosten ihrer Rückreise zu bestreiten.

Seute sind es 31 Tage, seitdem St. Louis mit seinen 700 000 Einwohnern unter einer Verkehrsstörung leidet, die in erster Reihe ein paar tausend Familien brotlos macht, für Handel und Ge-

werbe beträchtliche Verluste nach sich zieht und Hunderttausenden große Unbequemlichkeiten bereitet — und das alles, weil das Kapital seinen Willen durchsetzen und sich zu keinerlei Nachgeben herbeilassen will! Amerika ist schon längst nicht mehr das gelobte Land, als das es einst gelten konnte, und namentlich haben Handwerker und Arbeiter einen von Jahr zu Jahr schwieriger werdenden Stand.

Aus der Frauenbewegung.

Pariser Arbeiterinneneid. Ein französischer Schriftsteller (Charles Benoist) hat ein Buch herausgegeben unter dem Titel „Die Nadelarbeiterin von Paris“ und dieses Buch ist von der „Academie der moralischen Wissenschaften“ mit einem Preise gekrönt worden. Es handelt von der Lage aller der Arbeiterinnen in Paris, die ihren Lebensunterhalt durch Nadelarbeit jeder Art erwerben müssen. Aus diesem Buche teilen die „Documente der Frauen“ in ihrem Heft Nr. 6 nach einer französischen Besprechung zwei Budgets solcher Arbeiterinnen mit. Ihre Darstellung ist am wirksamsten in den Worten des französischen Schriftstellers, der sie bespricht. Wir geben diese einfach hier wieder.

Hier das erste. Es handelt sich um das einer Hemdenmacherin. Das Budget hat naturgemäß zwei Kapitel. Das Kapitel „Ausgaben“ stellt sich folgendermaßen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Miet, 2 Kleider a 10 Fr., Zubehör, 4 Paar Schuhe a 5 Fr., 2 Hüte a 3 Fr., 3 Hemden a 2 Fr., 2 Leibchen a 2 Fr., 4 Taschentücher a 50 Cts., 2 Bettlätter, 4 Servietten a 75 Cts., Beleuchtung, Beheizung, 2 kleine schwarze Schürzen a 1,50 Fr., 1 Unterrod, and Renjahrgeld an die Hausmeisterin.

In Summe . . . 208 Fr.

In diesen Ausgaben muß noch die Nahrung hinzugefügt werden. Sie bezieht sich auf 90 Centimes pro Tag und verteilt sich folgendermaßen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Ein Pfund Brot, Milch (des Morgens), 1 Kotelette (Mittags), Wein, Speck, Gemüse, and Butter.

In Summe . . . 90 Cts.

Das macht im Jahr 328 Franc 50 Centimes. Mit 271 Franc früher genannter Ausgaben zieht das ein Gesamt-Ausgabe-Etat von 599 Franc 50 Centimes.

Betrachten wir jetzt das Einnahmehudget. O, es stellt sich sehr hümpel: 300 Arbeitstage mit 2 Franc täglich, Summe 600 Franc. Das Budget ist im Gleichgewicht. Die Einnahmen halten den Ausgaben die Wage. Es bleiben sogar 50 Centimes für unvorhergesehene Fälle!

Nicht wahr, das ist ein trauriges Budget? Es scheint, daß jede dieser Ziffern durch ihre Bescheidenheit alle Entbehrungen offenbart, aus welchen das Leben der Arbeiterin sich zusammensetzt, welche Herrn Benoist die Zahlen diktiert hat. Und dennoch ist diese eine glückliche zu nennen. Wie, eine glückliche? Ja, eine glückliche; denn wenn ihr Einkommen auch nur ein geringes ist, ist es doch ein regelmäßiges. Sie steht an allen Arbeitstagen des Jahres im selben Hause in Dienst, sie kennt nicht die Schreden der toten Saison, sie ist fast eine kleine Bourgeoise, nachdem die Hausmeisterin von ihr Renjahrgeld fordert.

Wollen Sie das Budget einer andern weniger Glücklichen kennen lernen? Es ist das einer kleinen Konfektionse, welche die leichtsten Arbeiten macht, d. h. eines ganz jungen Mädchens.

Beginnen wir diesmal mit den Einnahmen: 1,25 Fr. pro Tag, das macht im Jahr 375 Fr. Jetzt die Ausgaben. Ich sehe sie detailliert hierher. Bei dieser Materie giebt es keine Präse, welche so eindringlich sprechen könnte, wie die nackten Ziffern:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Miet, 1 Kleid, 1 Hut, 2 Paar Strümpfe, 2 Paar Schuhe, 2 Hemden, 1 Leibchen, 2 Taschentücher, 2 Servietten, and Beleuchtung.

In Summe . . . 125,65 Fr.

Was sagen Sie zu diesem Toilettebudget? Ist der Gedanke nicht schrecklich, daß ein Geschöpf von 18 Jahren, eine Nadelarbeiterin, welche ihren ganzen Tag damit zubringt, mehr oder weniger elegante Frauenteiletten herzustellen, jährlich sich nicht mehr an Kleidung gönnen darf, als eine Robe, zwei Paar Strümpfe und zwei Hemden? Wollen Sie jetzt wissen, was ihr für die Nahrung bleibt? 65 Centimes im Tag, 18 Sous! Hier die Verteilung dieser 18 Sous:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Milch (des Morgens), Brot (tagsüber), Mittags (eine Würst), Gebratene Kartoffeln, Käse, Abends (eine Quatourst), and Kartoffeln.

In Summe . . . 65 Centimes

Was halten Sie von diesem Menu? Wie sehr wird da das bittere Wort verständlich, welches eine Arbeiterin zu Herrn Benoist gesprochen hat: „Ja, zum Teufel, mein Herr, gewiß ist man nicht zu seiner Befriedigung.“ Wie versteht man da auch, daß der Mann, welcher sich mit diesem Elend vertraut machte, des nächsten Monats seiner Darstellung überdrüssig wird. Nachdem er festgestellt hat, daß die 20 Sous täglicher Einnahmen gerade zur Deckung der Ausgaben reichen, ruft er aus: „Und das Budget ist also im Gleichgewicht! Aber es kommt der Winter — das ist die Kälte; die arbeitslosen Tage — das ist der Hunger; die Krankheit — das ist der Tod! Diese Zahlen gelten überdies lediglich für die Gesunden, für die, welche zu verzichten wissen! Die andern, die, welche nicht verzichten — sie können nichts thun, als sich — ein andres Elend erwählen.“

Geriichts-Beitrag.

Die Schöneberger Schulangelegenheit, die schon so vielfach die Gerichte beschäftigt hat, wird voraussichtlich heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zum endgültigen Abschluß gelangen. Im Oktober 1897 erschien in „Schöneberger Tageblatt“ eine Anzahl Artikel, die auch in Berliner Blätter übergingen. Es wurde darin erzählt, daß der Lehrer Paul Richard, der bei der Gemeindefchule zu Schöneberg angestellt war, den neunjährigen Schüler Rudolf Fischer derart gequält habe, daß derselbe infolgedessen verstorben sei. Dem Lehrer wurde maßlose Rohheit, Brutalität und dergleichen vor-

geworfen. So auch Festhäftige zunächst das Provinzial-Schul-  
kollegium, das dem L. Richard zwar das Züchtigungsrecht entzog,  
aber auf Grund der ärztlichen Gutachten nicht zu der Ueberzeugung  
gelangte, daß der Tod des Anaben Fischer auf die ihm wider-  
fahrene Züchtigung zurückzuführen sei. Rummel wurde gegen  
den Medauctor des „Schöneberger Tageblatts“, sowie  
gegen den Verfasser der Artikel wegen öffentlicher Beleidigung des  
Lehrers Richard Kallage erhoben. Sie wurden in zwei Instanzen  
verurteilt, nahmen das Reichsgericht in Anspruch und erzielten, daß  
die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht I verwiesen  
wurde. In dieser Instanz wurde der angetretene Wahrheitsbeweis  
für erbracht angesehen und sämtliche Angeklagte wurden frei-  
gesprochen. Der Tatbestand wurde dahin festgestellt, daß der  
Lehrer Richard dem Schüler Fischer eine Züchtigung hatte zukommen  
lassen, weil derselbe unachtsam gewesen war, eine Rechen-  
aufgabe nicht lösen konnte und seine Schularbeiten nicht ge-  
macht hatte. Fischer mußte vorsetzen und eine gebieterische Stellung  
einnehmen, worauf der Lehrer ihm mit einem Stock einen kräftigen  
Stich über das Gesicht versetzte. Als der Knabe sich weigerte, sich  
nochmals zu bücken, packte der Lehrer ihn, zog ihn an den Kleidern  
über den Tisch der ersten Bank, drückte den sich heftig Sträubenden  
mit einer Hand nieder und versetzte ihm noch mehrere Stiche über  
das Gesicht. Als der Lehrer losließ, glitt der Knabe mit dem Unter-  
leib über die hervorragende Kante des Schultisches zur Erde.  
Schon auf dem Heimwege klagte er seinen Schülgenossen gegenüber  
über Schmerzen im Unterleib, am folgenden Tage stellte sich Erbrechen  
ein und am 25. Oktober trat der Tod ein. Die Sektion ergab  
Dauerkolikentzündung infolge Verreicherung eines Darms. Auf Grund  
dieser Feststellungen wurde nun gegen den Lehrer Richard  
Kallage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Das Gutachten des  
Ober-Medizinalkollegiums ging dahin, daß durch die heftigen  
Abwehrbewegungen des Anaben eine hochgradige Druck-  
steigerung im Bauchtraktum veranlaßt worden und der Tod  
somit eine mittelbare Folge der Züchtigung gewesen sei. Der An-  
geklagte hätte sich fügen müssen, daß der Knabe sich an der scharfen  
Kante des Tisches Schaden thun konnte.

In der heutigen Verhandlung wird es nun darauf ankommen  
festzustellen, in welcher Art die Züchtigung vorgenommen wurde,  
es sind zwölf Schüler geladen; die dem Vorfall beigewohnt haben.

**Die seit sechs Tagen** die 4. Strafkammer des Landgerichts I  
beschäftigende Betrugsanfrage gegen den Agenten Hermann Kallevent  
und den Kaufmann Wilhelm Heide hat gestern zum Urteilspruch  
geführt. Staatsanwalt Heide schilderte den Angeklagten Kallevent  
als einen Geschäftsmann von seltener Gewissenhaftigkeit, der ihm  
blindlings vertrauende Frau von Tscholla wie eine Citrone aus-  
gepreßt und beehrte gegen ihn 5 Jahre, gegen Kallevent  
sechs Monate Gefängnis. Ihn längerem Plaidoyer der Rechts-  
anwälte Bronker und Platner zog sich der Gerichtshof zu  
11stündiger Beratung zurück. Wie der Vorsitzende, Direktor  
Dypertmann, bei der Verkündung des Urteils hervorhob, war  
der Gerichtshof vor eine schwierige Aufgabe gestellt, denn er hatte  
vor sich auf der einen Seite einen sehr gewissenhaften und verlässigen  
Geschäftsmann, auf der andern Seite eine Frau, die nach dem  
Urteil der Sachverständigen geisteschwach ist und deren Glaub-  
würdigkeit sorgsam zu prüfen war. Nach dem überein-  
stimmenden Gutachten der Sachverständigen sei die geistige Er-  
krankung der Frau v. Tscholla nicht derart, daß ihr von vornherein  
die Glaubwürdigkeit abzuspüren sei und der Gerichtshof habe ihr  
Glauben geschenkt, da ihre Aussagen durchaus mit anderweitig fest-  
gestellten Tatsachen übereinstimmen und ihr nirgendwo eine Un-  
wahrheit nachzuweisen gewesen sei. Der Angeklagte habe durch  
seine 4-jährige Tätigkeit für Frau v. T. ganz erhebliche Vorteile  
eingeheimst, während er der Frau v. T. nicht wieder gut zu  
machenden Schaden zufügte, indem er bei allen drei zur  
Anlage stehenden Geschäften betrügerischerweise mit falschen An-  
gaben operiert. Solche falschen Angaben liegen bei dem  
Tauschgeschäft Friedrichstr. 217—Gut Steinbach vor, doch hat das  
Gericht nicht für genügend festgestellt erachtet, daß der Angeklagte das  
Bewußtsein gehabt habe, daß seine Angaben den hervorgerufenen  
Schaden zur Folge haben würden. Deshalb habe der Gerichtshof in  
diesem Falle auf Freisprechung erkannt. Anders liege die Sache bei dem  
Friedrichshagener Geschäft. Der Angeklagte habe gesehen, daß er eine  
wichtig gefahrgewordene Frau vor sich hatte, die in seinen Händen wie  
Wachs war und hat in diesem Falle betrügerlich gehandelt. Dasselbe  
sei der Fall bezüglich der Parzellations- und Societäts-Verträge,  
die der Angeklagte mit Frau v. T. abgeschlossen und bezüglich der  
Machinationen, die gemacht wurden, um Frau v. T. die Ueber-  
zeugung von dem hohen Werte des Friedrichshagener Grund-  
stücks beizubringen. Hier hat nach Ansicht des Gerichtshofes  
der zweite Angeklagte dem Kallevent Beihilfe geleistet. Kallevent  
habe in der größtenteils Weise betrügerlich gehandelt, er habe die  
willensschwache Frau eingeschüchtern, schließlich sogar roh behandelt  
und ihren vollständigen Ruin herbeigeführt. Mildernde Umstände seien  
ihm daher verjagt worden. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Jahre  
Gefängnis, unter Anrechnung von 6 Monaten. Ehrverlust auf  
5 Jahre. Heide wurde auf 4 Monate Gefängnis verurteilt.  
Kallevent wurde sofort in Haft genommen.

**Polizeistunde für Abstinenzlokale.** Der Speisewirt Audler  
hatte in seiner Wirtschaft über die Polizeistunde hinaus Gäste ge-  
duldet und war deshalb mit einer Polizeistraf belegt worden. Er  
wandte sich darauf an die Gerichte und machte geltend, die Polizei-  
stunde finde auf sein Lokal überhaupt nicht An-  
wendung, weil dort keinerlei geistige Getränke  
angeboten würden. Die angewandte Polizeiverordnung  
sei insoweit rechtsungültig, als sie sich auch auf Wirt-  
schaften von der Art der feineren beziehe. Audler wurde jedoch von  
der Strafkammer verurteilt. Rummel legte A. Revision ein.  
Er wiederholte zu ihrer Rechtfertigung seine früheren Einwände und  
betonte dann noch, daß die fraglichen Polizeivorschriften auch die  
Gewerbefreiheit beeinträchtigten. — Der Strafkammer des Kammer-  
gerichts verwarf die Revision mit folgender Begründung:  
Die polizeilichen Vorschriften über die Polizeistunde seien  
mit Recht auf die Wirtschaft des Angeklagten an-  
gewendet worden, obwohl dort weder Bier noch andre  
geistige Getränke angeboten worden seien. In  
Betracht komme der § 66 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, wonach  
zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften gehörten: das öffent-  
liche Interesse in Bezug auf die Aufnahme und Verbergung von  
Fremden; die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige  
Einrichtungen zur Verbergung von Speisen und Ge-  
tränken. Hiernach könnten die Vorschriften über die Polizei-  
stunde unterschiedslos auf sämtliche Speisewirtschaften angebeht  
werden, gleichgültig, ob ein Ausschank geistiger Getränke damit  
verbunden sei oder nicht. Versteht man sich auch der Einwand des An-  
geklagten, daß hier eine Beschränkung der in der Gewerbe-Ordnung  
festgelegten Gewerbefreiheit vorliege. Der § 1 der Gewerbe-Ordnung  
besage nur, daß der Zulassung zum Gewerbebetriebe an sich Be-  
schränkungen nicht entgegenstünden. Es werde dadurch aber nicht  
der Ertrag von Vorschriften gehindert, die die Ausübung der  
Gewerbe im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit re-  
gele.

**Vereinsgeschliches.** Der Verein Berliner Civil-Verufs-  
männer hielt im Oktober vorigen Jahres im Saale des Hand-  
werkervereins eine Versammlung ab, in der die wirtschaftliche Lage  
der Civil-Verufsmänner und die Konkurrenz, die ihnen die Beamten  
und die Militärskapellen machen, erörtert wurde. Der  
Vorsitzende Röhne erhielt demnach eine Anfrage wegen Ver-  
gehens gegen § 1 des Vereinsgesetzes, weil die Verammlung  
der Polizeibehörde nicht vorher angemeldet worden war. Der An-  
geklagte rief, daß die Versammlung hätte angemeldet werden  
müssen. Es habe sich nicht um eine Erörterung öffentlicher An-  
gelegenheiten gehandelt. Der Polizeipräsident habe seiner Zeit selber  
auf eine Anfrage hin erklärt, er sehe den Verein nicht als einen  
solchen an, der den Vorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes unter-  
falle. Thatsächlich liege es dem Verein fern, auf öffentliche An-  
gelegenheiten einzuwirken.

Das Schöffengericht sprach A. frei, das Landgericht als Berufungs-  
instanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe von 15 M. und der  
Strafkammer des Kammergerichts verwarf die hiergegen ein-  
gelegte Revision mit folgender Begründung: Öffentliche An-  
gelegenheiten seien alle solche Angelegenheiten, die nicht  
ausschließlich die Privatinteressen der einzelnen physischen  
und juristischen Personen berühren, sondern im Gegensatz hierzu das  
gesamte öffentliche Interesse der Gesamtheit des Gemeinwesens.  
Der Senat nahm nun an, daß in der fraglichen Versammlung öffent-  
liche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen und auch erörtert  
worden seien. Die Anmeldung sei somit zu Unrecht unterblieben und  
die Verurteilung gerechtfertigt.

## Versammlungen.

**Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Berlin**  
(central und lokal) hatten am 17. Juni bei Kessler, Köpenicker-  
straße, eine gemeinsame Generalversammlung, an der  
Rein und Schumann erläuterten die in den Einigungs-  
verhandlungen gefassten Beschlüsse und empfahlen beiderseits in  
treffenden Worten den Zusammenschluß beider Organisationen.  
Schumann erläuterte kurz die Bedingungen, unter denen in Zukunft  
die Agitation zu entfalten sei.

Von einer Disjunktion wurde Abstand genommen und sodann  
folgender Antrag Rein's einstimmig angenommen:  
Die lombardische Generalversammlung erklärt sich mit den Be-  
schlüssen der Einigungskommission in allen Teilen einverstanden.

In den Centralvorstand wurden hierauf von lokaler Seite  
Alböldt als zweiter Vorsitzender, Höfster und Schulze als Beisitzer  
und Krüger als Revisor gewählt. Die Ortsverwaltung wurde aus  
8 Kollegen von centraler und 7 Kollegen von lokaler Seite zu-  
sammengesetzt. Außerdem wurden noch 5 Vertreter der einzelnen  
Branchen und 3 Revisoren gewählt. Zu beauftragten Bureau-  
angestellten wurden gewählt: Hofmann, 1. Bevollmächtigter; Rein,  
Kassierer; Berner, Stellenvermittler; Steinide, Bibliothekar; Rath-  
mann, Sektionsleiter der Straßenbahner, und Vresto und Lütke als  
Einsammler. Zum 2. Bevollmächtigten (unbefolgt) wählte die Ver-  
sammlung den Kollegen Straube. Ferner wurde beschloffen, ab  
1. Juli die Sterbeunterstützung nach 5-jähriger Mitgliedschaft auf  
70 M. zu erhöhen.

Bezüglich des Streifonds wurde beschloffen: Der Beschluß der  
Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin vom 20. Mai, be-  
züglich der obligatorischen Einführung eines Streifonds, zu dem  
pro Monat 25 Pfg. zu zahlen sind, wird aufgehoben. An dessen  
Stelle tritt die Einführung eines freiwilligen Streifonds-  
beitrags mit der Maßgabe, daß diejenigen Berufscollegen, die von  
dieser Einrichtung Gebrauch machen, bei Maßregelungen eine höhere  
Unterstützung erhalten als diejenigen, welche nicht zum Streifonds  
zahlen. Die Unterstufungen betragen 10 resp. 14 M. Schumann  
leitete noch mit, daß ab 1. Juli sich das Bureau der Ortsverwaltung  
und der Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 II  
Zimmer 16 befindet. Das Umschreibenlassen der Bücher müsse bis  
zum 1. Oktober d. Js. erfolgen, andernfalls würden die Kollegen  
ihrer Unterstufung verlustig gehen. Dertel machte auf die bevor-  
stehenden Gewerbegerichtsverfahren aufmerksam. Steinide ermahnt die  
noch ausstehenden Bibliotheksbücher umgehend abzuliefern. Mit  
einem begeisterten Hoch auf den Centralverband wurde die Ver-  
sammlung geschlossen.

**Mitgliederversammlung des Verbands der Stroh- und  
Schirmarbeiter** vom 18. Juni. Fülle gab den Bericht über den  
Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften.  
An der Hand von reichhaltigem Material gab er eine Uebersicht über  
die erste und gründliche Arbeit, die auf dem Kongress geleistet  
wurde. In der Angelegenheit der Werkstat von König u. Anrecht  
war die Versammlung entrüstet über das Verhalten der Kollegen  
Kotke, Meibohm, Jgel u. Krosch, welche nach Aufforderung  
des Vorstands nicht die Werkstat verließen. Die beiden  
ersten haben sich nun nach ca. drei Wochen doch noch ent-  
schlossen, die Werkstat zu verlassen, die andern beiden arbeiten  
jedoch jetzt noch. Die Versammlung beschloß, daß die Sperre über  
die betreffende Werkstat weiter bestehen bleibt und jeder Kollege  
abgeraten wird, dort Arbeit zu nehmen, widrigenfalls dieselben als  
„Arbeitswille“ betrachtet werden. Unter Verstaungelungen  
wurde der Grund auseinandergesetzt, weshalb Liebenow die Werkstat  
von Goldbach verlassen hat. Die Versammlung mißbilligt das Ver-  
halten des Werkführers den dortigen Kollegen gegenüber umsomehr,  
als derselbe doch schon jahrelang mit ihnen zusammengearbeitet  
hat und selbst politisch und gewerkschaftlich hervorragend thätig war.

**Versammlung der Parkettbodenleger.** Berichtigung.  
Mit Bezug auf den Bericht über die letzte Versammlung der Parkett-  
bodenleger in Nr. 135 unfres Platts schreibt uns Herr Tischlermeister  
Gustav Petro, Turnstr. 25, daß er den Tarif schon längst be-  
zahlt. Mit einem neuen Tarif und der Aufforderung, ihn zu unter-  
zeichnen, sei bisher bei ihm niemand gewesen. Er sei übrigens selbst  
Unternehmer (nicht Vertreter) und jederzeit bereit, zu unterschreiben.

**Genosse Koblener** sendet uns folgende Mitteilung: „Der  
Bericht in Nr. 138 des „Vorwärts“ über die Versammlung der Kassen-  
vorstände usw. enthält in Bezug auf meine Ausführungen einen Ver-  
wech, welcher geeignet ist, dieselben widerwärtig erscheinen zu lassen.  
Ueber die Orts-Kassenterrasse der Tischler ist von mir gesagt worden: Die-  
selbe hatte zur Zeit der Aufnahme der Statistik 19 500 Mitglieder, gehörte  
zu den wenigen Kassen, welche noch eine nennenswerte Arbeitszeit hatten  
und zahlte ihren Rendanten 2180 M. Gehalt. Die Kasse gehört zu  
den besitzwertesten, denn sie erhebt nur die zweitniedrigsten Beiträge  
(2/3 Proz. des ortsüblichen Tagelohns), gewährt ihren Mitgliedern  
trotzdem auch für die Sonntag-Arbeitslohn und zwar im Höchst-  
falle auf die Dauer von 52 Wochen. Die Rendanten werden schlechter  
bezahlt als diejenigen bei Kassen mit 2-3000 Mitgliedern.“

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands.** Heute abend  
8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I: Versammlung.  
Wie stellen sich die Kollegen zur Erhöhung des Lokalbeitrags?

## Marktpreise von Berlin am 16. Juni 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.							
Weizen, gut D. Str.	15,40	—	—	Rastoffeln, neue, D. Str.	8,—	6,—	
— mittel	—	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	
— gering	—	—	—	— do. —	1,20	1,—	
Hoggen, gut	15,20	—	—	Schweinefleisch	1,90	1,—	
— mittel	—	—	—	Rohfleisch	1,60	1,—	
— gering	—	—	—	Gemüsefleisch	1,60	1,—	
*) Weizen, gut	14,70	14,20	—	Butter	2,40	1,80	
— mittel	14,16	13,60	—	Fier	60 Stück	3,60	2,20
— gering	13,50	13,10	—	Kartoffeln	1 kg	—	—
*) Hafer, gut	15,70	15,20	—	Kale	2,80	1,40	
— mittel	14,60	14,40	—	Bamber	2,60	1,20	
— gering	14,10	13,50	—	Hechte	2,40	1,20	
Nichtstroh	7,16	6,50	—	Barische	1,80	0,80	
Hen	9,90	6,—	—	Echse	2,80	1,20	
Erbsen	40,—	25,—	—	Weise	1,40	0,80	
Erdbeerböhnen	45,—	20,—	—	Kredse	per Sajat	15,—	3,—
Waisen	70,—	30,—	—				

\*) frei Wagen und ab Bahn.

**Warenmarkt vom 18. Juni.** Weizene. Infolge der höheren  
Preisnotierungen aus Nordamerika und Oesterreich-Ungarn legte Weizene  
ein, doch konnte sich die Tendenz bei der ausgedehnten Unternehmens-  
anlauf der Rechner und bedeutenden Realisationsbedürfnis, namentlich für  
Kartoffeln, nicht lange behaupten. Am Frühmarkt wurde Weizene für  
Lieferungen 0,50 M. höher gelassen, während Roggen sein letztes Niveau  
zu behauptete. Mittags ging Weizene auf Schlußpreis vom vorigen Son-  
abend zurück, Roggen war 0,50 M. für Monat Juli bis eine Mark gedrückt.  
Das Weizengeschäft lag völlig interesselos. — Roggen matt. — Weizen  
schwach behauptet. Einen allgemein preisdrückenden Einfluß übte auch die  
sehr stünliche Verteilung des Wetters in letzter Zeit aus. Offerten waren  
für nordrussischen Roggen reichlich vorhanden, das Inlandsangebot war  
nicht bedeutend. Hafer loco unverändert, Weizen f. u. M. Rüssel still und  
schwächer. Spiritus war unverändert.

## Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das  
38. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:  
Die wahren Sieger. — Juristisches zum Glittromer Reichsbescheid. — Die  
letzte Legislaturwahl in Belgien. Von Dr. Emil Lind. — Die Wiener  
Gemeindevorstände. Von Otto Bohl. — Die Wahlgehe der deutschen  
Bundesstaaten von Heinrich Wegler. (Fortsetzung). — Literarische Rund-  
schau: Anna Bauer, die Frau im neunzehnten Jahrhundert. Von Elise  
Spiegel. Zwei Bücher von Frau von Troll-Borshagen. Von R. Schmeidel.  
Festl Salzen, Der Hinterbliebene. — Heftchen: Die Dame mit dem  
Händchen. Von Anton Tschewow. Uebersetzt von Eugenie Morin. (Schluß)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen  
(Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die Nr. 13 des 10. Jahrgangs zu-  
gegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Was bringt  
die neue Reform der Gewerbe-Ordnung den Arbeiterinnen. I. — Die  
Fabrikarbeit verheirateter Frauen in Bayern. Von D. Zimmer. — Aus der  
Bewegung. — Heftchen: Medizinikerinnen des Mittelalters. Von Melanie  
Wipplach. Aus dem Französischen überlegt von Eugenie Jacobi. (Fort-  
setzung). — Heftchen: Von Frau und Clara Zetkin. Weibliche Fabrik-  
inspektoren.

## Witterungsübericht vom 18. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. Temp. u. G.	Stationen	Barometer hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. Temp. u. G.
Zehnmeile	763	SO	1	heiter	15	Saparanda	763	S	2	heiter	10
Dumbara	762	O	1	bedeckt	15	Petersburg	757	NO	1	bedeckt	6
Braun	761	O	2	Regen	13	Sort	765	S	2	bedeckt	14
Frankf./M.	763	NO	2	heiter	19	Arbecken	764	SO	2	hls. bed.	15
München	764	SO	2	wolkig	17	Paris	766	O	1	wolkig	16
Wien	762	SO	2	bedeckt	16						

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 19. Juni 1900.**  
Giemlich kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen und  
mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl)  
anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte  
Abonnementkategorie beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beant-  
wortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und  
Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

**Wissenschaft.** Wegen Tintenlecke auf Papier wird folgendes Pulver  
empfohlen: Kalk, Bernstein, Schwefel und Salpeter vermischt man zu  
gleichen Teilen miteinander. Von diesem Pulver ein wenig auf Papier ge-  
bracht, soll den Fleck gründlich beseitigen. Das Pulver ist nur verlässlich  
aufzubewahren. Ebenfalls ist eine Mischung von völlig weichen Eiweiß  
wirksam; auch wird eine, wie wir glauben, bei Drogisten erhältliche alko-  
holische Mischung aus Oxalsäure „Carbore“ empfohlen.

**G. P. 77.** Wir kennen nur eine brauchbare briefliche Methode zur Er-  
lernung der französischen Sprache: die von Toussaint-Rangenhed.

**Witwen.** 1 und 3 zu erlangen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Endlich Nr. 2: Wenden Sie sich an Herrn Paul Schneider, Buchbinderei  
in der Bentzstr. 2, Hof rechts II.

**N. 2. 00.** Nach dem sächsischen Steuergesetz ist die Steuer voll zu  
zahlen. Sie können aber um Wiederzahlung ankommen. — **Stettin.**  
**Gruhof.** Wird angenommen, daß eine schließliche Körperverletzung  
vorlag, in dessen Folge der Tod des zum Vokal Einwohners ein-  
getreten ist, so kann eine Bestrafung nicht eintreten. Nimmt man an, es  
habe Verjährbarkeit vorgelegen, so ist der Bestrafende mit Gefängnis bis zu  
6 Jahren zu bestrafen. — **Schwara.** Rein, es sei denn, sie erkennen die  
Verbindlichkeit des Vertrags nach erreichter Volljährigkeit an. Ver-  
sicherungsverträge, Abonnements auf Verita usw. dergl.  
soll niemand unterschreiben, wenn er sich nicht völlig über die Tragweite  
seiner Unterfertigung klar ist. Demnach gibt es keinen Widerruf. War der Unter-  
schreiber zur Zeit der Unterfertigung aber minderjährig, so ist der Vertrag ungültig.

**Paris.** Beantworten Sie schleunigst bei Ihrer Invaliditätsanfrage, die  
Invalidentaxe Ihnen zu bewilligen und Sie in eine Pension auf-  
zunehmen. — **S. 1. Rein.** 2. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde  
vor. — **48.** Formel wäre ein solcher Erfolg möglich, er wäre aber kaum  
denkbar, weil die vorübergehende Anhebung der im öffentlichen Sicherheits-  
interesse gegebenen Vorschriften, daß Fahrer ohne Führerschein nicht fahren  
dürfen, den Aufheber dieser Vorschriften für alle in ihrer Folge entstehenden  
Unfälle nicht nur moralisch, sondern auch persönlich verantwortlich machen würde.

**N. R. 100.** Eine Strafanzeige wäre wegen Verjährung erfolglos.  
— **P. R. 111.** Die Verjährung eines Obenhandelsbetrugs hindert den Eigen-  
tümmer nicht, seine Sachen zu verkaufen. Nur muß er wahrheitsgemäß an-  
geben, was ihm gehört — dazu gehört auch das empfangene Kaufgeld. — **Trippl 61.**  
Verjährung liegt nach der allerdings kaumwankenden Rechts-  
prechung nicht vor, es empfiehlt sich aber, den Einwand der Verjährung zu  
erheben. — **S. 22, 2 Wetten.** 1. Pantow, Weidenauer, Steigil und  
Dörfer, nicht Städte; Rindorf, Schöneberg und Charlottenburg sind Städte.  
2. Zum Einkommen wird der freie Unterhalt zugerechnet, deshalb liegt in  
jedem Fall Steuerpflicht vor. — **G. J.** Ungültig für Körperlicher.

**Geht.** Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in beiden Gemeinden  
zu erfolgen. — **N. R. 100.** Die Frau ist auf keinen Fall haftbar.  
— **Trop.** Sie können Ihrem Bevollmächtigten die Vollmacht stets ent-  
ziehen. Widerruf des Testaments zu erteilen können Sie beim Amts-  
gericht I beantragen. Weibung ist zulässig. Sprechen Sie eventuell in  
der Sprechstunde vor; es ist auch Ihrer Darlegung nicht erachtlich, welche  
Eindringlichkeit der Erbregelung im Wege stehen. — **J. 100.** Ohne Wit-  
teilung, wenn die Heirat stattgefunden hat, wo der erste Wohnort der Ehe-  
leute war, ob Kinder vorhanden sind, endlich, ob ein Vertrag zwischen den  
Eheleuten geschlossen ist, lassen sich Ihre Fragen nicht beantworten.  
Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor.

**G. P. 62.** Rein; erst nach erfolgter behördlicher frucht-  
loser Aufforderung zum Ausweis kann Verhaftung eintreten.  
— **N. R. 500.** Es ist zwischen Aufnahme in den preussischen Staats-  
verband und Naturalisation zu unterscheiden. Ein deutscher Nicht-  
Bürger kann sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen lassen —  
das kostet nichts und er hat ein Recht auf Aufnahme in dem preussischen  
Staatsverband. Ein Nicht-Deutscher kann sich naturalisieren lassen.  
Auf Naturalisation hat er keinen Anspruch, diese Naturalisationsaufnahme  
kostet 30 M. Vor dem Gesetz über Einwerb und Besitz der Staats-  
angehörigkeit und vor der Errichtung des Norddeutschen Bundes, be-  
ziehentlich des Deutschen Reichs, wurde für Naturalisationen aller  
Nicht-Bürger Geld genommen. — **Juli 1a.** Der Bestrafende  
wird wohl mit Amtshandkrothe belegt sein. Die Frau kann unter  
Darlegung des Sachverhalts schriftlich beim Polizeipräsidenten anfragen.

**Central-Kranken- u. Sterbe-  
kasse der Tischler.**  
Kritische Verwaltung Lichtenberg.  
Am Sonntag, den 18. d. Mts.,  
verläßt nach-luzer Krankheit unser  
Mitglied, der Drechsler

**Heinrich Gullnick**  
im 34. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gemeinde-Friedhofs aus statt.  
Ihre feinem Andenken!

**Die Ortsverwaltung.**

**Statt besonderer Meldung.**  
Allen Freunden und Bekannten die  
Nachricht, daß mein lieber Mann,  
Bater, Schwiegerbater, Großbater,  
Bruder und Onkel, der Zeitungs-  
redakteur

**Karl Artz**  
im Alter von 55 Jahren nach kurzen,  
schweren Leiden verstorben ist.  
Die Trauerfeierlichkeiten werden  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Simons-  
Kirchhofes aus, statt.

**Turnverein „Fichte“**  
Mitgl. d. Arbeiter-Turnerbunds.  
Die Beerdigung unfres Turn-  
genossen  
**Karl Hoffmann**  
findet am Mittwoch, den 20. Juni,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Frankenhau-  
Am Urban, nach dem Genuas Kirch-  
hof (Rindorf, Bernauerstraße) statt.  
Die Sängerkapelle des Vereins ver-  
sammelt sich zur feierlichen Zeit im  
Vereinslokal. 1344  
Schriftliches und plütsliches Ge-  
schehen erwartet.  
Der Vorstand.

**Heinrich Gullnick**  
im 34. Lebensjahre. 15296  
Um hilfes Beleid bittet  
**August Schneider**, Jährenr. 31.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 20. nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nikolai-  
Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus,  
statt.

**Trig Schneider**  
im 38. Lebensjahre. 15296  
Um hilfes Beleid bittet  
**August Schneider**, Jährenr. 31.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 20. nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nikolai-  
Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus,  
statt.

**Karl Artz**  
im 55. Lebensjahre nach kurzen,  
schweren Leiden verstorben ist.  
Die Trauerfeierlichkeiten werden  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Simons-  
Kirchhofes aus, statt.

**Trig Schneider**  
im 38. Lebensjahre. 15296  
Um hilfes Beleid bittet  
**August Schneider**, Jährenr. 31.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 20. nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nikolai-  
Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus,  
statt.

**Karl Artz**  
im 55. Lebensjahre nach kurzen,  
schweren Leiden verstorben ist.  
Die Trauerfeierlichkeiten werden  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Simons-  
Kirchhofes aus, statt.

**Trig Schneider**  
im 38. Lebensjahre. 15296  
Um hilfes Beleid bittet  
**August Schneider**, Jährenr. 31.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 20. nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nikolai-  
Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus,  
statt.

**Karl Artz**  
im 55. Lebensjahre nach kurzen,  
schweren Leiden verstorben ist.  
Die Trauerfeierlichkeiten werden  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Simons-  
Kirchhofes aus, statt.

**Trig Schneider**  
im 38. Lebensjahre. 15296  
Um hilfes Beleid bittet  
**August Schneider**, Jährenr. 31.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 20. nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Nikolai-  
Kirchhofes, Prenzlauer Allee 7, aus,  
statt.

**Karl Artz**  
im 55. Lebensjahre nach kurzen,  
schweren Leiden verstorben ist.  
Die Trauerfeierlichkeiten werden  
Die Beerdigung findet am Dienst-  
tag, den 19. d. Mts., abends 6 Uhr,  
von der Leichenhalle des St. Simons-  
Kirchhofes aus, statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 19. Juni.**  
**Opernhaus.** Die Daisys.  
**Neues Opern-Theater (Krohn).** Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Probefandant. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Vestling.** Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Hüttenboden. Anfang 8 Uhr.  
**Westen.** Die Götze. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Zahler.** (Normis-Oper) Das Kuchlger von Kanada. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Wolff.** Mit Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.  
**Victoria.** Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmstädisches. Cavalleria rusticana. Seimat. Der Troubadour. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Schle + Alliance.** Internationale Urania. Im Kaiserpalast. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Senus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage.** Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.  
**Taubenstrasse 48/49.** Abends 8 Uhr (im Theaterlokal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

### Schiller-Theater

**(Wagner-Theater).**  
**Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:**  
**Das Nachtlager in Granada.**  
 Romantische Oper in 3 Akten von Conradin Kreutzer.  
**Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:**  
**Die beiden Schützen.**  
**Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:**  
**Das Glückchen des Eremiten.**

### Central-Theater

**Anfang 8 Uhr:**  
**Sensationeller Lacherfolg!**  
**Berlin nach Elf.**  
 Gr. Hofe in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Aufzug der Parfums. (Wunderbares Ballett.)  
 Morgen und folgende Tage: Berlin nach Elf.

### Belle-Alliance-Theater.

**Im herrlichen Sommergarten:**  
**Grosses Garten-Konzert.**  
 Spezialitäten-Vorst. I. Ranges.  
 !! Sensationelle Neuheit!!  
**Im Märchenwalde.**  
 (Wunderlicher Fremden.)  
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
 NB. Bei ungenügender Witterung findet die Spezialitäten-Vorstellung im Theater statt.

### Carlweiss-Theater

**Gr. Frankfurterstrasse 132.**  
**Vorletzte Woche!**  
**Am Spieltisch des Lebens.**  
 Sensationshauptspiel in 8 Bildern von Millerfeldt und Stener.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
 Im Garten: Neues Juni-Programm.  
 25 illustrierte Nummern. Anf. 5 1/2 Uhr.  
 Morgen: Kinderfreuden-Ges.

### Metropol-Theater.

**Täglich 9 Uhr 10 Min.:**  
**Zum 50. Male:**  
**Der Zauberer am Nil.**  
 Zurücker Aufführung-Operette  
**Mumien-Ballett.**  
 Sarghe:  
**Mizi-Gizi**  
 und das brillante  
**Juni-Spezialitäten-Programm**  
 Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

### Prater-Theater.

**Kastanien-Allee 7-9.**  
**Täglich: Der wilde Jäger.**  
 (om. Sage in. Gesang in. Tanz in. 4 Akt. p. Hugo Schulz, Musik v. K. Herken. - Ballett mit. Leitung v. Ballettmeisterin Fel. Böhring. - Ausrüsten d. Exzentric-Gaufmanette-Rolli-Bach. d. Wotodque-Quackstücken Gebr. Milardo. Tausend Quartett, Heberle-Trippe, Akrobaten, Brothers-Rede, Fische-Altköcher, Bach u. Rag, Chinesen. Die Greenwood, Pantomime: „Die wüste Schmelde“ - Souper. - Im Saale: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.  
**Kaibo.**

## Etablissement „See-Terrasse“

Höderstrasse 6, zwischen Landsh. Allee (Steuerhaus) und Lichtenberg.  
**Grösstes und vornehmstes Sommer-Etablissement Berlins.**  
**Erstrangige Konzerte.**  
**Gondel-Korso auf dem herrlichen 3/4 Morgen grossen See.**  
**Variété-Theater. \* 4 grosse Kegelbahnen.**  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Grosses Tanz-Kränzchen.**  
 Aussichtsturm. Kinder-Sportplatz. Familien-Kaffeeküche.  
**Entree** (Wochentags frei!!) 10 Pfg. Kinder frei.  
 (an Feuerwerkstagen 20 Pfg.)  
 Don. pt. grösseren Vereinen steht unser Riesen-Etablissement unentgeltlich zur gef. Verfügung.



### Urania

**Taubenstrasse 48/49.**  
**Im Theater abends 8 Uhr:**  
**„Von den Alpen zum Vesuv“.**  
**Invalidenstr. 57/62:**  
**Tägl. Sternwarte.**  
 Nachmittags 5-10 Uhr.  
**Passage-Panopticum.**  
**Vorletzte Woche!**  
**Riesen u. Zwerge.**  
 Von 7 Uhr ab:  
**Specialitäten-Vorstellung**

### CASTANS PANOPTICUM

**Friedrichstr. 165.**  
**Magische Wunder-Vorstellungen.**  
 !! Eine sensationelle Neuheit!!  
 Neu! Neu!  
**Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft**  
**„Senesou“.**  
**Die Helden des Transvaal-Kriegs.**

### Victoria-Theater.

**Kriegensbergplatz.**  
**Sündige Liebe.**  
 Stückerdrama in 4 Akt v. K. Steinmann.  
 !! Kleine Preise!!  
 Anfang 8 Uhr.

### Apollo-Theater.

**Um 9 Uhr:**  
**Mit sensationellem Erfolg:**  
**Venus auf Erden.**  
 Genier:  
**Iben Obed — Freres Hoste.**  
 Neu! Neu! Neu!  
**Bernhard Mörbig.** Neu!  
**Brothers Morelli — Eva Walker.** Neu!  
**Krüger u. Kirsten.**  
**Kosmograph.**  
 Rahnerstrasse 6 Uhr. - Garten-Konzert 6 1/2 Uhr. - Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

### W. Noacks Theater.

**Stummstrasse 16.**  
**Täglich:**  
**Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Hunderttausend Mark**  
 Hofe mit Gesang in 1 Akt von G. Braune. Musik von Thiele.  
 Neu! Grüne Jungs. Neu!  
 Operetten-Hofe in 1 Akt von Leopold Ein. Musik von Victor Holländer.  
**Im Saal: Großer Ball.**

### Puhmanns Vaudeville-Theater.

**Schönhauser-Allee 148.**  
**Kastanien-Allee 97-99.**  
**Täglich:**  
**Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Künstler I. Ranges. - Im renovierten Saale: Großer Ball. - Anfang 4 Uhr.  
**Lehmann.**

### Ostbahn-Park

**Hermann Imbs**  
**71 Rübendörfer Strasse 71**  
 am Röhrliner Platz  
**Täglich Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Nur erstklassige Nummern.  
 Anf: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Special Nachzahl. 20 Pf.  
 Anf: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Special Nachzahl. 10 Pf.  
**Hermann Imbs, Direktor.**

### Im Zoologischen Garten

**Ausstellung unserer neuesten Landleute:**  
**SAMOANER**  
 Samoanisch Dorf im Kranz grüner Palmen. Eingeborne aus Samoa: Männer, Frauen, Kinder, Häuptlinge, Dorfjungfrau. **Krieger in vollem Kriegschmuck.** Hochinteressante, einzig in der Welt dastehende Vorstellungen!  
**Grosse ethnologische Sammlung!** Geöffnet v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vorführungen: um 11 Uhr vorm., 3 1/2, 5, 6 1/2 Uhr nachmittags. Einlagen nach Bedarf.  
**Entree** direkt in die Ausstellung, ohne den Besuch des Zool. Gartens, Eingang an der Stadtbahn: 50 Pf. Kinder 25 Pf. Besucher des Zool. Gartens zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

### Schweizer-Garten.

**Am Königsplatz. - Am Friedrichshain.**  
**Täglich: Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.**  
 Vollbelustigungen aller Art.  
 Anfang 4 resp. 5 Uhr. - Entree 30 Pfennig.  
**Jeden Abend 10 Uhr:** „Es ist erreicht.“ Gesangsstücke mit Tanz und Evolutionen.

### Max Klien's Sommer-Theater

**Palaststrasse 13-15.**  
**Kritische Zeitung: Paul Milbitz.**  
**Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Gültige Troupe - Brothers Waldorf - Miss Ella - Mr. Alphons - Karl Kramer - Minna Schön (erhältliche Spezialitäten).  
**Jeden Montag: Sommerfest. - Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. - Donnerstag: Elite-Tag.**  
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.  
 2 hochgelegene Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.  
**Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.**  
**Max Klien.**

### Victoria-Brauerei.

**Lützowstr. III/112.**  
**Im Garten oder Saal**  
**Täglich:**  
**Norddeutsche Sänger**  
 (Führer: Herrmann, Herr. Wälder).  
 Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stück 1 M.  
 Sons nur in der Woche gültig  
 Sonntag und Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**

### Deutsche Konzert-Hallen

**Stadtbahnhof Börse.**  
**Täglich:**  
**Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.**  
 Die humorischen Gildach, Grosch, Zimmermann, Gursch, Benari.  
**„Die Lucia von Sizilien“**  
 sowie  
**Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.**  
 Beginn der ausländischen Opernher modern. 6 Uhr, der Theaterabend 8 Uhr.

### Reichshallen.

**Täglich: Stettiner Sänger.**  
 Anfang:  
 Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.  
 Entree 50 Pfennig.  
 Vorverkauf 40 Pf.

### 5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg.

**H. Albrecht's Bäckerei**  
 Wraschelstr. 9. Kranstr. 19.  
 Koldenkeimstr. 28. Lautbergstr. 2.

### Bayrisch-Lager-Bier

hell und dunkel; nach allen Dingen  
 45 Pf. ca. 1/2 Liter 3 M.  
 u. 1/2, 1.5, bei 1/2 u. 1/4 Liter 14 1/2 M.  
 Brauerei-Vers.-Ges. Berlin O.,  
 Andrastr. 63. (1519b)

## Apollinaris

**NATÜRLICH KOHLENSAURES MINERALWASSER.**  
 Versandt im Jahre 1888 ... 12,720,000 Gefässe  
 „ „ 1899 ... 25,720,000 „  
 „Sein angenehmer Geschmack und sein hoher Gehalt an reiner Kohlensäure, zeichnen es vor den andern ähnlichen Mineral-Wässern vortheilhaft aus.“  
 Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Virchow, Berlin.

### Socialdemokratischer Wahlverein

**für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr.**  
**im Lokal des Herrn Hertzberg, Alte Jakobstraße 75:**  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dr. Ratkowsky über: „Die Bevölkerungszunahme und ihr Einfluss auf den Kampf um das Dasein.“  
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Die Broschüre „Führer durch das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung“ kann in der Versammlung in Copieung genossen werden.  
 240/12 Der Vorstand.

### Socialdemokratischer Wahlverein

**für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).**  
**Dienstag, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Saal des Herrn Graumann, Rannubstraße 27:**  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die Parteien und das Wahlrecht.“  
 Referent: Stadtverordneter Dr. Curt Freudenberg. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
 Gäste haben Zutritt. 243/3  
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

### Socialdemokratischer Wahlverein

**für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Dienstag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Belforter Salon, Belforterstrasse 15:**  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Genossen Paul Jahn über Materialismus, Diskussion, Vereinsangelegenheiten.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, dass am 30. Juni, abends 8 Uhr, ein Anschlag nach der Sternwarte stattfindet. Billets sind noch zu haben bei H. Tauschel, Wiesenstraße 29. 247/15  
 Vorstandssitzung am 25. Juni bei Kranse, Müllerstr. 7a.  
 Bitte die Vorstandsmitglieder zahlreich zu erscheinen.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**(Zahlstelle Berlin.)**  
**Morgen, Mittwoch, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**  
**Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Referent: Rechtsanwält Dr. Heinemann. 2. Bericht über Werksratsverträge und Differenzen, Verbandsangelegenheiten. 90/15  
 In dieser Versammlung werden die Stimmzettel zur Urabstimmung eingelesen.  
 Jede Vertretung muss vertreten sein. Vertrauensmännerkarte nebst Verbandsbuch legitimieren. Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Maurer. Achtung!

**Dienstag, 19. Juni, abends 8 Uhr, in Stecherts Festsaal, Andrastrasse 21:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
**Centralverbands der Maurer**  
 Bezirk Oden.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen C. Gante. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
 Guten Besuch erwartet Die Verbandsleitung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Bureau: 50, Engel-Ufer 15. Ortsverwaltung Berlin. Fernsprecher: Amt VII, 353.**  
**Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Konferenz der Vertrauenspersonen für den Süden**  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. 113/16  
 Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich. Die Ortsverwaltung.

### Steinbildhauer!

**Mittwoch, den 20. Juni cr., abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**  
**Oeffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Resultat der Plagbepörungen mitrer eventuellen Forderungen. 2. Verschiedenes. 34/1  
 S. K.: Der Vertrauensmann.

### Achtung! Bauanschläger. Achtung!

**Mittwoch, den 20. Juni cr., abends 7 1/2 Uhr:**  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
 bei Buske, Grenadierstrasse Nr. 33.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Redigoren und Befehlshaber über Beiträge zum Streikfonds. 2. Bericht des Gewerkegerichts, Beisizers und Anstellung eines Kandidaten zu diesem Amt. 3. Verschiedenes. 34/1  
 Kollegen, es ist Pflicht, dass Ihr alle in dieser Versammlung erscheinen. Flugblatt-Ausgabe. Die Lokalkommission.

### Schenke 100 Mk.

dem, der mit einer größeren Fabrik nachweist, welche unter gleich günstigen Konditionen gleich taubere Räder liefert. Rassenpreis 130 M. Monatsraten von 15 M. an. 14856  
**Fahrrad-Versand**  
 Berlin N., Hochstädterstr. 5.

### Anzüge

und Paletots von 30 M. an, liefert elegant sünd (4882)  
**Reinhold Werner**  
 Gr. Frankfurterstr. 70.  
 Kl. Andrastr. 12.

### Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 M. fertige feine Sommer-Paletots nach Maß.  
**Riesensstofflager**  
 Krausenstr. 14. I (tein Laden).



Kommunales.

Strassenbahnen in städtischer Regie. Die vom Magistrat genehmigten Anträge der Verkehrsdeputation über den Bau und Betrieb neuer Strassenbahnlinien für Rechnung der Stadtgemeinde und die Uebertragung der Verwaltung des städtischen Strassenbahnwesens an eine besondere Deputation sind nunmehr als Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung gelangt. Die Versammlung soll nach dem Wunsch des Magistrats noch vor den Ferien über die Angelegenheit verhandeln. Vorwiegend bestimmend für die Vorlage war das Verhältnis der Stadtgemeinde zu der Großen Berliner Strassenbahn und insbesondere die Rücksicht auf die vorwiegend im Jahre 1919 bei Ablauf der von den Gemeindebehörden der Gesellschaft erteilten Zustimmung eintretenden Verhältnisse. Die Annahme der Deputation, daß die Strassenbahn-Gesellschaft bestrebt ist und sich auch in Zukunft bemühen wird, ihren Bestand auch gegen den Wunsch der Gemeindebehörden über das Jahr 1919 hinaus unverändert zu erhalten, habe erst neuerdings eine Bestätigung dadurch gefunden, daß sie schon jetzt eine staatsbehördliche Genehmigung über 1919 hinaus beantragt und vom Polizeipräsidenten auch bis zum 31. Dezember 1919 auch erhalten hat. In der Begründung der Vorlage sagt der Magistrat u. a.: „Nach Prüfung der Rechtslage sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die staatsbehördliche Genehmigung die aus dem Zustimmungsvertrag der Stadtgemeinde gegen die Gesellschaft zustehenden Rechte nicht beeinträchtigt werden können. Die Bestimmungen des Kleinbahngesetzes insbesondere in den §§ 3, 4, 9 und 13 und die Gesetzesmaterialien ergeben, daß die Kleinbahnrechtliche Genehmigung eine polizeiliche Anordnung ist mit der rechtlichen Bedeutung einer Erklärung der zuständigen Behörde darüber, daß und unter welchen Bedingungen vom polizeilichen Standpunkt aus gegen den Bau und Betrieb nichts zu erinnern sei. Diese polizeiliche Genehmigung gewährt oder erhält allein nicht der Unternehmer das Recht zum Betrieb der Bahn. Vielmehr ist unabhängig davon weitere Voraussetzung, daß der Begüterhaltungspflichtige seine Zustimmung erteilt, oder daß diese in dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren ergänzt wird. Das wird auch in der der Großen Berliner Strassenbahn erteilten Genehmigung dadurch anerkannt, daß die Unternehmerin nach § 1 verpflichtet ist, auf Erfordern der Genehmigungsbehörde die Verlängerung derjenigen Kleinbahnrechtlichen Zustimmungserklärungen der zur Unterhaltung der mitbenutzten Straßen und Wege nach öffentlichem Recht verpflichteten, die zur Zeit auf einen kürzeren Zeitraum laufen, im Wege der freien Vereinbarung oder der Kleinbahnrechtlichen Ergänzung rechtzeitig herbeizuführen.“ Das Vorhaben der Gesellschaft und die günstige Stellungnahme der Genehmigungsbehörde in der Frage der Zeitdauer der Genehmigung läßt es uns aber erforderlich erscheinen, mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge zu verfolgen und auf eine Stärkung der Stellung der Stadtgemeinde, wie sie in dieser Vorlage von uns vorgeschlagen wird, Bedacht zu nehmen. Ueber die finanzielle Bedeutung der Vorlage heißt es: „Dem Vorschlage der Uebernahme der neuen Strassenbahnen in eigene Verwaltung liegt nicht in erster Linie die Absicht zu Grunde, einen höheren Gewinn zu erzielen, als etwa für uns entstehen würde, wenn wir neue Linien an Unternehmer vergeben würden. Wie sich aber aus Schätzungen der Verkehrsdeputation unsicher erkennen läßt, ist ein solcher höherer Gewinn jedenfalls nicht ausgeschlossen, wohl aber ist ersichtlich, daß ein Kapital- oder Risikoverlust auf keinen Fall zu befürchten ist. Die gegebenen Zahlen und Schätzungen sind in einer bereits über ein Jahr zurückliegenden Zeit aufgestellt und würden durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen des Geldmarkts und des Preises der Materialien manche Änderungen erfahren. Diese Änderungen würden jedoch unsere Entscheidung gegen die Vergabe an einen Unternehmer und für den eigenen Bau und Betrieb nicht wesentlich beeinflussen. Wie sich dann aus der Natur aller solchen auf Schätzungen beruhenden Zahlenangaben von selbst ergibt, kann eine Gewähr für die Richtigkeit nicht übernommen werden. Wohl aber würde jede auch von berufensten Sachverständigen vorgenommene Prüfung ergeben, daß die Berechnung so vorsichtig wie nur möglich aufgestellt ist.“

Stipendien für Berliner Handwerksgehilfen etc. Aus dem Friedrichs-Gewerbe-Stipendium werden alljährlich im Monat Januar Beiträge von je 150 M. an Gesellen bzw. Gewerbegehilfen behufs ihrer weiteren Ausbildung verteilt. Einen Anspruch darauf haben nur in Berlin geborene und ortsangehörige, nicht unter 18 und nicht über 80 Jahre alte Gesellen oder Gehilfen, welche während ihrer Lehrzeit resp. ihrer Beschäftigung als Gesellen etc. Fleiß, Tüchtigkeit, insbesondere auch Vollkommenheit in ihrem Handwerk gerichteten Lehrtrieb an den Tag gelegt haben. Diejenigen, welche mit einem Stipendium bedacht werden wollen, haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes, Taufzeichens beziehungsweise standesamtliche Geburtsurkunde und der Originale oder beglaubigten Abschriften der Atteste ihrer Lehrmeister beziehungsweise Arbeitgeber in betreff ihrer praktischen Geschäftlichkeit, ihres Fleißes und ihrer sonstigen Führung dem Kuratorium des Friedrichs-Gewerbe-Stipendiums, Stralauerstr. 3-6 I, bis spätestens Ende Juni d. J. einzureichen.

Gleichzeitig ist nachzuweisen, daß die Antragsteller eine der hier bestehenden Unterrichtsanstalten, welche die allgemeine intellektuelle wie auch im besonderen die gewerbliche resp. technische Fortbildung dem Handwerkerstand angehöriger Personen bezwecken, mindestens ein Jahr hindurch mit Fleiß und Erfolg besucht haben. Gesuche, bei denen auch nur ein der vorstehend bezeichneten Beweismittel mangelhaft ist oder ganz fehlt, werden von dem Kuratorium nicht berücksichtigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein hält heute abend 8 Uhr im Lokal des Herrn Bergberg, Alte Jakobstr. 75, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dr. Matkowsky. Außerdem Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Wahlkreis hält heute 8 1/2 Uhr Vorkonferenz, 15 eine Versammlung ab, in der Genosse Jauch über materialistische Geschichtsauffassung spricht. Zum Ausklang nach der Sternwarte am 30. Juni sind noch die Tanzel, Wiesenstr. 29, Willens zu haben.

Saunenschulweg. Im Verein Vorwärts bei Niebler, Ernststraße 26, spricht Mittwoch Dr. Behl über den Kampf um die Gesundheit.

Bantow-Nieder-Schuhmanen. Heute findet bei Großhert, Berlinstraße, der Lesabend statt. Genosse Sonntag spricht über das Bürgerliche Gesetzbuch.

Kokales.

Gutenbergfeier.

In einem Abend wie dem vorgestrigen war es nichts Kleines, die freie Natur mit der Schwüle des geschlossenen Raums zu vertauschen. Aber der Freiheit des Geistes sollte eine Huldigung bereitet werden, und das war Wohnung genug für die Angehörigen des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, Mann für Mann zur Stelle zu sein. Das alte Circus-

gebäude in der Karlstraße mag sich verwundert gefragt haben, was denn eigentlich mit ihm geschehen ist, nachdem es von einer Herberge für halbschredende Künste und platte Späße in voriger Woche erst durch die Strassenbahner-Verlammlung zu einer Kampfstätte im proletarischen Befreiungskriege aufgerichtet und nun gar zu einem Kunstmuseum im ehrenhaften Sinne des Wortes hergerichtet worden ist. Aber die alten Mauern lobten das Avancement mit Dank und liegen in prächtiger Klarheit die Zöne des Luthers wiederhallen, mit dem die Feier von Gutenberg's fünfhundertstem Geburtstag eingeleitet wurde. Dann trat der Vereinsvorsitzende Rastin auf das Podium und hielt in kurzer, schlichter Ansprache die Erschienenen willkommen. Er begrüßte die Mitglieder des Parlaments, des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung sowie der gelehrten Körperschaften, die der Einladung des Buchdruckervereins gefolgt waren, und stiftete ihnen wie auch den Angehörigen der schwarzen Kunst im weiteren Sinn, den Mitgliedern der Presse, der Prinzipalität sowie den zu Tausenden erschienenen eigentlichen Berufsgenossen den Dank des Vereins ab. Hieran folgten einige Konzertstücke, die von der rühmlich bekannten Vereinsliedertafel Typographia sowie von dem vortrefflichen Berliner Sinfonie-Orchester vorgetragen wurden. Wohlverdienter Beifall erntete besonders die Hymne an Gutenberg „Es werde Licht“, deren flammensprühende Worte von dem auch unsern Lesern bekannten Buchdrucker Hermann Schmidt gedichtet, von einem andern Buchdrucker, dem Hölzbrüder, jetzt leider auf dem Krankenbett demühterliegenden F. Goldsche, aber in Musik gesetzt worden sind. Natürlich schloß auf der Feier auch das gesprochene Wort nicht. Der Hofkapellmeister Dr. Max Pohl trug einen von Heinrich Hart verfassten Festprolog vor, der in die Worte ausklang:

„Die Geister sind frei — die Welt ist erwaht, Wissen ist Freiheit, Wissen ist Macht!“

Herr Dr. Rudolf Steiner aber hielt die schwingvolle Festrede, die der Bedeutung Gutenberg's und seiner großen Erfindung gerecht wurde. Den Schluß der etwa vierstündigen Feier bildete ein Festspiel „Gutenberg's Traum“, worin Buchdrucker, Lithographen, Steindruck und Buchbinder dem Vater der graphischen Künste huldigten.

Die Ehrung Gutenberg's war in zweifacher Hinsicht beachtenswert. Einmal, weil auch sie zeigte, daß organisierte Arbeiter im harten Kampfe nun das tägliche Brot durchaus nicht der idealen Aufgaben verzeihen. Die Buchdrucker-Gesellschaft hat in künstlerischer Form den für sie wie für die ganze Kulturmenschen bedeutamen Gedenktag der Geburt ihres Altmeisters feiern wollen. Nicht nur, daß ihr dies wohl gelungen ist, sie hatte auch die Bemühung, alle ihre Angehörigen mit dem Herzen, von edler Begeisterung getragen, bei der Sache zu sehen. Ein Volkstest war es, bei dem ein jeder, nicht von blöder Neugierde getrieben, sondern mit vollem Verständnis, mit ganzer Seele zugegen war.

Dann aber war das Buchdruckerfest bedeutsam dadurch, daß es der Außenwelt von dem Einfluß, von der geistigen und der materiellen Stärke einer guten gewerkschaftlichen Organisation ein Bild gab. Dank ihrer können, wie sich hier zeigte, Arbeiter den Unternehmern des Berufs im Gefühl geistiger Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Gleichberechtigung gegenüber treten; dank ihrer hat der Unternehmer gelernt, die Persönlichkeit des Arbeiters zu achten, der er sich in andern Verufen noch im düsterhaften Hochmut des absolutistischen Herrtums entgegenstellte.

Unter dem Streit zweier Krankenkassen über die Zahlungspflicht hatte ein Arbeiter kürzlich schwer zu leiden. Der Arbeiter V. erlitt Mitte Dezember v. J. einen Bruch des Ellenbogens und wurde auf Kosten der Orts-Krankenkasse der Drechsler, deren Mitglied er war, behandelt. Am 2. April ließ sich V. auf seinen eignen Wunsch von Kassenarzt arbeitsfähig erklären und nahm Arbeit in einer Schraubenfabrik. Durch dies Arbeitsverhältnis wurde V. Mitglied der Orts-Krankenkasse der Schmiede. Nachdem er vom 3. bis 8. April gearbeitet hatte, stellte sich heraus, daß seine Krankheit noch nicht geheilt war. Das Uebel machte sich wieder in so bestiger Weise bemerkbar, daß V. die Arbeit einstellen und sich aufs neue in ärztliche Behandlung begeben mußte. Nun aber kam der Arbeiter in eine äußerst peinliche Lage. Die Ortskasse der Schmiede wollte die Unterstüßung des Kranken nicht übernehmen, weil es sich um die Fortdauer einer Krankheit handle, deren Kosten die Drechslerkasse zu tragen habe. Diese dagegen bestritt ihre Unterstüßungspflicht und erklärte die Schmiedekasse für zuständig.

Es war noch ein Glück für den Patienten, daß der Arzt der Drechslerkasse, welcher ihn bisher behandelt hatte, sich über bürokratische Bedenken hinwegsetzte und die weitere Behandlung des Kranken ohne weiteres übernahm. Da nun beide Kassen ihre Zuständigkeit bestritten, so erhielt der erwerbsfähige Patient, obgleich er die Angelegenheit sofort dem Magistrats-Kommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen unterbreitete, während der ganzen Dauer seiner Krankheit (vom 8.-29. April) keinen Pfennig Krankengeld. Erst am 7. Juni erließ der Magistrats-Kommissar eine vorläufig vollstreckbare Entscheidung, wonach die Ortskasse der Drechsler zur Zahlung des Krankengeldes verpflichtet ist, und nun endlich ist V. zu dem ihm zustehenden Unterstüßungsbetrage gekommen.

Etwas lange hat die Entscheidung des Magistratskommissars auf sich warten lassen. Wie wäre es dem Patienten wohl ergangen, wenn er es nicht mit einem einsichtigen Arzt zu thun gehabt hätte und nicht in der Lage gewesen wäre, sich trotz des ausgebliebenen Krankengeldes während der Dauer der Krankheit durchzuhelfen? Er wäre der Arme-Klasse zur Last gefallen und dadurch politisch rechtlos geworden. Lassen sich derartige Entscheidungen nicht schneller herbeiführen?

Internationale Gehirnverflechtung. Scherl und Illstein machen Schule. Ein hiesiges Montagblatt bringt unter Handelsnachrichten folgende Mitteilung: „Illustriertes Berliner Volksblatt, Company Limited. Wie uns aus London berichtet wird, hat sich daselbst eine aus angesehenen englischen Finanzkräften bestehende Company Limited, der auch ein bekanntes Berliner Institut angehört, zu dem Zwecke gebildet, um ein neues populäres Zeitungsnunternehmen in Berlin ins Leben zu rufen. Das Aktienkapital beträgt 150 000 Pfund, eingeteilt in 150 000 Shares a 1 Pfund. Das neue Blatt wird den Titel „Illustriertes Berliner Volksblatt“ führen und zweimal täglich erscheinen. Es soll am 1. Oktober d. J. ins Leben treten und sind sowohl für dessen redaktionelle als auch administrative Leitung bereits bekannte und vertrauenswürdige Kräfte gewonnen. Eine der renommiertesten heimischen Papiersabriken ist gleichfalls an der Company mit einem größeren Anteil interessiert. Offenbar haben die großen Erfolge, die die beiden in Berlin bereits bestehenden und für die breite Masse des Publikums bestimmten Lokalblätter innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit errungen haben, dazu beigetragen, die Unternehmungslust nach dieser Richtung hin zu steigern.

Ob Gutenberg von seiner Erfindung besonders erbaut wäre, wenn er sähe, wie arg ein gerissenem Spekulantentum heutigen Tags die schwarze Kunst profituriert?

Am Neuen Markt waltet gegenwärtig die Epiphyade des Maurers. Die letzten alten Häuser, die ihn noch umgaben, verschwinden, kurze Zeit noch und der Platz hat ein vollständig modernes Aussehen. Der Neue Markt gehört nicht nur zu den ältesten, er ist auch einer der erinnerungsreichsten Plätze Berlins. Seine Anlage datiert aus den Anfängen der Stadt. Als das jung aufblühende Gemeinwesen um die Mitte des 13. Jahrhunderts über die Georgen (Königsstraße) und Jüdenstraße hinaus zu wachsen be-

gannt, entstand im Gegenlag zum „alten“, dem jehigen Volkemarkt, hier der Neue Markt — seiner Bestimmung nach eine unheimliche Stätte, der Nichtsplatz Berlins. Die Stadt hatte jener Zeit verschiedene Nichtsplätze. Vor dem Rathaus, ursprünglich also am Volkemarkt, später an der Ecke der Georgen- und Spandauerstraße wurden die Verurteilten enthauptet. Das Hängen, Rädern und Lebendigbegraben fand vor dem Oberberger Thor statt, da, wo jetzt Weber- und Große Frankfurterstraße zusammenstoßen. Auf dem Neuen Markt lobten die Scheiterhaufen. Der heut so anmutige und freundliche Platz hat des Grauensvoller mehr gesehen, als irgend eine andre Stätte Berlins. Nach dem Neuen Markt schleppte das amporé Volk 1323 den Propst Cyriacus von Bernau, um ihn, der in den Kämpfen zwischen Papst und Kaiser eine Jüdenstrolche gespielt, dem Plannentod zu übergeben. Die Thot kostete Berlin 27 Jahre Kirchenbau, das graue Sühnkreuz an der Marienkirche erinnert noch heut daran. 1361 sah der Neue Markt einen andern Akt der Tyndjustiz, Konrad Schulz, der Schreiber und Kaplan des Erzbischofs von Magdeburg, erdreiste sich auf offener Straße, ein freches Wort an eine ehrbare Bürgerfrau zu richten. Die entrüstete Menge fiel über ihn her und ließ ihn seinen Leichnam mit dem Tode büßen. 1510 fand jenes grauenbolle Gericht an den 38 Juden statt, die an dem Hottentotstahl im Dorje Knobloch beteiligt sein sollten. Der Henker hatte dazu ein etagenartiges Gerüst erbaut, auf dem die 38 Männer neben und über einander angebunden wurden. Das Schmerzgeschrei der Unglücklichen soll nach der Chronik jener Tage entsetzlich gewesen sein. 1573 wurde der „Hofjude“ Joachims II., Lippold den Pluchin auf dem Neuen Markt „wegen Rauberei“ verbrannt. Die Geschichte hat längst erwiesen, daß der grausame Akt ein Justizmord schlimmster Art gewesen. Und wer zählt die andren, die neben diesen geschichtlich interessanten Persönlichkeiten hier ihr Leben in den Flammen ließen! 1623 wurde der Galgen nach dem Neuen Markt verlegt, 1694 auch die Hinrichtungen durch das Schwert. Wenn die grauen Steine hier reden könnten, was würden sie erzählen von Menschenleiden und Menschenwahnwitz.

Kommunale Noblesse. Die „Med. Reform“ weist auf folgendes vom Kuratorium der städtischen Heimstätten für Genesende erlassene Insuper hin: „Zur Entlastung des leitenden Arztes der drei im Norden Berlins belegenen städtischen Heimstätten für Genesende bezw. Brustkranke wollen wir einen Volontär-Assistentenarzt einstellen. Als Entgelt für seine Thätigkeit erhält der Volontärarzt freie Wohnung inkl. Heizung und Beleuchtung, sowie vollständige freie Verpflegung aus der Heimstättenküche.“

Hat die Stadt Berlin es nötig, für ihre Einrichtungen ärztliche Hilfe unentgeltlich in Anspruch zu nehmen! Auf etwas andres läuft das Angebot der Heimstätten doch kaum hinaus. Und können die Patienten großes Vertrauen zu einem Arzt haben, von dem sie wissen, daß er unter derart miserablen Bedingungen praktiziert?

Die kann das Demunzieren nicht lassen. Die katholische „Mitt. Volkszeit.“ hatte sich im vorigen Jahre bekanntlich die Aufgabe gestellt, durch allerkhand Fabeleien vom Bauarbeiter-Terrorismus die gewerkschaftlichen Organisationen zu demunzieren und dadurch den Freunden der Zuchthausvorlage Waffen zu schmieden. Nachdem ihr dies Handwerk durch den Ausgang des Prozesses Schmidt-Karbe gelegt worden ist, nimmt sie sich den unsaubrigen Berliner Magistrat als Demunziations-Objekt vor. Der nebenläufige Umstand, daß dem Schulinspektor Dr. v. Giggel aufgetragen worden ist, sich in Paris über den in französischen Schulen gelehrteten Sittenunterricht zu erkundigen, hat es dem Blatte angethan. Die Dasbachsche Zeitung weiß sehr wohl, daß der Magistrat nach Lage der Dinge gar nicht daran denkt, nicht daran denken darf, den Religionsunterricht durch den ungleich höher zu bewertenden Sittenunterricht zu ersetzen. Das thut aber nichts. Das Blatt, dessen durch den bekannten Prozeß so arg bloßgestellter Leiter von mitleidigen Leuten als Opfer eines falsch angewendeten Religionsunterrichts betrachtet werden könnte, hat die Stier, die Regierung mit folgenden Ausführungen insart zu machen: „Weßhalb sollte die Berliner städtische Verwaltung sich für den in den ungläubigen französischen Staatschulen, in denen der Name Gott nicht genannt werden darf, eingeführten „Moralunterricht“, dessen Ergebnisse sich hauptsächlich in der Zunahme des jugendlichen Verbrechertums bemerkbar machen, interessieren, wenn sie nicht bestimmte Zwecke dabei verfolgt?“

Jedes Wort eine Lüge, kann man sagen, die schlimmste aber die, daß der Moralunterricht die Zunahme des Verbrechertums verschulde. Weß das Blatt wirklich nichts davon, daß im frommen Ostpreußen die meisten Meicide geleistet werden?

Zur Berliner Bevölkerungsk Statistik. Im Monat Februar dieses Jahres fanden in Berlin 1118 Eheschließungen statt. Am heimatlustigsten waren die Bewohner des Standesamtsbezirks X, in welchem 164 Ehen geschlossen wurden, während im Standesamtsbezirk IVa die wenigsten (25) Eheschließungen erfolgten. Geboren wurden im Februar 4161 Kinder. Darunter befanden sich 154 tolgelobene, 641 unehelich geborene, 36 Zwillinggeburten und eine Drillinggeburte (3 Anaben). Gestorben sind 3077 Personen (1538 männliche, 1544 weibliche). Unter den Gestorbenen waren 696 Kinder im ersten Lebensjahr. Zugewogen sind im Monat Februar nach Berlin 13 560 Personen (7941 männliche, 5719 weibliche). Die Zahl der noch außerhalb Berzogenen betrug 10 012 Personen (5427 männliche, 4585 weibliche). Die zugeschrübene Bevölkerungszahl Berlins stellte sich Ende Februar ds. Js. auf 1 852 353 Personen (890 193 männliche, 962 160 weibliche).

Eine entsetzliche Bluttat hat gestern vormittag in dem Hause Lüberstr. 40 (Moabit) verübt. Dort wohnt seit 1. April die frühere Rittergutsbesitzerin Witwe S a g e l mit ihrem 31-jährigen Sohn Adolf, der bei den städtischen Gaswerken als Schreiber und Voté beschäftigt ist. Dieser hatte seit vier Jahren ein Verhältnis mit der in demselben Hause wohnenden 23-jährigen Kaufmännin Helene Kurweg; seiner Absicht, die Geliebte zu heiraten, setzte die Mutter G a g e l s Widerstand entgegen, obwohl aus dem Verhältnis ein jetzt 23-jähriger Knabe hervorgegangen ist. Infolge der vielen Jerwürfnisse trug sich Adolf G a g e l mit Selbstmordgedanken. Sonntagmorgens hat er seine Braut, ihn für die Nacht den Knaben zu überlassen, da es die letzte Nacht sei, die er leben werde. Die Mutter schlug ihm jedoch diese Bitte ab. Gestern früh aber fand er Gelegenheit, den Knaben an sich zu reißen, stürzte mit ihm in seine Wohnung und schloß sich dort ein. Die Mutter des Knabes schlug Alarm, und die herbeieilenden Nachbarn, die das Kind schreien hörten, brachen die Thür mit Gewalt auf. Als sie zu G a g e l eindringen, war die Thot bereits geschehen. G a g e l hatte dem Knaben die Kehle durchgeschnitten. Verdutzt lag der Kleine auf dem Bette; ein herbeigeeilter Arzt konnte ihn nicht mehr retten. Der Mörder lag blutüberströmt auf dem Fußboden, er hatte sich mit einem Messer einen tiefen Schnitt in den Hals beibracht. Der Arzt stellte fest, daß er noch lebte, legte ihm einen Rotverband an und überließ ihn dann der Polizei, die ihn als Gefangenen nach der Charité brachte. Als G a g e l wieder zu sich kam, erklärte er, daß er das Kind zu lieb gehat habe, um es bei seinem Tode auf der Welt zurückzulassen.

Gönczi ist gestern durch seinen Verteidiger Dr. Fränkel davon im Kenntnis gesetzt worden, daß er dem Tode verfallen ist. Es war dies die erste Nachricht, die Gönczi von der Entscheidung des Reichsgerichts, die seine letzte Hoffnung vernichtete, erhielt. Er fuhr zusammen, wurde leichenblas und verlor einen Augenblick die Besinnung. Aber in der nächsten Minute war er wieder ruhig und gefaßt und sagte zu seinem Verteidiger, es sei so am besten. Am Leben liege ihm nichts; und er ziehe den Tod dem lebenslänglichen Kerker im Zuchthause vor. Er beteuerte dann weiter seine Unschuld.

Mit der Wohnungsnot ist naturgemäß auch das Hochgefühl der Herren Hauswirte gewachsen, und ebenso naturgemäß ist es, daß die kleinen Leute am meisten sowohl unter den so sehr beliebten Steigerungen als auch unter den durch die Hausordnung begründeten Massen dieser Herren zu leiden haben. Sind die Bestimmungen der meisten Berliner Mietkontrakte an sich schon unerfüllbar, so kann ein Mieter auf den Gedanken kommen, sich dem Hauswirt zu Gefallen z. B. seiner Kinder zu entledigen, wenn dieser Herr noch besonders darauf hinzuwirken beliebt, daß von Hausordnung wegen im Grunde der Proletarierjugend überhaupt jede Lebensführung unterjocht sei. Aus wurde dieser Tage ein Schreiben vorgelegt, das ein Hauswirt in der Hofmeisterstraße kürzlich an seinen Mieter gerichtet hatte. Darin findet sich neben andern zahllosen Ausstellungen auch die folgende Belehrung:

„Der Aufenthalt im Flur, vor der Hausthür etc. ist, wie Ihnen bekannt, verboten. Auch schon in Rücksicht darauf, daß der Eingang zu dem einen Laden von der Hausthürnische aus ist und dem Inhaber dieses Ladens durch das Umherstreifen vor der Hausthür Recht und Störung wird, müßten die Mieter schon von selbst solches zu vermeiden suchen; leider ist dieses auch nicht der Fall und muß ich daher, schon zum Schutze dieses Ladenmieters, streng darauf halten, daß dieser Hausordnung Folge geleistet wird. Ihre Kinder haben aber eine besondere Vorliebe, sich gerade hier zu placieren und da ihre Spiele und Mollia zu treiben. Ob zum Trost oder infolge Anweisung, lasse ich ungeprüft, jedenfalls thut sie es trotz allen Verbots immer wieder und zeigen noch durch Gebarden die abschließliche Juwelierhandlung. Sie als Hausvorstand Ihrer Familie sind für das Thun derselben verantwortlich, und kann ich nicht mehr, als Sie warnend auf die aufrecht zu erhaltende Ordnung aufmerksam zu machen, welches hiermit letztmals geschieht.“

Wenn die Kinder, die doch irgendwo sein müssen, um Luft zu schöpfen und sich ein wenig auszuüben, nun weiter vor der Hausthür spielen, dann erfolgt unerbittlich die Exzision des Mieters. Unter solchen Umständen fehlt in der Wohnung des Hauswirts nur eins, nämlich ein Regent, die Kinder der Hausordnung zu Liebe auf ewig stumm und still zu machen.

**Schwerer Straßenbahn-Unfall.** Einen schweren Zusammenstoß, bei dem 13 Personen verletzt wurden, gab es in der Nacht zu gestern auf der elektrischen Ringbahn am Königsdior. Zwei Wagen mit je einem Anhängewagen fuhren um 1/2 1 Uhr mit kurzem Abstand hintereinander vom Prenzlauer- nach dem Königsdior zu. Während hier der erste Zug hielt, um Fahrgäste aus- und einsteigen zu lassen, kam plötzlich der zweite die abschüssige Friedenstraße heruntergerast. Der Fahrer, ein jüngerer Mann, hatte die Gewalt über den Motorwagen vollständig verloren. Die Fahrgäste, die auf der vorderen Plattform standen, sprangen, da sie den Zusammenstoß mit dem unten haltenden Zug voraussehen, zum Teil ab, stürzten dabei und verletzten sich mehr oder weniger bedeutend. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Wagen schwer beschädigt wurden. Den beiden Motorwagen wurden die vordere sowie hintere Plattform eingedrückt. Am schlimmsten wurde der Anhängewagen des haltenden Zugs mitgenommen, der leichte offene Sommerwagen Nr. 2550 wurde so gut wie ganz zertrümmert, da er zwischen die beiden Motorwagen eingeklemmt wurde. Die Buffer und Ruppelstangen waren verbogen, das Gefüge, das die Decke trägt, abgebrochen. Die Sitze und Lehnen gesplittert. Ein furchbares Hilfsgeheul erhob sich unter den zahlreichen Fahrgästen. Als wieder einigermaßen Ruhe eingetreten war, stellte sich heraus, daß 13 Personen verletzt waren, die meisten glücklicherweise weniger bedeutend. Die Verunglückten erhielten Hilfe auf der Sanitätsstation in der Alten Schützenstraße. Am schwersten waren ein Rentnerin Martini aus der Großen Frankfurterstr. 27, ein Schlosser Fischer aus der Lützowstr. 28 und ein Hausdiener Scholz am Engel-Allee 13 verletzt. Sie erlitten starke Quetschungen an verschiedenen Körperteilen.

**Ein empfindlicher Vorgang** hat sich der „Berl. Ztg.“ zufolge Sonnabend am frühen Morgen im Hause Lantwivstr. 5 abgespielt. Ein adeliger Student Namens Theodor v. Grabski-Wezle-Skotski, der dort eine hochgelegene und fünf Zimmern bestehende Wohnung inne hat, soll an seinem jugendlichen Diener Richard Hine, ein unbilliges Attentat verübt haben. Der Baron hatte wieder einmal Gäste empfangen, die sich erst gegen 2 Uhr morgens entfernten. Nun spielte sich, nach der Darstellung des Dieners, eine Scene ab, die sich nicht schildern läßt. Hine mußte sich gewaltam den Händen seines Herrn entwinden und flüchtete ins Dienerzimmer. Auch dorthin folgte ihm v. Grabski, und Hine wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er, laut um Hilfe rufend, aus dem Fenster des ersten Stocks in den Hofraum hinabsprang. Hausleuten, welche ihm zu Hilfe kamen, schilderte er den Vorfall. Durch den Sprung in den Hofraum hat Hine innere Verletzungen erlitten. Er wurde borerst auf die Unfallstation in der Belle-Alliancestraße und dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Von ärztlicher Seite dürfte bereits an die Polizei über diesen Vorfall Anzeige erstattet sein.

**Ein Bootsunfall,** bei dem ein Menschenleben zu Grunde gegangen ist, hat sich abends auf der Spree, gegenüber der Abtei, ereignet. Vorgehen nachmittags gegen 4 1/2 Uhr mieteten drei Personen ein Boot in Treptow. In der Mitte des Stroms fingen sie mutwillig an zu schaukeln, das Boot schlug um, und alle drei Insassen fielen ins Wasser. Auf das Hilfsgeheul der Verunglückten eilte sofort ein Herr Cohn von Treptow aus mit noch zwei Personen herbei. Es gelang den Bemühungen dieser Männer, zunächst den in der Eisenbahnstr. 16 wohnenden Schlosser Arthur Ulbrich zu retten; auch eine zweite Person, der aus Schweden stammende und verheiratete Mechaniker Erikson, der Reichensbergerstr. 59 wohnt, konnte von Herrn Cohn mit vieler Mühe unter eigener Lebensgefahr aus dem Wasser emporgeholt werden. Die Rettung des dritten Verunglückten, des 1877 zu Scharlow geborenen Mechanikers Karl Franke, der Ede der Curly- und Brangelstraße wohnte, mußte leider unterbleiben, da von ihm keine Spur mehr zu entdecken war. Seine Leiche war bis zum Abend noch nicht aufgefunden worden. Zum Glück war Herr Cohn im Stande, an dem völlig erschöpften Erikson gleich Wiederbelebungsversuche anzustellen, die nach längerer Zeit den erstrebten Erfolg hatten. Die beiden Geretteten wurden dann nach Treptow aus Land gebracht, von wo der Bankdirektor Bergemann sie menschenfreundlich mit nach seiner Villa in Stralau hinübernahm und sie dort mit trocknen Kleidern verah.

**Der Kassierer der Offenbacher Frauen- und Mädchen-Kranken- und Sterbelasse,** Herr K e u m a n n, hatte Sonnabendabend zwischen 6 und 7 Uhr das Unglück, auf dem Wege von der Eisen- nach der Oranienstraße ein in Zeitungspapier eingewickeltes Mädchen Quittungsmarken und zwei Bücher zu verlieren. Dieselben sind für den Finder wertlos, jedoch erwachsen Herrn Keumann Unannehmlichkeiten, falls sie nicht zur Stelle geschafft werden können. Der Finder wird ersucht, das Paket entweder beim Berliner Reichensbergerstraße 96, Quergebäude 3 Tr., oder Herrn He del, Oranienstraße 180, vorn 3 Treppen, abzugeben. Unkosten werden gern vergütet.

**Ein Ostmord?** Am Sonnabend gegen Abend ging durch die Dunderstraße das Gerücht, daß „Hannchen“ ermordet worden sei. Die unter diesem Namen in der Gegend sehr bekannte Johanna Schulze betrieb in dem Hause Dunderstr. 77 ein Gänzkrautgeschäft. Seit Jahren lebte sie mit einem gewissen Otto Ley im Konkubinat. Ley, ein übel beleumundeter und bereits mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch mißhandelte die Schulze sehr häufig, beschimpfte sie und drohte sie auch wiederholt mit Tödtung. Am Sonnabend prügelte Ley seine Geliebte wieder in arger Weise. Hierauf lockte er Kaffee, von dem die Schulze ebenso wie von einem Salat, den Ley bereitet hatte, zu sich nahm. Bald trat bei ihr starkes Erbrechen ein und nach kurzer Zeit brach die Händlerin tot im Laden zusammen. Ley hatte weder einen Arzt zur Stelle geholt, noch sonst Witwenpersonen zu der Erkranken gelassen. Der Zufall wollte es, daß mittelweisse Kriminalbeamte im Laden erschienen, um Ley wegen eines schweren Verbrechens gegen das Eigentum zu verhaften. Ley hatte vorher

seiner Geliebten die Ledertasche mit der Wäschekasse weggenommen und sich auch einenbeutel mit Geld, den sie im Wäschekasten aufbewahrt, angeeignet. Der durch die Verwendung der Nachbarn zur Stelle gekommene Arzt machte von seinem Verdachte der Polizei Anzeige. Die Leiche wurde beschlagnahmt und Sonntagvormittag nach dem Schanhanse gebracht.

**Durch einen Sturz vom Laufbrett** ist bei der Arbeit der 42 Jahre alte verheiratete Arbeiter Friedrich Grimm aus der Prinz Eugen-Strasse lebensgefährlich verunglückt. Beim Pöscheln eines Steinlahms im Rordhafen rutschte er mit seinem beladenen Schubkarren auf dem Laufbrett aus und fiel in den Kahn hinab. Der Schubkarren stürzte nach und die Steine begruben den Verunglückten unter sich. Bestimmungslos wurde Grimm unter dem Steinhaufen hervorgeholt und in einem Traglorbe nach der Charité gebracht. Hier stellte man einen schweren Schädelbruch und schwere innere Verletzungen fest.

**Eine Schießaffäre.** Der Schuhmacher Kowedi schoß Sonnabendabend nach 9 Uhr zuerst vor der Hausthür seiner geschiedenen Frau in der Lichtenbergerstraße, dann vor ihrer Korridorhür je einen Revolverkugeln ab, ohne damit Schaden anzurichten. Bei seiner Festnahme behauptete er, daß er die Frau nur habe herauslocken wollen, um sich dann vor ihren Augen zu erschließen.

**In die rechte Schläfe geschossen** hat sich in selbstmörderischer Absicht der Reisende Selmar H. aus Stettin. Er ist 41 Jahre alt und war hier in einem Logis der Friedrichstraße abgestiegen, wo er während seiner Anwesenheit in Berlin zu wohnen pflegt. Gegen 11 Uhr schoß er sich dort aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf. Geruchsnüsse mit seiner Familie sollen die Ursache des Selbstmordversuchs sein. Der Schwerverletzte wurde mittels Drofschle nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

**Von einem spielenden Knaben** angeschossen wurde am Sonntag auf dem Petersburger Plage der Rangierer Kochler vom Schießischen Bahnhof, als er mit seiner Familie spazieren ging. Mehrere Jungen trieben dort Unfug, indem sie mit einem Leuchter über den Platz hinwegschossen. Kochler, der ihnen in die Schußlinie kam, schloß sich in den Kopf getroffen und sah die Jungen noch davonlaufen. Er mußte die Hilfe der Rettungswache I in der Frankfurter Allee in Anspruch nehmen, auf der ihm aus einem 6 Centimeter langen Schußkanal ein 7 Millimeter-Geschöß herausgeholt wurde. Die Polizei ermittelte den leichtsinnigen Schützen in der Person eines 14-jährigen Knaben Gregor aus der Jorndorferstr. 38a.

**Orgelkonzert.** Drei Damen aus der Schule von Fräulein Sophie Schröder: Fräulein Helene Brecht, Fräulein Elise Geper, Tochter des Professor Ad. Geper, und Fräulein Elise Wunschnann, ferner der Violinist Herr Friedrich Forges und Herr Robert Schwiesselmann unterhielten den Orgel vortrag des Musikdirektors Otto Dienel in der Marienkirche am Mittwoch den 20. Juni, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

**Feuerbericht.** Montag früh war Hustenfr. 75 ein Wohnungsbrand abzulösen, der Möbel und Gardinen beschädigte. Kurz nach Mitternacht erfolgte Alarm nach dem Straußbergerplatz, wo durch Kurzschluss der elektrischen Leitung ein Straßenbahnwagen Feuer gefangen hatte. Die Gefahr konnte indes leicht beseitigt werden. Durch Selbstentzündung war Reichenbergerstraße 149 ein Pechkohlen-schuppen in Brand geraten, doch konnte auch hier dem Feuer leicht Einhalt geboten werden. Kurzschluss lag einer Feuermeldung zu Grunde, die Sonntagabend 11 Uhr nach Bringen-Allee 8 erfolgte. Sonntag früh brannten Bellevuestr. 6a auf einem Neubau Dreier und leere Säde. Später wurde die Wehr nach Zimmerstr. 12 und Rosenthalerstr. 55 gerufen, doch handelte es sich in beiden Fällen nur um unbedeutende Anlässe. Auch Alarmierungen nach Königsbergerstr. 9, Charlottenstraße 17 und Dragonerstr. 6a erfolgten aus geringfügigen Ursachen.

#### Aus den Nachbarorten.

**Eine Verschmelzung des Charlottenburger mit dem Berliner Droschkenfuhrwesen** wird geplant; Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen sind bereits angeknüpft. Veranlaßt worden ist dieser Verschmelzungsgedanke durch die sich immer mehr verschärfende Konkurrenz zwischen den Droschkenfuhrwesen beider Städte. Während in Berlin die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 8. Juni 1898, nach welcher neue Droschkennummern nicht mehr auszugeben werden, neuerdings bis zum 1. Oktober 1901 verlängert worden ist, erfährt in Charlottenburg die Zahl der Droschken eine stetige Vermehrung. Vor zwei Jahren fuhren nur 30 Charlottenburger Droschken; jetzt sind 130 im Betrieb und 30 weitere sollen nächstens hinzukommen. Mit der wachsenden Vermehrung der Charlottenburger Droschken geht eine entsprechende Verminderung der Zahl der den Berliner Droschken eingeräumten Halteplätze in Charlottenburg Hand in Hand. In absehbarer Zeit werden die Berliner Droschken von den Halteplätzen Charlottenburgs gänzlich verdrängt sein. Dazu kommt der billigeren Tarif der Charlottenburger Droschken, so daß das Berliner Droschkenfuhrwesen empfindlich benachteiligt wird. Um die Konkurrenz aus der Welt zu schaffen, wird eine Verschmelzung beider Fuhrwesen angestrebt.

**Der letzte Verwaltungsbericht für den Niederbarnimer Kreis** giebt interessante Aufschlüsse über das Wachstum der Bevölkerungsziffer sowohl des ganzen Kreises, als auch der einzelnen Ortsschaften im Jahre 1899. Von den Berlin nächst gelegenen Vororten hat Regal das weitest große Wachstum der Bevölkerungsziffer aufzuweisen. Diese stieg um 84,85 Proz. auf 6200. Demnächst folgen Hermsdorf mit einer Steigerung um 16,19 Proz. auf 2405, Pantow mit 13,24 Proz. auf 19327, Hohen-Schönhausen mit 12,27 Proz. auf 2186, Friedrichsfelde mit 11,04 Proz. auf 8852, Reichen-dorf mit 10,21 Proz. auf 18 639, Nieder-Schönhausen mit 7,99 Proz. auf 3978, Pichtenberg mit 6,24 Proz. auf 40 751, Wehsefen mit 6,10 Proz. auf 2178, Neu-Wehsefen mit 4,47 Proz. auf 30 219, Vorhagen-Stummelsburg mit 3,83 Proz. auf 16 741 Einwohner. Von den von Berlin weiter entfernt gelegenen Ortsschaften weist Ober-Schöneweide die größte Steigerung auf, nämlich 44,77 Proz. (i. V. 77,67 Proz.); es folgen Taddorf mit 13,05 Proz. (i. V. 13,95 Proz.), Mildersdorf mit 8,85 Proz. (i. V. 0,88 Proz.), Rahnsdorf mit 8,49 Proz. (i. V. 4,81 Proz.) und Dalldorf mit 8,12 Proz. (i. V. 0,58 Proz.). Die übrigen Ortsschaften weisen nur unwesentliche Veränderungen auf resp. blieben hinter dem Vorjahre erheblich zurück. Die relativ größte Verminderung zahl hat Friedrichshagen; sie beträgt 10,658. Eine Verminderung der Einwohnerzahl wird aus zwei Ortsschaften berichtet. Es sind dies Stralau (— 1,21 Proz.) und Wlgensee (— 1,52 Proz.). Von den vier Städten des Kreises hat Bernau eine Verminderung der Bevölkerungsziffer um 0,87 Proz., die Städte Oranienburg, Nienwalde und Alt-Landsberg haben eine Steigerung der Bevölkerungsziffer um 2,87, 1,63 und 1,29 Proz. aufzuweisen. Die Zunahme des Personenstands im ganzen Kreise betrug 6,16 Proz. Die Gesamtbevölkerung bezifferte sich auf rund 280 000 Personen.

**Rixdorf.** Die hiesige Schuldeputation hat sich neuerdings für die Vermehrung der Lehrerinnenstellen ausgesprochen. Nach ihrer Meinung ist es von Bedeutung, daß namentlich die größeren Mädchen mit nur von Lehrern unterrichtet werden. In erzieherischer Hinsicht erscheint es geradezu notwendig, daß sich ein weiblicher Einfluss neben dem der Mutter geltend mache. Der früher erhobene Einwand, die Lehrerinnen würden „schneller verbraucht“ und müßten früher als die Lehrer pensioniert werden, fällt jetzt nicht mehr ins Gewicht, nachdem für den Regierungsbezirk besondere Ruhegehaltsklassen errichtet seien, für welche die Stadt nach festen Sägen Beiträge ertrichte. Ebenso wenig schädlich wäre der andre gegen die Vermehrung der Lehrerinnen geltend gemachte Grund, daß sie häufig erkrankten. Nach der im Anzuge dieses Jahres aufgenommenen Statistik seien die Lehrerinnen weit seltener erkrankt als die Lehrer. Infolge dieser Anregung ist jetzt bereits eine Lehrstelle, die zum kommenden Oktober hätte errichtet werden müssen, in eine Lehrerinnenstelle umgewandelt worden.

**Rixdorf im Zeichen der Ausweisungen.** Vor einigen Wochen wurde dem Cigarrenmacher Wigle aufgegeben, Rixdorf

baldisst zu verlassen. Wigle hatte sich kurz vorher in unscr Nachbarstadt durch Eröffnung eines kleinen Geschäftes eine beschreibende Erläuterung zu gründen gesucht. Seine Freunde beanstalteten eine Protestversammlung, in der Duschbinder D e m p w o l f referierte, welcher sich auch erst unlängst hier niedergelassen hatte. Binnen kurzer Zeit hatte auch er die Ausweisungsvorschrift in der Tasche. Wegen diese beiden Herren war man auf Grund des Beschlusses über die Aufnahme neuangehender Personen vorgegangen. Danach kann die Landes-Polizeibehörde vom Aufenthalt an gewissen Orten solche „entlassenen Sträflinge“ anschließen, welche „zu Zucht-haus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Thäter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer andern Strafe verurteilt worden sind“. Wigle und Dempwolf wurden als solche „gefährliche Menschen“ angesehen. Sie haben allerdings beide schon mit preussischen Gefängnissen Bekanntschaft gemacht, aber nicht wegen ehrenrühriger Handlungen, sondern nur, weil sie ein paarmal bei Vertretung ihrer anarchischen Anschauungen mit der Junge oder der Feder angegriffen sind. — In den letzten Tagen hat nun Niedersächsische Polizeidirektion, wie wir ebenfalls schon mitgeteilt, nicht weniger als 11 neuen sächsisch-angrische Staatsangehörige wegen „Lässigkeit“ aus dem preussischen Staatsgebiete ausgewiesen. Es befinden sich darunter allein 6 Kempnerlehrlinge, die sich im Alter zwischen 15 und 17 Jahren befinden. Die näheren Gründe ihrer Ausweisung sind uns nicht bekannt geworden.

Es ist zu vermuten, daß alle diese Ausweisungen, die innerhalb weniger Wochen erfolgten, auf die Initiative des Herrn Polizeirat Bösel zurückzuführen sind. Dagegen spricht nicht, daß der Berliner Polizeipräsident Wigle und Dempwolf ausgewiesen hat, denn dieser war dazu in ihrem Fall allein zuständig. Herr Bösel hat bekanntlich schon früher als Berliner Kriminalkommissar mit den Anarchisten omlich zu thun gehabt. Ein angeblicher „Verreiter“ lockte ihn unter Vorpiegelung eines anarchischen Komplotts seiner Zeit nach der Berliner Gewerbe-Ausstellung, wo er sich plötzlich einigen der bekanntesten und geistig hervorragendsten Berliner Anarchisten gegenüber sah. Er wurde meuchlerisch mit einem photographischen Apparat überfallen. Die Bilder gelangten vorzüglich und haben noch lange nach jener Episode im geselligen Kreise zur Freude aller Anwesenden die Runde gemacht. Herr Bösel war begreiflicherweise nicht im gleichen Maße erfreut, ja, er soll sogar jetzt noch in manchen Stunden recht böse auf alle Anarchisten sein.

**Auf dem Bahnhof Schlachtensee** entgleiste Sonntagabend gegen 9 Uhr von einem Zuge der Wannseebahn die Lokomotive und der erste Wagen. Zum Glück kam keinerlei Menschenleben hierbei in Gefahr; jedoch währte es zwei Stunden, bis der Verkehr auf der Strecke wieder frei wurde.

**Ein bedauerlicher Straßenbahn-Unfall** ereignete sich am Sonntagabend gegen 7 Uhr in der Schlossstraße zu Steglitz. Dort überfuhr, unmittelbar gegenüber der Kirche, eine etwa 50 Jahre alte Dame das Straßenbahn-Gelände der östlichen Promenade in dem Augenblick, als ein Motorwagen der Linie Potsdamerstraße—Steglitz in der Richtung nach dem Endbahnhofe herannahte. Trotz sorgfältigen Räumens hielt sich die Dame so nahe an den Schienen, daß der Wagen, der sich nicht so plötzlich zum Stehen bringen ließ, sie erfaßte und zu Boden schleppte. Außer einer Prellverletzung des Kopfes und einer bedenklichen Kopfwunde schien die Dame eine Gehirnerschütterung erlitten zu haben. Aus einem Hörrohr, das die alte Dame mit sich führte, läßt sich schließen, daß sie sehr schwerhörig ist, das sorgfältige Räumen des Motorführers also gar nicht vernehmen konnte.

#### Vermisches.

**Der Schnelldampfer „Deutschland“**, der, wie gemeldet, abermals im Haff festgelaufen war, ist Sonntagabend 6 1/2 Uhr in Swinemünde eingetroffen. Der Dampfer wird seine erste Reise von Hamburg nach New York nunmehr fahrplanmäßig am 5. Juli antreten.

**Die beiden Zuchthändler** Kuh und Wierczak, die am ersten Pfingstfeiertag aus dem Gefängnis in Graudenz entsprungen sind, nachdem sie den Gefängniswächter Faust getötet hatten, sind am Sonntagabend in Egerl durch den Töpfermeister Wächter dingfest gemacht und in das Gefängnis in König eingeliefert worden.

**Ueber eine Feuerbrunst** wird aus Bern berichtet: Das kleine Dorf Wiler im Kanton Aargau, Bezirk Aarau, wurde in vergangener Nacht durch eine Feuerbrunst vollständig zerstört. 200 Menschen sind obdachlos.

**Schwere Unwetter** sind, wie uns ein Privat-Telegramm aus Leipzig meldet, im westlichen Teil des Königreichs Sachsen und in dem benachbarten Gebiet gestern niedergegangen, die auf Feldern und an Gebäuden größeren Schaden anrichteten.

**Eine Straßenbahnkatastrophe** hat sich am Sonnabend in Paris ereignet: Ein Straßenbahnwagen der Linie Passy-Hotel de Ville, dessen Führer abgestiegen war, um bei einem andern Wagen, dem ein Unfall angetroffen war, Hilfe zu leisten, und dessen Bremsen wahrscheinlich nicht scharf genug angezogen waren, geriet ins Rollen und raste die Avenue du Trocadero entlang. Sprang aus den Schienen und warf zwei Droschken um. Nachdem der Wagen noch einen Baum umgedreht hatte, blieb er in der Nähe der Alma-Brücke stehen. Eine Person wurde getötet, 13 sind verletzt, von den letzteren ist inzwischen auch noch einer, Dr. Ernst Wagenisch aus Jülich, gestorben. Unter den Verletzten befindet sich auch ein Aufseher der deutschen Abteilung der Bestandsstellung, Namens Raupel, der schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft wurde.

**Eisenbahnkatastrophe.** Bei S l o n g h unweit Windsor stieß der Westengland-Expresszug auf einen von Windsor kommenden Zug. Soweit festgestellt ist, sind 4 Personen getötet und etwa 60 verletzt worden.

**Brennende Naphthalenwerke.** Aus D a l u, 17. Juni, berichtet ein Telegramm: Auf den Naphthalenwerken von Ter-Apopo, Mantaschew, Wiskow und andren brach am 14. d. M. Feuer aus, welches 60 Wohnräume und andre Gebäude zerstörte. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

**Ein Preisandschreiben für eine Zytelin-Gläslampe** und einen Spirituskocher veranstaltete der Verein der Spiritus-Fabrikanten und die Centrale für Spiritus-Verwertung. Für die Lampe sind als besondere Bedingungen gestellt, daß dieselbe nur ein einmaliges Anzünden erfordert, sofort nach dem Anzünden gebrauchsfähig ist, etwa angewendete Saugedochte vor Verborgen oder Verkohlen geschützt sind und daß sie zu sehr billigen Preisen in den Verkehr gebracht werden kann. Für die Lampe ist ein erster Preis im Höchstbetrage von 7500 M. — und weitere Preise mit zusammen 5000 M. — in Aussicht genommen. Der Spirituskocher muß neben den allgemeinen an einen solchen Apparat zu stellenden Bedingungen, als Gemüthslosigkeit, Feuers- und Explosionsicherheit, sparsamen Stoffverbrauch, den Anspruch erfüllen, daß der Apparat bei billigen Verkaufspreisen für Haushaltungen in gleichem Maße verwendbar sei, wie die üblichen Petroleumkocher. Er muß namentlich auch eine gute Regulierung haben und einen leichten Ertrag abgebrannter Teile zulassen. Für den Spirituskocher sind 2500 M. zu Preisen ausgesetzt, die entweder im ganzen oder in Teilen vergeben werden. Das Preisgericht setzt sich aus je drei Vorstandsmitgliedern der drei beteiligten Verbände zusammen. Bewerbungen zur Teilnahme sind bis 1. Dezember 1900 an die Centrale für Spiritus-Verwertung, Abteilung für technische Zwecke, zu richten, welche den Interessenten auch nähere Auskunft erteilt.